

Preussische Allgemeine



Nr. 29 · 23. Juli 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Folgen einer Flut

Nach der Hochwasserkatastrophe an Ahr, Erft und Maas richtet sich der Fokus auf Fragen nach den Ursachen und nach den Konsequenzen **Seiten 1 und 12**



Kultur Das Berliner Humboldt-Forum ist eröffnet **Seite 9**



Geschichte „Kriminell gefährdete Bürger“ im SED-Staat **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Eine Welt ohne Verbrenner?

Manchmal werden politische Initiativen schon am Tag ihrer Verkündung durch die Realität widerlegt. Just am Mittwoch vergangener Woche verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula v. der Leyen ihren Klimaplan „Fit for 55“, nach dem die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent der CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen und dann bis 2050 praktisch gar kein CO₂ mehr ausstoßen soll. Eine wesentliche Säule dieses Plans ist der Ausstieg aus den Verbrennerantrieben. Nach deren sukzessivem Rückgang soll es vermutlich ab 2035 keine Zulassungen von neuen Diesel- und Benzinfahrzeugen mehr geben.

Etwa zum Zeitpunkt der Verkündung v. der Leyens brauten sich sintflutartige Starkregen über Belgien, dem Westen Deutschlands und anderen Regionen zur Katastrophe zusammen. Die Bilder der überfluteten Flusslandschaften an Ahr, Erft und Maas erschütterten weltweit die Menschen.

Manchem Zuschauer wurde freilich schnell bewusst, dass die Rettungskräfte vor Ort und deren Fahrzeuge durchgehend mit Verbrennungsmotoren im Einsatz waren – und dass Feuerwehren, Krankenwagen oder auch die Bergungspanzer der Bundeswehr mit Elektroantrieben nicht ins Wasser gekonnt hätten.

Insofern bleibt zu hoffen, dass Ursula v. der Leyen von der Abschaffung der Verbrenner wenigstens ein paar Rettungsfahrzeuge ausnimmt. Ansonsten stehen künftigen Katastrophenhelfern nur noch die eigenen Hände sowie die Muskelkraft von Pferden und Eseln zur Verfügung. *neh*

POLITIK

Tage des Schreckens – und der Ernüchterung

Die Flutkatastrophe im Westen lässt die Deutschen mit Blick auf die Ereignisse fassungslos – und in Bezug auf die politische Führung ratlos zurück

VON RENÉ NEHRING

Die Schamfrist dauerte nur einen Tag. Als im Laufe des Donnerstags vergangener Woche deutlich wurde, dass der seit Mittwoch herrschende Starkregen im Westen Deutschlands zu zahlreichen Toten führte, war klar, dass dies nicht ohne eine Debatte über die politischen Konsequenzen bleiben würde.

Und doch war es erschütternd, wie schnell – und schamlos – manche Kommentatoren versuchten, die Katastrophe auszunutzen. Schon am Freitag, als die Zahl der Toten stündlich zunahm, als Autos, Häuser und ganze Straßen fortgespült wurden – und wo nicht ansatzweise klar war, warum es im Gegensatz zu anderen Hochwasserfluten zu einer derartigen humanen Katastrophe kommen konnte, zu diesem Zeitpunkt setzten bereits der „taz“-Redakteur Malte Kreuzfeldt und der stellvertretende „Zeit“-Chefredakteur Bernd Ulrich giftige Kommentare gegen den CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Armin Laschet ab.

Wohlgermerkt: Sie forderten nicht nur – wie in ähnlichen Situationen andere auch – eine Intensivierung des Kampfes gegen den Klimawandel, sondern sie holten zur persönlichen Attacke gegen den bislang aussichtsreichsten Bewerber um das Kanzleramt aus – obwohl sich der weitaus größere Teil der Katastrophe im

von der Sozialdemokratin Malu Dreyer regierten Rheinland-Pfalz ereignete.

Was die Laschet-Kritiker zu jenem Zeitpunkt nicht wissen konnten war, dass sich der CDU-Politiker einen Tag später in einer nicht für möglich gehaltenen Weise selbst beschädigte, indem er während eines Besuchs im Krisengebiet mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier herumfeixte, als das Staatsoberhaupt zu den Medien sprach. Während in früheren Fällen Politiker staatsmännisch mit ernstem Blick in Gummistiefeln durch das Katastrophengebiet liefen und mit entschlossener Stimme verkündeten, dass die Beseitigung der Schäden eine gesamtstaatliche Aufgabe sei, gab Armin Laschet den Krisen-Clown. Undenkbar, dass dies einem Helmut Kohl, einem Gerhard Schröder oder einer Angela Merkel passiert wäre. Einem Markus Söder übrigens auch nicht.

Das Elend der kommenden Wahl

Ob dies Folgen für die kommende Bundestagswahl haben wird, ist offen. Nachdem es in den letzten Wochen infolge der Selbstentzauberung der Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock so aussah, als liefe alles auf Laschet zu, stehen die Deutschen nun vor der Situation, dass ihr nächster Kanzler entweder ein Landesfürst wird, dem in Zeiten höchster Not das Format für das Amt fehlt, oder eine Politikerin, deren Glaubwürdigkeit schwer beschädigt ist. Und der von manchem Kommentator als

seriöse Alternative gepriesene Olaf Scholz? Hat unlängst mit seiner Aussage, nicht zu wissen, wieviel ein Liter Benzin kostet, weil er nie selbst tankt, seine Entkopplung vom normalen Leben demonstriert – von seiner Rolle in den Wirecard- und Cum-Ex-Skandalen ganz zu schweigen.

Zurück zur Flut: Es waren nicht nur die Grünen und ihnen nahestehende Medien, die umgehend „Klimawandel“ riefen, sondern auch verantwortliche Politiker aus anderen Parteien. Für sie bietet der Verweis auf die höhere Gewalt des Klimawandels praktischerweise Entlastung für irdische Versäumnisse. Dass es diese gab, zeigen unter anderem die Erklärungen des europäischen Hochwasserwarnsystems EFAS und des Deutschen Wetterdienstes, dass die Behörden in Bund und Ländern Tage vorher detailliert vor extremen Hochwasserlagen gewarnt worden sind. Es ist also weit mehr aufzuarbeiten als das Flutgeröll in den Straßen von Ahrweiler, Erftstadt oder Bad Münstereifel – allen voran die Frage, warum niemand die Warnungen an die Menschen vor Ort weitergab.

Zur Debatte über die Konsequenzen gehört auch, ob Politik und Wissenschaft weiter philosophisch darüber diskutieren wollen, wie sie die Erderwärmung um 0,5, ein oder zwei Grad begrenzen können – oder ob sie nicht besser konkret und praktisch darüber nachdenken, wie wir uns (unabhängig von deren Ursachen) künftig besser vor Extremwettern schützen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Zu seinem 80. Geburtstag blickt der Dirigent Riccardo Muti kritisch auf die Welt **Seite 4**

Kultur
Ein britischer Politologe verteidigt den deutschen Kolonialismus **Seite 10**

Das Ostpreußenblatt
An der Samlandküste begann die Badesaison mit einigen Hindernissen **Seite 13**

Lebensstil
Der Rhododendronpark Kromlau ist nach langer Sanierung wieder eröffnet **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Deutschlands Sinisierung Aus Gründen der Propaganda wird der Machtkampf zwischen den USA und China zum Kampf der Systeme stilisiert. Dabei gleicht sich das System in Deutschland dem in China immer mehr an

Bundesrat fordert Internetfilter

Deutschlands Länderkammer möchte wie China den Zugang ins weltweite Netz stärker zensieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Einige aktuelle Initiativen von staatlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland scheinen darauf abzuzielen, hierzulande Neuerungen einzuführen, die an die Zustände in der Volksrepublik China gemahnen. Teilweise muss auch der Jugendschutz als Vorwand für die weitere Beschneidung von Freiheitsrechten herhalten, wie eine Initiative des Bundesrates zeigt. Die Länderkammer versucht seit 2010, die Alterskennzeichnung von Inhalten im Internet zur gesetzlichen Pflicht zu machen. Bislang scheiterte das an zu hohen technischen Hürden. Im April vergangenen Jahres legten die Länder trotzdem einen Arbeitsentwurf für eine entsprechende Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) vom September 2002 vor. Im Paragraf 12 dieses Papiers heißt es, dass sämtliche in Deutschland verwendeten Betriebssysteme künftig Filter enthalten müssten, deren Zweck darin bestehen solle, Inhalte im Internet zu blockieren, die für Personen unter 18 Jahren nicht geeignet seien. Dabei hätten die Filter keineswegs nur die Inhalte der Seiten zu berücksichtigen, sondern „auch Kommunikations- und Kontakttrisiken, Mechanismen zur Förderung eines exzessiven Mediennutzungsverhaltens sowie ökonomische Risiken“. Mit anderen Worten: Die Länderkammer will nun alle Anbieter von Betriebssystemen für Computer und Mobiltelefone dazu verpflichten, eine Zensursoftware zu entwickeln und vorzuinstallieren, um den Zugriff auf Internetseiten zu verhindern, die nicht ausdrücklich nach deutschem Recht für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zugelassen sind. Und das wären die allermeisten Netzseiten der Welt. Wer diese aufrufen möchte, müsste dann jedes Mal erst umständlich seine Volljährigkeit nachweisen.

Jugendschutz als Vorwand

Der Entwurf der Länderkammer wurde im Rahmen verschiedener Anhörungen von Verbänden und Wirtschaftsvertretern diskutiert. Wie die Landesmedienanstalten im März dieses Jahres meldeten, hätten die Fachgespräche mit den Experten zu dem Ergebnis geführt, dass die Einrichtung von Jugendschutzfiltern im Internet „mit überschaubarem Aufwand technisch



Der Anspruch, den Chinesen den Weg in Richtung Demokratie zu weisen, hindert Deutschlands politische Führung nicht an der Übernahme chinesischer Herrschaftsinstrumente: Chinas Staatspräsident Xi Jinping und Bundeskanzlerin Angela Merkel (Mitte)

umsetzbar ist“. Das war allerdings eine Lüge. Der Beweis hierfür ist der Brandbrief, der vor Kurzem an die Chefs der Staatskanzleien der Länder ging. Zu dessen Unterzeichnern gehören unter anderem die Verbände Bitkom, eco, Game und

Vaunet, der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) sowie die Selbstregulierungsinstanzen Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF), Freiwillige Selbstkontrolle der

Filmwirtschaft (FSK), Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) und Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) beziehungsweise der Hersteller des Jugendschutzprogramms JusProg.

Protest aus der Gesellschaft

Nach Ansicht der Absender des Schreibens sei das vorgeschlagene Konzept „weder technisch praktikabel noch inhaltlich umsetzbar“. Es führe zum massiven „Overblocking“, das heißt „zu einem faktischen Sperren weiter Teile des Internets ... – und zwar im Ausgangspunkt auf sämtlichen Geräten“. Dies habe man auch in jeder Gesprächsrunde zum Ausdruck gebracht. Anschließend signalisierten die Unterzeichner, „noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen“ zu wollen, dass sie „weiterhin sehr ernste und grundsätzliche Bedenken gegenüber dem neuen Regulierungskonzept“ hätten. Nun bleibt abzuwarten, ob die Länder dennoch an ihrem ambitionierten Zensurvorhaben festhalten.

Kurzporträts



Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, **Reiner Haseloff** (CDU), ist seit dem 1. November vergangenen Jahres turnusmäßig Präsident des Bundesrates



Die Diplom-Kauffrau **Anja Karliczek** (CDU) ist seit dem 14. März 2018 Bundesministerin für Bildung und Forschung im Kabinett Merkel IV



Christine Lambrecht (SPD), Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, übt seit dem Mai auch das Amt der Bundesfamilienministerin aus

SOZIALKREDIT-SYSTEM

Vom Bund bezahltes Plädoyer für ein „Bonus-System“

Was in der Studie „Zukunft der Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land“ angepriesen wird, ist in China bereits Realität

Das chinesische Sozialkredit-System ist ein Unterdrückungsinstrument ersten Ranges. Es dient der totalen Kontrolle der Bevölkerung. Für Wohlverhalten im Sinne des Staates und der Regierung erhalten die Bürger Pluspunkte, ansonsten hagelt es Minuspunkte. Als Verhalten, das zum Punktabzug führt, gilt neben Lappalien wie Schwarzfahren, untätigem „Herumlungern“, inkorrektem Anstehen an der Supermarktkasse und Rauchen am falschen Ort auch Kritik an der Kommunistischen Partei oder das Verbreiten von „unerwünschten“ Informationen. Wer dadurch unter einen bestimmten Punktestand rutscht, wird bestraft. So beispielsweise durch finanzielle Restriktionen wie höhere Steuern, Reiseverbote

sogar im Inland oder den Verlust des Arbeitsplatzes. Das Ganze erfordert die engmaschige Überwachung jedes Einzelnen – durch Gesichtserkennungs-Software, Registrierung in zahllosen verschiedenen Datenbanken, Erfassung aller bargeldlosen Zahlungen und so weiter. Ein derartiges Sozialkredit-System sollte in demokratischen Staaten keine Bewunderer finden. Dennoch aber gibt es diese in Deutschland.

Das beweist jetzt eindrucksvoll eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebene und publizierte Studie mit dem Titel „Zukunft der Wertvorstellungen der

Menschen in unserem Land“, für die einige Mitarbeiter der Prognos AG und der Z_punkt GmbH verantwortlich zeichnen. Darin wird ein „Bonus-System“ vorgestellt beziehungsweise angepriesen, das verdächtig genau dem chinesischen Modell gleicht:

„Für bestimmte Verhaltensweisen können im Punktesystem, das vom Staat betrieben wird, Punkte gesammelt werden (z.B. Ehrenamt, die Pflege Angehöriger, Organspenden, Altersvorsorge, Verkehrsverhalten, CO₂-Abdruck). Neben der sozialen Anerkennung ergeben sich durch das Punktesammeln auch Vorteile im Alltag (z.B. Verkürzte Wartezeiten für bestimmte Studiengänge).“

Ein Propagandist im Dienst der KPCh hätte die Folgen des Systems kaum euphemistischer formulieren können als die Studienmacher im Auftrag des BMBF

Von Nachteilen für diejenigen, die sich anders als im gewünschten Sinne betätigen, ist nicht explizit die Rede. Jedoch enthält die Studie verräterische Formulierungen wie: Das Punktesystem sei „ein geeignetes Instrument für den Arbeitsmarkt“ und es werde „schrittweise neue Normen im Alltag“ verankern sowie „sozialen Druck auf das Individuum“ erzeugen, „Leistung im Sinne des Staates zu zeigen“ – bei „umfassender Transparenz eines jeden“. Aber natürlich alles auf „freiwilliger Basis“ und nach „demokratischen Spielregeln“. Das hätte ein Propagandist im Dienst der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) kaum euphemistischer ausdrücken können.

RESPEKT COACHES

Schulfremde Agitatoren im Klassenraum

Obwohl Bildung eigentlich Ländersache ist, greift das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit 2018 auch in den schulischen „Kampf gegen Extremismus, Hass und Rassismus“ ein, indem es hauptberufliche politische Agitatoren – genannt „Respekt Coaches“ – auf Schüler ab der 5. Klasse loslässt. Derzeit kommen 260 solcher Personen zum Einsatz, wobei jede Stelle rund 90.000 Euro pro Jahr verschlingt. 60 Prozent der „Respekt-Trainer“ sind jünger als 40 Jahre, 70 Prozent weiblich und 30 Prozent haben einen Immigrationshintergrund. Bislang fand die politische Indoktrination an 351 Kooperationsschulen statt und erreichte genau 126.238 Schüler. Hierzu wurden insgesamt 3732 Gruppenmaßnahmen von den „Coaches“ veranstaltet. Deren Zahl soll nun auf 411 anwachsen, wodurch dem BMFSFJ Kosten in Höhe von 36 Millionen Euro pro Jahr entstehen.

Dass Agitatoren die politische Agenda der Obrigkeit in den Klassenzimmern verbreiten, gibt es auch in China. So müssen sich beispielsweise die Kinder und Jugendlichen in den „Autonomen Regionen“ Tibet und Xinjiang permanent Vorträge von Schulfremden über die „Freundlichkeit“ der kommunistischen Partei anhören, in denen man sie auffordert, „die Partei zu lieben und auf die Partei zu hören“.

Inwieweit das erfolgreich ist, lässt sich aus der Ferne schwer beurteilen. In der Bundesrepublik agierten die „Respekt Coaches“ jedenfalls wenig effektiv. Umfragen an den teilnehmenden Schulen zeigten, dass Mobbing und Gewalt im Schulalltag nur an jeder 20. Bildungseinrichtung mit „Respekt-Trainer“ zurückgingen. Dafür gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder sind die meisten der eingesetzten Personen schlicht und einfach inkompetent, oder der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag auf anderen Gebieten. Was dann wiederum den Verdacht nahelegt, dass es mehr um Propaganda im Sinne der Bundesregierung als um das Einüben eines vernünftigen Miteinanders ging.

W.K.

„Ein neues illiberales Zeitalter“

Die Suche der Deutschen nach ihrer Identität ist so alt wie ihre Geschichte. Wie geht es ihnen am Ende der Ära Merkel?
Teil 3 der **PAZ-Sommergespräche 2021** zur Lage der Nation

IM GESPRÄCH MIT JOSEF KRAUS

Es ist so bequem, unmündig zu sein.“ Dieses berühmte Zitat des Königsberger Philosophen Immanuel Kant nimmt der Pädagoge und Autor Josef Kraus zum Leitmotiv seines neuen Buches. In bester liberaler Manier kritisiert er darin, dass die Mehrheit der Bundesbürger das eigene Denken aufgegeben hat und sich so verhält wie einst die Untertanen in den absolutistischen Monarchien.

Herr Kraus, nach diversen Büchern über unser Bildungssystem widmen Sie sich in Ihrem neuen Buch dem „deutschen Untertanen“ und seinem – so der Untertitel – „vom Denken entwöhnten“ Geist. Das klingt nach starkem Tobak. Was hat Sie zu einer solchen Streitschrift bewegt?

Der deutsche Michel hat sich schafsgeduldig akklimatisiert. Er merkt nicht mehr, dass die Fesseln immer straffer werden. Das Alarmsystem funktioniert nicht mehr. Es geht ihm wie dem „boiled frog“, dem Frosch, der als Wechselblüter das mehr und mehr erhitzte Wasser, in dem er hockt, nicht mehr registriert, bis er gegart ist. Der deutsche Michel verhält sich genauso, er macht zu großen Teilen alles mit, was ihm verpasst wird: die Preisgabe nationaler Souveränität; den (Selbst-)Hass gegen alles Deutsche gepaart mit deutschem Sündenstolz; die Pathologisierung Andersdenkender (als islamo-/xeno-/afro-/homo-/transphob); das Anbiedere der Politik an pubertäres Gehabe; die Duldung massenhaften Asylmissbrauchs; die fortschreitende Islamisierung der Republik durch deren geduldete Schariaisierung (Kinderehen, Genitalbeschneidungen); die Bagatellisierung von Gewalttaten von Migranten als Einzelfälle psychisch Auffälliger; den Verfall der Bundeswehr; die 100.000-fache Tötung ungeborenen Lebens; das Hofieren von 0,1-Prozent-Minderheiten; den Verfall des Bildungswesens; die Zerstörung von Kulturlandschaften durch Windräder; den Verzicht auf die weltweit sichersten Atomkraftwerke; die Zerstörung wichtiger Industriezweige (zum Beispiel die Automobilindustrie); die explodierenden Energiepreise; die Enteignung des Ersparten durch eine Null-Zins-Politik; die zwangsgebührenfinanzierte Indoktrination ... Reichen die Beispiele? Mir geht es darum, dass der deutsche Michel das wenigstens wahrnimmt und sich nicht mehr einlullen lässt.

Gleich zu Beginn schreiben Sie, dass seit geraumer Zeit in unserem Lande „das Grundgesetz, die parlamentarische Demokratie, die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat“ erodieren und wir uns inmitten „einer (Selbst-)Delegitimierung des Staates“ befinden. Woran machen Sie diesen harten Befund fest?

Ich mache es vor allem daran fest, dass die Gewaltenteilung aus den Fugen geraten ist. Die horizontale und die vertikale. Die horizontale Gewaltenteilung, weil die Legislative, etwa der Bundestag, nur noch abnickt, was die Exekutive, hier das Kanzleramt, vorgibt. Und weil mittlerweile auch das einst hochangesehene Bundesverfassungsgericht, das ja nun bis in die Spitze hinein parteipolitisch besetzt ist, immer mehr politisch willfährige Urteile spricht. Siehe das Urteil zum Klimaschutz. Und die vertikale Gewaltenteilung sehe ich dadurch gefährdet, dass der Bund immer mehr Kompetenzen der Länder an sich zieht, siehe Corona, damit den Föderalismus schwächt und zugleich immer mehr Kompetenzen an den Moloch Brüssel abgibt.

Propos „Gewalten“: Auch die sogenannte vierte Gewalt versagt in weiten Teilen. Große Teile der Leitmedien inklusive ARD und ZDF sind zu quasi-regierungsamtlichen Apportiermedien geworden. Eine kritische Begleitung der Politik findet kaum noch statt.



Seit Generationen Symbol deutscher Obrigkeitshörigkeit: Der Michel (hier eine Karikatur aus dem 19. Jahrhundert)

Die „Preußische Allgemeine“ nehme ich ausdrücklich aus (lacht).

Wo liegen für Sie die Ursachen dieser Entwicklung? Eher in unserer Geschichte – Sie schreiben, dass man bei der Reflexion über Obrigkeitgläubigkeit und Mündigkeit an Heinrich Manns Figur Diederich Heßling ebenso wenig vorbeikommt wie an Immanuel Kant – oder eher daran, dass es den Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten außerordentlich gut ging und sie deshalb das Bewusstsein für die Grundlagen ihres Wohlstands vergessen haben?

Ja, viele Deutsche meinen, dieser Wohlstand habe Ewigkeitswert. Aber weil Sie Heinrich Manns Figur des Diederich Heßling ansprechen: Er ist der Inbegriff der autoritären Persönlichkeit: kuschend nach oben, tretend nach unten. Aber auch diese fiktive und gleichermaßen symptomatische Figur kommt nicht aus dem Nichts. Deutschland ist eine verspätete Nation, das hat mit dem Dreißigjährigen Krieg zu tun. Deutschland war über Jahrhunderte hinweg zersplittert in zig staatliche Autoritäten. Freiheitsbewegungen, siehe 1817 oder 1848, hatten hier keine Chance. Die Folge ist ein Duckmäusertum: individuell und national. Einmal fatalerweise kompensiert im nationalsozialistischen Größenwahn.

Zu den Ursachen des Untertanengeistes zählen Sie auch „alte und neue linke Autoritarismen“. Was verstehen Sie darunter und woran machen Sie diese fest?

Der deutsche Michel ist dabei, mit neuen (oder alten) Ismen und Ideologien, mit neuen Zivil- und Ersatzreligionen in eine subaltern prä-aufklärerische Epoche zurückzufallen. Hin zu neuen Autoritarismen, zu neuen totalitären Phantasieren. Wir befinden uns inmitten eines neuen illiberalen Zeitalters, in dem Debatten mit flachen Plattitüden (etymologisch: Wortfladen) wie „Zivilgesellschaft“, mit naiven und gleichermaßen maßregelnden Vorstellungen von Humanitarismus, Moralismus, Antifaschismus, Antirassismus, Genderismus, Kosmopolitismus, ja mit unreflektiert praktizierten Ritualen wie „Zeichen setzen“, „Gesicht zeigen“, „Aufstand der Anständigen“ eine sehr selektive Wachsamkeit prägen und damit Meinungskorridore und Handlungsspielräume einschränken.

Ein anderer Abschnitt Ihres Buches widmet sich dem „Arsenal des Gefügig-

chens“. Wie sieht dieses „Arsenal“ aus, und welche „Werkzeuge“ werden darin von wem eingesetzt?

Dieses Arsenal ist mächtig, es wird clever eingesetzt, es wirkt mit Angstmachen, damit unterschwellig, es normiert und konfektioniert Meinungen. Wer anders redet und denkt, unterliegt – etwa als Wissenschaftler, Publizist oder Künstler – bis hin zum sozialen Tod der Ausgrenzung durch die Unkultur der „cancel culture“, wird nicht mehr eingeladen, findet keine Publikationsorgane mehr. Menschen, die anders ticken, werden angeprangert, ausgegrenzt, als „rechts“ oder als „Verschwörungstheoretiker“ abqualifiziert. Die Politik spielt auf dieser Klaviatur, das Kanzleramt etwa beschäftigt Verhaltenspsychologen, die sich entsprechende „nudges“, Stubserien, ausdenken. Öffentliche Stellen, etwa Kommunen, rufen im Zusammenhang mit Corona zur Denunziation auf. Die Leitmedien betreiben „Framing“. Die NGOs, eigentlich Nicht-Regierungs-Organisationen, bekommen – teilweise staatlich alimentiert – zu semi-staatlichen Organisationen. Die Kirchen gehören in weiten Teilen dazu. Sie sind politisierende NGOs geworden, aber der Glaube scheint ihnen verloren gegangen.

Wie kann sich der Einzelne gegen einen solchen Druck zur Wehr setzen?

Einmischen! Nicht kuschen! Echte Zivilcourage zeigen, keine von der Stange! Nicht nur brav gehen! Sondern angehen gegen politische Irrwege und mediale Verirrungen! Sich schlau machen und nicht nur von SZ, „Spiegel“, ARD und ZDF berieseln lassen! In den sozialen Medien – seriös! – mitmischen! Bürgerinitiativen gründen! Politiker anschreiben! Sie persönlich zur Rede stellen! In ihren Sprechstunden aufsuchen! Leserbrief schreiben! Bei den Chefredakteuren, Intendanten, Rundfunk- und Fernsehredaktionen protestieren! Unterschriftenaktionen und Aufrufe, zum Beispiel gegen die Verhöhnung unserer wunderbaren Sprache durch das Gendern, mitmachen!

Nur ein persönliches Beispiel: Ich habe zusammen mit dem Verein Deutsche Sprache (VDS) zweimal eine Initiative gegen den Unfug der Gendersprache mitgetragen. Nun gut, wir waren zunächst stolz, es haben einmal 80.000, ein andermal 38.000 Leute unterschrieben. Aber warum haben diese Aktion nicht 800.000 oder acht Millionen deutsche Michels unterstützt? Also: Aufwachen!

Es geht mir um Eigenverantwortung und nicht um „komfortable Stallfütterung“ (Wilhelm Röpke) in sozialen Hängematten

Buch-Tipp



Josef Kraus
Der deutsche Untertan. Vom Denken entwöhnt
Verlag Langen Müller 2021, Hardcover, 352 Seiten, 24,- Euro

Zur Lösung des Problems fordern Sie unter anderem „gebildete Eliten“. Haben wir heute etwa keine gebildeten Eliten?

Gewiss haben wir auch Spitzenkräfte: in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in Musik und Sport ohnehin. Auch hochgebildete, reflektierende. In der Publizistik und in der Politik eher weniger. Schauen Sie sich doch an, wie die Rekrutierung der vermeintlichen Spitzenkräfte in Mainstream-Publizistik und Politik stattfindet: Es geht um vermeintlich richtige Haltung, Stromlinienförmigkeit ohne intellektuelle Unterkellerung. Aber sie haben die passenden Netzwerke. Hochgebildete, reflektierende Menschen tun sich solche Rekrutierungsmechanismen nicht an. Das verträgt sich nicht mit ihrer Selbstachtung. Dadurch aber geht dem Gemeinwesen viel intellektuelles Kapital verloren. Denn echte Elite bringt einen Mehrwert für alle.

Im Übrigen: Manchmal schnürt es mir schon den Hals ab, wenn eine Kanzlerin im Mai 2021 gegenüber Schülern einräumt, dass ihre historische Bildung nicht so toll sei. Und das nach 16 Jahren Regentschaft und nach hunderten Weltreisen und Gipfeltreffen! Da hätte man ja einiges nachholen und vertiefen können. Oder wenn eine Kandidatin Baerbock bar jedes naturwissenschaftlichen Basiswissens über neue Energien ahnungslos dahinschwadroniert. Oder wenn Journalisten vermeintlich führender Zeitungen ihre Probleme mit der deutschen Grammatik haben. Es ist dies nicht nur Folge seltsamer Rekrutierungsmechanismen, sondern auch Symptom einer – vormaligen – Bildungsnation im freien Fall.

Und worin sollte sich die Bildung künftiger Eliten von derjenigen heutiger Eliten unterscheiden?

Die Bildung künftiger Eliten hat außer mit hochkarätiger, umfassender Bildung – es muss keine akademische sein – vor allem mit einem umfassenden Verständnis von Elite zu tun. Elite heißt für mich, in Personalunion Leistungs- und Funktionselite sowie zugleich Vorbild-, Werte- und Verantwortungselite zu sein. Das zu sein ist eine Frage von Bildung und Erziehung, und es ist eine Frage der Kriterien, die bei der Positionierung eines Menschen in Eliteränge angelegt werden.

Zu guter Letzt eine persönliche Frage: Wie sieht für Josef Kraus das richtige Verhältnis zwischen selbst-bewussten Bürgern und ihrem fürsorglichen Staat aus?

Ich bin ein großer Verfechter des Subsidiaritätsprinzips, und zwar im menschlichen, institutionellen und staatlichen Bereich, und damit auch Verfechter des christlichen Menschenbildes und des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft. Das heißt: Der erwachsene Bürger soll sich erst einmal selbst um seine eigenen Belange kümmern. Klar, im Rahmen der Gesetze und bewusst als Teil eines Gemeinwesens. Den Vater Staat, (lacht), gendgerecht müsste man heute sagen: die Gouvernante Staat, soll er erst bemühen und erst bemühen können, wenn die eigenen Kräfte nicht reichen. Es geht mir um Eigenverantwortung und nicht um „komfortable Stallfütterung“ (Wilhelm Röpke) in sozialen Hängematten. Das heißt aber auch, dass ein solcher Bürger das Recht hat, einen ausufernden Staat abzulehnen. Qua Stimmabgabe alle vier oder fünf Jahre und regelmäßig als politisch engagierter Bürger, der mutig oder auch widerborstig das Wort ergreift. Nur ein solcher mündiger, eigenverantwortlicher, umfassend gebildeter und damit urteilsfähiger Bürger ist ein freier Bürger.

Das Interview führte René Nehring.

● **Josef Kraus** war bis zur Pensionierung 2015 Gymnasialdirektor in Niederbayern und von 1987 bis 2017 ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. 2018 wurde er mit dem Deutschen Sprachpreis geehrt.

MELDUNGEN

Söder pocht auf Entlastung

München/ Düsseldorf – Markus Söder besteht unter Verweis auf das CDU/CSU-Wahlprogramm auf Steuerentlastungen nach der Bundestagswahl. Die Forderung nach Steuerentlastungen stehe „schwarz auf weiß“ im Wahlprogramm der Union. Der bayerische Ministerpräsident reagiert damit auf Äußerungen Armin Laschets vom 11. Juli im ARD-Sommerinterview. Letzterer hatte darin erklärt, er sehe „im Moment“ keinen Spielraum für Steuererleichterungen, „dazu haben wir nicht das Geld“. Wenn es Entlastungen gebe, dann bei kleinen und mittleren Einkommen, „aber auch nicht heute oder morgen“. Angekündigt hatte die Union in ihrem Wahlprogramm ein „Entfesselungspaket“, mit dem Bürokratie abgebaut und Steuern für angeschlagene Unternehmen gesenkt werden sollen. N.H.

Schuhbeck ist insolvent

München – Alfons Schuhbeck, einer der bekanntesten Starköche Deutschlands, hat für einen Teil seiner Unternehmen Insolvenz angemeldet. Betroffen sind seine Restaurants am Platzl in der Münchener Innenstadt in der Nähe des Hofbräuhauses sowie sein Partyservice, mit dem er bisher Großveranstaltungen und Prominenten-Events beliefert hat. Als Grund gab Schuhbeck an, dass er sich von der Politik alleingelassen fühle, da „die vollmundig angekündigten Staatshilfen bei mir bis heute ausgeblieben sind“. In der Hoffnung auf die staatliche Unterstützung habe er bis zuletzt private Mittel in die Unternehmen gesteckt. Für sich selbst sieht Schuhbeck eine Zukunft, die 50 von der Insolvenz betroffenen Mitarbeiter treffe es hingegen hart. Der berühmte Koch hofft, dass er seinen Gewürzhandel und sein Beratungsgeschäft aufrechterhalten kann. Zu Schuhbecks Gastro-Unternehmen zählen neben drei Restaurants ein Eissalon und Gewürzläden. Der Unternehmer hofft, aus der Insolvenz schnell wieder herauszukommen. MRK

OLG verurteilt YouTube

Dresden – Das Videoportal YouTube löschte Ende Januar den Beitrag eines Nutzers über Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in der Schweiz unter Verweis auf seine neue „Richtlinie zu medizinischen Fehlinformationen über COVID-19“. Zu Unrecht, wie das Oberlandesgericht Dresden per einstweiliger Verfügung am 20. April festgestellt hat. Denn die zusätzliche Regelung sei nicht wirksam in den Vertrag mit dem Nutzer eingeflossen, weil ein Änderungsvertrag fehlerhaft sei. Der bloße Verweis auf künftig möglicherweise andere Konditionen reiche keineswegs aus. Gleichzeitig ordnete das Gericht die sofortige Wiedereinstellung des Videos an. Dem kam YouTube allerdings erst am 14. Mai nach. Daraufhin verhängte das OLG am 5. Juli ein Ordnungsgeld von 100.000 Euro. Als Begründung gab es an, seine Entscheidungen seien bindend für YouTube, ganz gleich, ob das Portal einen Verstoß gegen eigene interne Richtlinien sehe oder nicht. W.K.



Sorgte kurz vor seinem 80. Geburtstag für politische Zwischentöne: Der Dirigent Riccardo Muti, hier beim Wiener Neujahrskonzert 2021

Foto: imago images/Xinhua

GESELLSCHAFT

Zorn eines europäischen Schöngelists

Am 28. Juli feiert Riccardo Muti seinen 80. Geburtstag – Zuvor gab der musikalisch in Wien beheimatete italienische Dirigent ein bemerkenswertes Interview über die politische Korrektheit in der Musikwelt

VON EBERHARD STRAUB

Der italienische Stardirigent Riccardo Muti bekannte unlängst in einem Gespräch mit der Zeitung „Corriere della Sera“, dieser Welt, an die wir uns als „neue Normalität“ gewöhnen sollen, überdrüssig zu sein. Da er sie nicht ändern kann, zieht er es vor, sich aus ihr herauszuhalten. Mit Sir John Falstaff in Giuseppe Verdis gleichnamiger komödiantischer Oper stimmt er überein: Welt voller Gemeinheit, elende Zeiten! „Tutto declina“. Freilich hat er andere Gründe dafür als der Trunkenbold und erotische Dilettant.

Muti vermisst ganz einfach den Ernst, die Ernsthaftigkeit im Leben überhaupt und vor allem in der Kunst. Beim Neujahrskonzert in Wien – ohne Publikum – erinnerte er in einer improvisierten Erklärung vor den üblichen Glückwünschen zum Neuen Jahr die Politiker daran, die Kultur als das wichtigste gesellschaftliche Element nicht zu vernachlässigen. Die Politiker und alle möglichen systemrelevanten Kräfte – nicht nur in Italien – bestätigen zu seinem Zorn, dass sie Kultur für eine gleichgültige Angelegenheit halten oder gar für eine gefährliche, den sozialen Frieden zersetzende Macht. Sie verraten alle Prinzipien der Kultur und der zu ihnen gehörenden künstlerischen Ethik.

Der „patria“ verbunden

Muti erinnert einmal mehr Italiener, die jahrhundertlang von Palestrina bis Puccini oder Luigi Nono zur Entwicklung der Musik in Europa Wesentliches beigetragen haben, daran, endlich die vielen Opernhäuser wieder zu öffnen und fast hundert Orchester aus der ihnen auferlegten „Sprachlosigkeit“ zu befreien. Aber Muti, der gar nicht Stumme („muto“) redet zu Tauben oder solchen, die nicht hören wollen, wie er grimmig bemerkt.

Den Politikern und deren „Experten“ fehle es in ihnen, dem Lebensernst entgrenzten Räumen eben an Ernst. Kaiser Friedrich II., der schwäbische Sizilianer, hieß einst jeden willkommen, der anständig und ehrenhaft in seinem Reiche leben wollte. Wer dazu auffordert, mit dem gebotenen Ernst über die Einwanderung zu

reden, gilt als „Rechter“, und wenn einer sich auch noch – wie Muti – der „patria“, dem Vaterland verbunden fühlt und daher gerne die italienische Hymne bei festlichen Anlässen mit nationaler Bedeutung dirigiert, gerät er in den Verdacht, ein unaufgeklärter Reaktionär zu sein.

Muti war immer ein süditalienischer Sozialdemokrat in der Tradition des italienischen Föderalisten Gaetano Salvemini (1873–1957), ohne je Parteimitglied gewesen zu sein. Dem Unernst in der Politik entspricht, wie er verdeutlicht, der künstlerische Unernst von Dirigenten und Regisseuren, die, statt ein Werk um seiner selbst willen, so gut wie möglich aufzuführen, die Absicht verfolgen, es mit grelle Effekten interessant zu machen.

Muti ist überhaupt kein Feind des sogenannten „Regietheaters“. Er hat früher allerdings mit Giorgio Strehler und Luca Ronconi meisterhafte, eben ernsthafte Regisseure gekannt, die nicht in das Werk beliebige Ideen hineinlegten, sondern sich darein versenkten, um es angemessen „vergegenwärtigen“ zu können.

Dieser Sachwalter der Kunst und der Kultur, der geistigen Freiheit, steht fassungslos vor den allerneuesten Manifestationen des Unernstes unter den Zwängen der politischen Korrektheit. Was um Gottes Willen, fragt er, soll imperialistisch, rassistisch, frauenfeindlich oder homophob an der Musik Bachs und Beethovens oder Schuberts sein, wie sogenannte Wissenschaftler in Großbritannien oder den USA behaupten?

Hätten die heutigen Vorstellungen schon um 1790 offizielle Verfechter gekannt, dann wären Lorenzo da Ponte und Wolfgang Amadeus Mozart selbstverständlich wegen ihrer gemeinsamen Opern als Frauenfeinde und Hassprediger zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Aber das kann ja noch kommen.

Ernsthaftigkeit geht verloren

Wie soll eine ernsthafte Produktion möglich werden, wenn in einer Oper Männer und Frauen, alle möglichen weiteren sexuellen Orientierungen und Rassen in gleicher Weise berücksichtigt werden müssen, sodass sich keiner in seiner Identität verletzt fühlen kann? Für den Dirigenten gibt es nur ein Kriterium in

der Kunst: die Qualität, denn Kunst kommt von Können, eine deutsche Devise, die Muti, der mühelos deutsch spricht, vertraut ist.

Der Unernst fällt diesem strengen und gründlichen „Musikexperten“ nicht zuletzt bei den „Wissenschaftlern“ auf, die auf ihre „Kompetenz“ pochen, doch wegen ihrer Präsenz in den Medien kaum noch zum Denken, geschweige denn zum Forschen kommen. Politiker, Künstler, Wissenschaftler, sie alle sind für ihn gel-

erfüllt war, von der gar nicht viel geredet werden musste. In der dauernd aufgeregten Zeit von heute herrscht auch eine Stille, aber ganz anderer Art.

Die meisten können gar nicht, gefesselt an technische Geräte, sich selbst finden und deshalb auch nicht dem anderen begegnen. In den Restaurants sitzen Einzelgänger, starren auf ihre Bildschirme und haben einander nichts zu sagen. Diese furchtbare Entmenschlichung ist noch weiter fortgeschritten im Zusammenhang der Maßnahmen, die unsere Gesundheit schützen sollen. „Der Verlust an menschlichen Beziehungen ist schrecklich“, teilt Muti mit.

Die Freiheit ist in Gefahr

Er selbst komme aus anderen Zeiten, wie er sagt. Er kann vor der Erschöpfung durch die alles lähmende Gegenwart in das Studium etwa der „Missa solemnis“ Beethovens ausweichen. Der Lebensmüde findet darüber wieder in das Leben zurück. Denn die Aufgabe des Dirigenten bleibt ja weiter die gleiche: sich für Kultur und Schönheit einzusetzen, gerade in diesen trüben Zeiten.

Vor ein paar Wochen gab er in Italien drei Konzerte mit den Wiener Philharmonikern. Auf dem Programm standen Werke deutscher Romantiker. Mit den Wienern ist er seit 50 Jahren verbunden und hat mit ihnen indessen 500 Konzerte gegeben. Wien ist seine besondere musikalische Heimat.

Italiener haben eine besondere Beziehung zu Wien, zu Österreich, und zu Mitteleuropa aufgrund ihrer Geschichte. Wien gilt vielen unter ihnen nicht nur als die Hauptstadt der Musik. Es ist für sie – und Muti – eine wahre Weltstadt, in der viele nationale Stile sich verbanden, ohne in einer anonymen Gleichheit aufzugehen, in der alle Verschiedenheiten verschwinden.

Als sozialdemokratischer Föderalist im Sinne Salvemini weiß er Vielfalt zu schätzen, die zu einer lebendigen Kultur als dem Reich der Freiheit gehört. „Ich bin als freier Mann geboren und bin immer ein freier Mann geblieben.“ Diese Freiheit des Geistes, der weht, wie und wohin er will, sieht er in Gefahr, die Voraussetzung der Kunst und der wahren Humanität.

Was um Gottes Willen, fragt Muti, soll imperialistisch, rassistisch, frauenfeindlich oder homophob an der Musik Bachs und Beethovens oder Schuberts sein?

tungssüchtige Scharlatane, die verantwortungslos handeln. Muti ist kein Philosoph und Soziologe.

Bei dem italienischen Philosophen Giorgio Agamben könnte er genug Argumente finden, die seinen Unmut unterstützen. Als katholischer Südtaliener erkennt Muti in der Todesvergessenheit den Grund für den allgemeinen Verlust der Ernsthaftigkeit. Für ihn gehörte der Tod seit der frühen Jugend zum Alltag. Er kann ihn nicht ängstigen. Die Toten wurden zu Hause aufgebahrt. Jeder war für sich mit seiner echten oder eingebildeten Trauer beschäftigt, und dennoch eingebunden in eine Gemeinschaft. Es herrschte eine große Stille, zuweilen bei den Wohlhabenden mit Trauermusik unterbrochen.

Eine einfache, heute phantastische, unvorstellbare Welt, in der selbst das Schlichte mit einer tiefen Menschlichkeit

WOHNUNGSPOLITIK

Von Klassenkampfparolen übertönt

Enteignungs-Abstimmung gegen Wohnungskonzerne kommt – Dabei will die Mehrheit ganz etwas anderes

VON NORMAN HANERT

Die Initiatoren des Berliner Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ haben genug Unterschriften für einen Volksentscheid eingesammelt. Wie die Landeswahlleiterin Anfang des Monats mitteilte, liegen mehr als 183.700 gültige Unterschriften für das Volksbegehren vor. Damit in Berlin ein Volksentscheid zustande kommt, müssen mindestens rund 171.000 Wahlberechtigte unterschreiben.

Am 26. September werden die Wähler der Hauptstadt damit nicht nur über die Zusammensetzung von Bundestag und Landesparlament abstimmen, sondern auch über die Enteignung von privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen, die über mehr als 3000 Wohnungen verfügen. Nach dem Willen der Initiative sollen die Unternehmen, die enteignet werden sollen, mit einer Summe „entschädigt“ werden, die „deutlich unter Verkehrswert“ liege. Die zu enteignenden Wohnungsbestände sollen nach den Plänen der Aktivisten in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt und – wie es neudeutsch heißt – „unter demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft und Mieter:innen verwaltet werden“. Eine Re-Privatisierung der Wohnungen will die Initiative per Satz ausschließen.

60 Prozent wollen Eigentum

Schon der bisherige Erfolg der Enteignungsinitiative hat dazu geführt, dass sich die Diskussion des Wohnungsproblems in der Hauptstadt fast nur noch um zwei Positionen dreht: hier die Befürworter der Enteignung und „Vergemeinschaftung“ von Wohnungsbeständen, dort die Verteidiger des Privateigentums, die sich mitunter in der misslichen Lage sehen, auch große Immobilienkonzerne mit durchaus umstrittenen Geschäftsmodellen vor Enteignungen in Schutz nehmen zu müssen.

Fast keine Rolle spielt in der Diskussion jedoch eine dritte Option: Die Verwandlung von Mietern zu Eigentümern und die Förderung von Wohneigentum für den „Normalverbraucher“.

Gerade in Berlin ist der Anteil von Mietwohnungen mit rund 84 Prozent besonders hoch. Schlusslicht ist die Haupt-



Am 26. September stimmen die Berliner ab: Enteignungsparole an Kreuzberger Mietshaus

Foto: pa

stadt dagegen beim Anteil derjenigen Bürger, die Eigentümer einer Wohnung oder eines selbst genutzten Eigenheims sind. Im Jahr 2018 lag die sogenannte Eigentümerquote lediglich bei wenig mehr als 17 Prozent. Wie eine Umfrage ergab, haben 60 Prozent der Berliner jedoch den Wunsch nach Wohneigentum.

Wie die Berliner hinken auch die Deutschen im internationalen Vergleich beim Immobilieneigentum hinterher. Lediglich etwas mehr als 42 Prozent der deutschen Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. Die durchschnittliche Wohneigentumsquote in der EU liegt dagegen bei rund 70 Prozent. Das hat auch zur Folge, dass die Deutschen beim durchschnittlichen Haushaltsvermögen weit hinten in der EU-Statistik rangieren.

Die Chancen, den Wunsch nach der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus umzusetzen, werden für die deutschen Privathaushalte sogar immer noch schlechter. In Berlin und anderen Ballungsräumen sind die Immobilienpreise in den vergangenen Jahren in Höhen ge-

klettert, die sich selbst Doppelverdiener-Haushalte mit gutem Einkommen oft kaum noch leisten können. Auch die Bau- und Nebenkosten bremsen Normalverdiener immer mehr aus, wenn sie Immobilieneigentum bilden wollen. Jüngeren Haushalten fehlt zudem oftmals auch das notwendige Eigenkapital zum Kauf.

Das Ausland macht es vor

Im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung hat das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) untersucht, was Deutschland von anderen Ländern lernen kann, um den Anteil derjenigen Deutschen zu erhöhen, die über Wohneigentum verfügen. Vorgeschlagen haben die IW-Forscher eine Reform der Grunderwerbsteuer. Dabei könne Großbritannien als Vorbild dienen.

Die Briten profitieren bei der Grunderwerbsteuer von einem Freibetrag und einem Stufentarif. Von den Niederlanden könne sich die deutsche Politik das Instrument der Kreditausfallversicherung für Hypothekendarlehen abschauen. Eine

derartige Versicherung wird in unserem Nachbarland bei Versicherungsbeginn durch einen Einmalbetrag finanziert. Banken haben dadurch eine Sicherheit, dass die Raten für den Immobilienkredit auch bei Arbeitslosigkeit oder Scheidung weiterbezahlt werden.

Aufgrund dieser höheren Sicherheit können die Geldhäuser dann aber auf Eigenkapital verzichten. Frankreich fördert mit zinsfreien Sozialdarlehen wiederum gezielt einkommensschwache Haushalte. Insgesamt lassen sich sogar bis zu 40 Prozent des Kaufpreises von Immobilien über solche Darlehen finanzieren.

In der Berliner Politik hat der Landesverband der Alternative für Deutschland diese Ideen aufgegriffen. In ihr Programm zur Berlin-Wahl am 26. September hat die Partei ausdrücklich die Förderung von Wohneigentum aufgenommen. Die AfD schlägt dazu eine Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent und einen Steuerfreibetrag beim Wohnungskauf von 100.000 Euro pro Erwachsenen und 50.000 Euro pro Kind vor.

BERLIN-MITTE

Der Bürgerwille zählt nicht mehr

Bei umstrittenen Straßenumbenennung gehen die Grünen nun den brachialen Weg

Im Berliner Bezirk Mitte soll die Mohrenstraße umbenannt werden. Mehr als tausend Widersprüche dagegen sind beim Bezirksamt eingegangen. Es ist schon das zweite Mal, dass Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel von den Grünen versucht, gegen den Widerstand von Bürgern Straßenumbenennungen durchzusetzen.

Vor einiger Zeit wurden gegen den erbitterten Widerstand der Anwohner diverse Straßen des „Afrikanischen Viertels“ umbenannt. Nachtigal, Peters und andere Namensgeber sollten wegen der deutschen Kolonialvergangenheit ausgemerzt werden. Anwohner und Geschäftsleute, die dagegen Widerspruch erhoben, wurden abschlägig beschieden und mit dafür anfallenden, saftigen Gebührenbescheiden ruhigestellt.

Nach der gleichen Methode will Dassel offenbar auch den Protest gegen die

Umbenennung der Mohrenstraße ersticken. Gegen die Umbenennung sind bis zum 30. Juni 1134 Widersprüche beim Bezirksamt von Berlin-Mitte eingegangen. Nun versucht das Amt allem Anschein nach, die Unzufriedenen einzuschüchtern. Wer Widerspruch einlege, müsse mit hohen Gebühren rechnen. Je nach Aufwand könnten einige hundert Euro anfallen. 300 Widersprüche gegen die Umbenennung der Mohrenstraße wurden daher bereits wieder zurückgezogen.

Statt des Mohren ein Antisemit?

Die gleichnamige U-Bahn-Station Mohrenstraße soll nach einer Ankündigung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) in Glinkastraße umbenannt werden – eine in der Nähe der Mohrenstraße verlaufende Straße. Aber davon sind die BVG zunächst wieder abgekommen. Namensgeber Mi-

chail Glinka (1804–1857), ein russischer Komponist, soll nach Recherchen der „Jüdischen Allgemeinen Zeitung“ Antisemit gewesen sein. Seine Oper „Fürst Cholmskij“ etwa spiele im 15. Jahrhundert und handele von einem jüdischen Komplott, das zum Ziel gehabt habe, den russischen Streitkräften in ihrem Kampf gegen den deutschen Schwertbrüderorden Livlands entgegenzuwirken.

Die Station hat schon einige Umbenennungen hinter sich. Bei ihrer Eröffnung 1908 hieß sie Kaiserhof, ab 1950 Thälmannplatz von 1986 bis 1991 Otto-Grotewohl-Straße. Danach war es die SPD, die sich für den historischen Namen Mohrenstraße einsetzte.

Abstimmungen unter den Anwohnern kommen für die Grünen offenbar nicht in Frage. Seit die Anrainer der Treitschkestraße in Steglitz-Zehlendorf in einer Be-

fragung eine Umbenennung ablehnten, will die Partei von dieser Art der Bürgerbeteiligung offenbar nichts mehr wissen.

Historiker ruft zum Widerstand auf

Am 20. August 2020 befand die Bezirksverordnetenversammlung Mitte auf Antrag von Grünen und SPD mit den Stimmen der Linkspartei, die Mohrenstraße solle nach einem ehemaligen Sklaven, Anton Wilhelm Amo, heißen. Die Anwohner sollen lediglich „informiert“ werden. Dort heißt es: „Nach heutigem Demokratieverständnis ist der bestehende rassistische Kern des Namens belastend und schadet dem nationalen und internationalen Ansehen Berlins.“

Die Betroffenen finden das offenbar weniger gut. Auch der Historiker Götz Haydar Aly rief zum Widerstand gegen die Umbenennung auf. Frank Bücker

KOLUMNE

Neues Anti-terror-Zentrum

VON VERA LENGSELD

Anfang der Woche wurden in Berlin die ersten Abschnitte eines neuen Antiterror-Zentrums an die Berliner Polizei übergeben. Auf veröffentlichten Fotos sieht es so aus, als wäre die freudig begrüßte Institution in einem alten Gefängnisbau entstanden.

Aber der Eindruck täuscht wohl, denn die Rede ist vom ehemaligen Reichspostzentralamt in Tempelhof, dessen Gemäuer restauriert, modernisiert und hoffentlich mit bester Infrastruktur ausgestattet wurde. Innenminister Andreas Geisel (SPD) sprach von einem Meilenstein im Kampf gegen Terrorismus und Schwerstkriminalität. Es hieß, man habe die Lehre aus dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt vom Breitscheidplatz gezogen, dessen islamistischer Hintergrund in der Presseberichterstattung dezent verschwiegen wurde. Bislang seien die Einheiten, die mit Terrorabwehr befasst sind, an unterschiedlichen Orten stationiert gewesen.

Wenn alles fertig ist, sollen sie zusammengelegt werden. Bis zu 1200 Beschäftigte soll das Anti-Terror-Zentrum beherbergen. Das soll eine bessere Zusammenarbeit von Staatsschutz, Spezialeinsatzkräften und Operativen Diensten der Polizei wie Personenschutz, Fahndung und Aufklärung ermöglichen. Man würde den Berliner Politikern zu diesem Projekt gern gratulieren, wüsste man nicht, dass ihre Terrorbekämpfung stark von ideologischen Scheuklappen beeinträchtigt wird. Zwar hat in der Hauptstadt der islamistische Terrorismus bisher die meisten Todesopfer gefordert, aber Berlin hat ein permanentes Problem mit Linksterrorismus. Seit Jahren brennen Autos, werden Polizisten von Dächern mit Pflastersteinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen.

Die Zahl der von Linksterroristen verletzten Beamten geht in die Hunderte. Bislang ist der rot-rot-grüne Senat nicht dadurch aufgefallen, diese Art von Terrorismus wirksam zu bekämpfen. Man hat den Eindruck, dass er von den Politikern als eine Art Stadtfolklore betrachtet wird. Wenn das neue Antiterror-Zentrum effektiv arbeiten soll, muss es von diesen ideologischen Fesseln befreit werden.

MELDUNG

Risse im Landtag

Potsdam – Sieben Jahre nach der Eröffnung des Gebäudes, sind an der Sandsteinfassade des brandenburgischen Landtags Schäden festgestellt worden. Nach Angaben des Landtags sind „an mehreren Stellen der Ost-, West- und Südfassade sowie an einer Stelle im Innenhof Schäden an Sandstein des Gesimses“ aufgefallen. Der Landtag bleibt weiterhin zugänglich. Zum Schutz von Besuchern hat man an den Stellen jedoch Baugitter aufgestellt und Markierungsbänder angebracht. Noch bis Ende 2023 zählt das Land Brandenburg für die Nutzung des Landtagsgebäudes eine Miete. Das deutsche Tochterunternehmen der niederländischen Royal BAM Group ist im Gegenzug bis dahin für die Instandhaltung des Gebäudes am Alten Markt verantwortlich. N.H.

● MELDUNGEN

Chinas Militär expandiert

Peking – Momentan besitzt die chinesische Volksbefreiungsarmee Militärstützpunkte oder Anlagen zur elektronischen Aufklärung in Laos und Myanmar sowie auf Kuba und in Dschibuti am Roten Meer. Doch dabei soll es nicht bleiben. So richtet sich das Augenmerk Pekings nun auch auf Tansania, Kambodscha, die Vereinigten Arabischen Emirate und den pazifischen Inselstaat Kiribati. In der Ream Naval Base in Kambodscha scheinen bereits Bauarbeiten stattzufinden. Gleichzeitig wurden jetzt chinesische Militärflugzeuge in Abu Dhabi am Persischen Golf gesichtet. Der größte Coup im Ringen um die Inbesitznahme geostrategischer Positionen wäre freilich die Errichtung eines Militärstützpunkts in Kiribati. Denn Teile der Republik im zentralen Pazifik liegen nur 2000 Kilometer südlich von Hawaii. Daher könnte die Stationierung chinesischer Kampfflugzeuge und -schiffe dort zu einer Bedrohung des US-Bundesstaates führen. **W.K.**

Dokumente „neu schreiben“

Ottawa – Sir John Alexander Macdonald (1815–1891) war der erste Premierminister Kanadas und einer der Gründungsväter des Staatenbundes sowie auch die treibende Kraft bei der Vollendung der transkontinentalen Eisenbahnlinie durch die frühere Kolonie. Insofern erwarb er sich große Verdienste um Kanada. Das hinderte das Nationalarchiv in Ottawa nicht daran, die online gestellten Aufzeichnungen von Macdonald zu löschen und anzukündigen, dass diese „zeitgemäß neu verfasst werden“. Dieser archivarische Tabubruch, der auf eine lupenreine Geschichtsfälschung hinausläuft, resultierte aus wiederholten Beschwerden von Nutzern des Archivs, denen die Positionen des Premiers zu wenig „divers“ und „multikulturell“ erschienen. Denn Macdonald hatte auch Enteignungen der Indianerbevölkerung verfügt sowie strikte Einreisebeschränkungen zur Verhinderung der Zuwanderung von Chinesen erlassen und dies in seinen Schriften begründet. **W.K.**

Aufstand in Swasiland

Lobamba – Die Bevölkerung des südafrikanischen Zwergstaates Swasiland befindet sich im Aufruhr. König Mswati III. hatte sein Land 2018 in Eswatini umbenannt. Korruption, willkürliche Gewalt von Polizei und Militär gegen die eigene Bevölkerung sowie Wohlleben der Herrschenden sind in den meisten Ländern Afrikas an der Tagesordnung. Im Land ist von den „40/40“-Verhältnissen die Rede: 40 Prozent Arbeitslose, 40 Prozent HIV-Infizierte, nur einer von fünf Swasiländern erreicht das 40. Lebensjahr. Nachdem die Polizei mit der unzufriedenen Bevölkerung nicht fertig wurde, berief der Monarch das Militär ein. Banken und viele Geschäfte sind geschlossen, das Internet wird blockiert. Der kommissarische Premierminister Themba Masuku sagte, die Maßnahmen dienten dem Infektionsschutz. Die Regierung habe eine E-Mail-Adresse eingerichtet, an die Beschwerden geschickt werden könnten. **F.B.**

AFGHANISTAN

„Millionen ungelöster Probleme“

Die Taliban erobern die Mehrheit aller Bezirke – China drängt ins Machtvakuum

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Nach dem Abzug der US- und ihrer verbündeten NATO-Truppen aus Afghanistan ist die geopolitische Lage in Zentralasien in Schiefelage geraten. In Afghanistan haben die Taliban zwei Drittel der Bezirke ohne große Gegenwehr der afghanischen Regierungseinheiten erobert. Teile der Dschihadisten halten die Grenzübergänge nach Tadschikistan, Turkmenistan, zum Iran und nach Pakistan besetzt.

Es ist eine Lage entstanden, die aus verschiedenen Gründen weder Russland noch China oder Indien gefällt. 1000 afghanische Regierungssoldaten sind nach Kämpfen mit den Taliban ins benachbarte Tadschikistan geflohen. Die Regierung in Duschambe befürchtet, dass es noch mehr werden könnten und sie ihre Grenze nicht verteidigen könne. Russland, das einen Militärstützpunkt in Tadschikistan unterhält, wäre in dem Fall als Verbündeter und Schutzmacht verpflichtet, militärisch einzugreifen. Eine Vorstellung, die in Moskau nach dem Trauma von 1979 bis 1989 wenig Gefallen findet. Der Kreml setzt deshalb auf Diplomatie. Vor Kurzem besuchten Ta-

liban-Vertreter Moskau. Sie verlangten von der russischen Regierung, sich für die Aufhebung der 1988 verhängten Sanktionen – Einfrieren von Vermögenswerten, Waffen-

„China ist ein freundliches Land, das wir für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans willkommen heißen“

Suhail Shaheen
Taliban-Sprecher

embargos und Reiseverbote – bei der UN einzusetzen.

China ist ebenfalls ein Land, das seit einigen Jahren mit den Taliban spricht. Der Grund ist einleuchtend. Chinesische Unternehmen haben in afghanische Minen und den Straßenbau sowie andere Infra-

strukturprojekte investiert. Sie fürchten um ihre Investitionen. Hinzu kommt, dass die afghanische Regierung den Wachankorridor, einen schmalen Landstrich im Nordosten des Landes, zwischen der Grenze zu Tadschikistan und Pakistan sowie einer kurzen Strecke zwischen Afghanistan und China im Osten, aufgegeben hat. Für China ist das eine strategisch wichtige Gegend, die an die Region Xinjiang angrenzt. Es handelt sich um ein autonomes Gebiet im Nordwesten Chinas, in der ethnische Minderheiten, darunter die turksprachigen Uiguren, leben. Durch Xinjiang führte die alte Seidenstraße. Im Untergrund operiert dort die zentralasiatische Islamische Turkestan-Partei, die einen radikalen Islam vertritt.

Der chinesische Außenminister Wang Yi reiste jüngst in die drei asiatischen Staaten Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan. Dort bekundete er, gemeinsame Kräfte gegen die drei Übel „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ bündeln zu wollen. Wang sagte finanzielle oder technische Hilfe bei der Grenzsicherung zu nach Chinas Motto: „Helfen, aber nicht einmischen“. Ob es China in Zukunft allerdings gelingen wird, seine Nicht-Einmischungs-Politik fortzusetzen, ist ange-

sichts der Bedrohung an seinen Grenzen fraglich. Wie das online-Magazin „The Diplomat“ berichtet, zeigt China militärische Präsenz in Tadschikistan in nur 16 Kilometern Entfernung von der afghanischen Grenze.

Chinas Interesse an einer stabilen Lage in Afghanistan gilt der Sicherung seiner wirtschaftlichen Vorhaben. Im Rahmen des Projekts Neue Seidenstraße arbeitet das Reich der Mitte vertieft mit dem islamischen Pakistan zusammen. Eine der größten chinesischen Auslandsinvestitionen ist der China-Pakistan Economic Corridor mit einem Investitionsvolumen zwischen 46 und 65 Milliarden US-Dollar. Bei fortgesetzten Turbulenzen droht Afghanistan ein Sammelbecken für den radikalen Islam zu werden, der auch auf Pakistan übergreifen könnte. Indien, das ebenfalls in Afghanistan investiert, befürchtet, dass Flüchtlingsströme und reaktivierte Al-Kaida-Kämpfer ins Land kommen könnten.

Die zurückgekehrten Taliban nutzen die aktuelle Situation, um auf Werbetour zu gehen. Sowohl Russland als auch China verhandeln mit deren Vertretern. Der Taliban-Sprecher Suhail Shaheen zeigte sich selbstbewusst: „Wir haben China mehrmals besucht und haben gute Beziehungen zu den Chinesen. Wenn sie investieren wollen, garantieren wir natürlich für ihre Sicherheit. China ist ein freundliches Land, das wir für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans willkommen heißen.“ So ist möglicherweise die Öffnung des afghanischen Marktes für zukünftige Investitionen gesichert. Eine Delegation der Taliban soll auch den Iran besucht haben.

20 Jahre „Internationaler Kampf gegen den Terrorismus“ haben dem kriegsgebeutelten Land Afghanistan wenig gebracht. Weder konnte eine Demokratie nach westlichem Vorbild etabliert werden noch gibt es eine funktionierende Regierung. Während in Kabul die westliche Lebensweise angenommen wurde, verharrten die Dörfer in ihren Traditionen, die von Warlords und Familienclans dominiert sind. Bei ihnen dürften die Taliban auf wenig Widerstand stoßen.

Unter Frauen und Kindern steigt derweil die Zahl der Heroin- und Opium-Abhängigen. Über die von Taliban besetzten Grenzen floriert der Drogenhandel, über den sie sich finanzieren. Viele Afghanen urteilen über die Amerikaner: „Sie brachten tausende Gräber und Millionen ungelöster Probleme.“



Vor den Taliban geflüchtet: Afghanische Soldaten in Tadschikistan

Foto: imago images/ITAR-TASS

CHINESISCHE EXPANSION

Wie Peking im Westbalkan Fuß fasst

EU-Anwärter Montenegro hat immer größere Schwierigkeiten, chinesische Kredite zu bedienen

Der Balkan war schon zu Maos Zeiten das Sprungbrett Pekings nach Europa. Während der Kulturrevolution war Albanien das einzige kommunistische Land, das China in den Steinzeitkommunismus gefolgt war. Ab der Öffnung Chinas unter Deng Xiao Ping übernahm Rumänien diese Rolle für Chinas Kommunisten, bis auch dort der Diktator stürzte. Danach bot sich China den Nationalisten in Serbien an, um das Land bei seinem Kurs gegen den Westen zu unterstützen. Während die Hilfen unter den Kommunisten noch politisch motiviert waren, dominiert seit einigen Jahren der wirtschaftliche Aspekt der Hilfen, die sich Peking im Rahmen seiner Seidenstraßen-Politik mit Heller und Pfennig zurückbezahlen lassen will.

In Montenegro wird mit chinesischen Geldern und einer chinesischen Baufirma, der China Road and Bridge Corporation (CRBC), das nationale Prestigeobjekt einer Autobahn quer durch das Land verwirklicht, die in der Hafenstadt Bar beginnt und bis an die serbische Grenze gehen soll. Dazu gehört auch eine Autobahnbrücke über den Fluss Morača, die das neue Herzstück der Autobahn bildet. Das beeindruckende Bauwerk steigert auch den Schuldenberg des kleinen Adriastaates. Laut Weltbank ist die Schuldenquote Montenegros die höchste auf dem Westbalkan. Allein die Kosten der Autobahn werden auf 45 Prozent des BIP geschätzt. 85 Prozent der Kosten des ersten Abschnitts werden durch ein Darlehen der chinesischen Exim-Bank

in Höhe von 777 Millionen Euro gedeckt. Laut den Kredit-Vereinbarungen von 2014 muss Montenegro in diesem Jahr 55 Millionen Euro zurückzahlen.

Vize-Premier Dritan Abazović bat die EU im März um Hilfe. Doch die EU-Kommission stellte klar, dass die Union nicht aushelfen wird, selbst wenn Montenegro damit in die chinesische Abhängigkeit geraten würde. Offensichtlich hat man in Brüssel den Eindruck, dass sich Montenegro mit seinen 620.000 Einwohnern bereits heillos übernommen hat. Laut einer Machbarkeitsstudie des Europäischen Investmentfonds rechtfertigt das geringe Verkehrsaufkommen die Investitionen nicht. Der IWF fordert seit Längerem, dass Montenegro den Autobahnbau aufgeben

solle. In Brüssel beobachtet man seit Jahren mit Argusaugen, wie sich Montenegro immer mehr in die Abhängigkeit der Chinesen begibt und gleichzeitig aber keine Fortschritte bei der EU-Annäherung macht. Trotzdem gibt es Stimmen in der EU, die meinen, man müsse der neuen Regierung weiter unter die Arme greifen, ansonsten würde die Abhängigkeit von China noch größer.

Wenn Montenegro seinen Kredit nicht zurückzahlen kann, hat China das Recht, auf montenegrinisches Land zuzugreifen. Durch Zeitverzögerungen sind die Kosten weiter explodiert auf 1,3 Milliarden Euro. Die Chinesen sollen sich exklusive Nutzungsrechte des Hafens gesichert haben, sollte Montenegro nicht zahlen. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

Obwohl die EU-Kommission bis 2025 die Kohlendioxidemissionswerte für Autos nochmals drastisch verschärfen will und trotz des vergangenen Corona-Krisenjahrs, geht es den deutschen Autobauern derzeit glänzend. BMW, Daimler und Volkswagen melden für die erste Jahreshälfte hervorragende Verkaufs- und Gewinnzahlen.

Auch in den kommenden Jahren können Deutschlands drei große Autokonzerne auf Rekordzahlen hoffen. Das bereits absehbare Aus für Neuwagen mit Verbrennungsmotor hat das Potential, für eine mehrjährige Sonderkonjunktur in der Autoindustrie zu sorgen. Bevor Benzin- oder Dieselfahrzeuge in einigen Jahren aus dem Sortiment der Hersteller verschwinden, wird ein Teil der Autofahrer die Chance nutzen, sich nochmals einen Neuwagen mit herkömmlicher Antriebstechnik zuzulegen.

Die einen kaufen jetzt Verbrenner, weil sie es noch dürfen

Im Segment der Elektroautos profitieren VW, Daimler und BMW wiederum von Milliarden der Steuerzahler, mit denen die Bundesregierung die Mobilitätswende anschieben will. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres hat Berlin 1,25 Milliarden Euro an Zuschüssen für Käufer von Elektroautos und halbelektrischen Hybridfahrzeugen spendiert. Die Prognose geht dahin, dass die Kaufprämien bis Jahresende auf insgesamt zwei Milliarden Euro ansteigen werden. Insgesamt hat die Bundesregierung das Fördervolumen im Zuge der Corona-Konjunkturprogramme auf über vier Milliarden Euro aufgestockt.

Für E-Autos mit einem Nettolistenpreis bis zu 40.000 Euro ist die maximale Fördersumme inzwischen auf 9000 Euro angestiegen. Käufer von Hybrid-Autos können bis zu 6750 Euro an Kaufprämie kassieren. Der Bund schießt 6000 beziehungsweise 4500 Euro hinzu, nur den Rest spendieren die Autohersteller. Zudem hat die Bundesregierung Elektro-Pkw, die zwischen 2020 und 2025 erstmals zugelassen werden, auch von der Kfz-Steuer befreit.

Trotz der üppigen Förderung sind bei vielen Verbrauchern die Vorbehalte gegen elektrisch angetriebene Fahrzeuge weiterhin hoch. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die von der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften in Auftrag gegeben wurde. Laut dieser Umfrage kommt mit 24 Prozent nicht einmal für jeden Vierten die Anschaffung eines E-Autos in Betracht. Mit 31 Prozent lag die Zustimmung zu Hybrid-Fahrzeugen etwas höher. Abschreckend sind aus Sicht vieler Befragter die Anschaffungskosten



Noch ist das Automobil ein Massenprodukt, das sich ein Großteil der Bevölkerung leisten kann: Autos warten im Emdener Hafen auf die Verschiffung
Foto: Imago images/Jochen Tack

DEUTSCHLAND

Wie Autobauer von der „Mobilitätswende“ profitieren

Langfristig droht der Branche indes ein Sinken der zurzeit noch hohen Verkaufszahlen, wenn Mobilität zu einem Privileg für Gutverdiener wird

(69 Prozent), die Reichweite (67 Prozent) die Zahl der Ladestationen (66 Prozent) und die Ladezeiten (60 Prozent). Hinzu kommen generelle Zweifel an der Umweltverträglichkeit der E-Autos (58 Prozent). Die ermittelten Werte des „Mobilitätsmonitor 2021“ unterscheiden sich kaum von denen des Vorjahres. Die vom Bund gewährten Anreize und auch die Berichterstattung vieler Medien zugunsten der E-Mobilität haben demnach nicht dazu geführt, dass die Zahl der Anhänger von E-Autos deutlich zugenommen hat.

Die anderen kaufen jetzt E-Autos, weil es staatlich gefördert wird

Wie eine Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu Tage gefördert hat, geht die zunehmende Anzahl von batteriegetriebenen Autos oder Plug-in-Hybriden in Deutschland zu einem großen Teil auf das Konto von Besserverdienern. Nach den Erkenntnissen der Förderbank legen sich Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen dreimal häufiger E-Autos zu

als Haushalte mit einem Durchschnittseinkommen.

Nicht zuletzt mit Hilfe staatlicher Fördertöpfe hoffen die Autobauer, die Herstellungskosten für die Elektroautos in den nächsten Jahren auf das Niveau herkömmlicher Fahrzeuge drücken zu können, um in der Lage zu sein, den Massenmarkt zu bedienen. Misslingt dies, bleiben die Elektroautos ein Produkt für Gutverdiener. Daimler, BMW und Volkswagen würden dann aber vor einem Problem stehen. Noch sorgt die Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren für gute Geschäftszahlen. Diese Gewinne werden allerdings langsam auslaufen. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen bereits bis 2030 die Emissionswerte von Fahrzeugen von heute 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer um 55 Prozent gesenkt werden. Ab 2035 sollen in den EU-Mitgliedsstaaten überhaupt keine Neuwagen mehr mit einem Verbrennungsmotor verkauft werden dürfen. Ob den Autobauern deutliche Kostensenkungen bei der Produktion von

Elektrofahrzeugen gelingen, wird mit darüber entscheiden, ob es für die breite Masse der Deutschen künftig noch so etwas wie motorisierten Individualverkehr geben wird oder ob Mobilität zu einem Privileg für Gutverdiener wird.

Bislang ist nämlich nicht erkennbar, ob sich bei den E-Autos ein Gebrauchtwagenmarkt entwickeln wird, der mit dem bislang bekannten für Verbrennungsfahrzeuge vergleichbar wäre. Laut Händlerberichten haben sich gebrauchte Elektroautos zu schwerverkäuflichen Ladenhütern entwickelt, die rapide an Wert verlieren. Anteil daran haben die attraktiven Kaufprämien vom Staat und den Herstellern für Neufahrzeuge, ganz stark aber auch die Batterieproblematik. Die Akkus stellen das Kernstück und den eigentlichen Wert der E-Autos dar. Die Speicherleistung gebrauchter E-Fahrzeuge hängt wiederum von der Zahl der bereits erfolgten Ladezyklen ab. Gerade bei älteren E-Autos müssen Käufer oft Abstriche bei der Batteriekapazität in Kauf nehmen.

VEREINIGTE STAATEN

Bill Gates investiert in Ackerland im großen Stil

Der Microsoft-Gründer ist mit seiner Ehefrau inzwischen der größte private Farmlandbesitzer in den USA

Der größte private Farmlandbesitzer in den USA ist Bill Gates. Nach Recherchen des US-Magazins „The Land Report“ und der Nachrichtenabteilung des US-amerikanischen Fernsehsenders NBC verfügt der Microsoft-Gründer und Multimilliardär mit seiner Noch-Ehefrau Melinda über rund 110.000 Hektar Ackerboden in 18 Bundesstaaten. Zu den Ländern gehören 28.000 Hektar im Norden von Louisiana, 8000 Hektar in Nebraska, 5400 Hektar in Florida und 14.500 Hektar entlang des Columbia River an der Grenze zwischen Washington und Oregon. Auf letztgenannter Fläche befinden sich Kartoffelfelder, die aufgrund ihrer Größe sogar aus dem Weltraum sichtbar sind und das Rohmaterial für die Pommes Frites des Fast-Food-Konzerns Mc-

Donald's liefern. Ansonsten dient das Land des Ehepaares Gates auch zum Anbau von Sojabohnen, Mais, Baumwolle, Reis, Karotten und Zwiebeln, darunter sind auch genmanipulierte Sorten im Einsatz.

„Das ergibt keinen Sinn“

Der Erwerb der Äcker erfolgte sukzessive ab 2012. Die Käufe nahm Gates' Investmentgesellschaft Cascade mit Sitz in Kirkland (Washington) vor, die jedoch nicht selbst in Erscheinung trat, sondern mindestens 22 Briefkastenfirmen vorschickte, um kein Aufsehen bei der lokalen Landbevölkerung zu erregen. So agierten in Georgia und Florida die von Cascade beauftragten Strohmänn-Gesellschaften Lakeland Sands und Suwannee River Terra.

Inzwischen gehört nur noch knapp die Hälfte der gut 113 Millionen Hektar Ackerboden in den USA den Farmern, die das Land bewirtschaften. Der Rest befindet sich im Besitz von Investoren, die wie das Ehepaar Gates das Land verpachten. Der Kauf von Farmland ist ein beliebtes Investment. Zum einen ist es insoweit krisenfest, als Nahrungsmittel selbst in der schlimmsten Krise benötigt werden. Zum anderen steigen die Preise. Seit 1993 hat sich der Wert von landwirtschaftlich nutzbaren Immobilien mehr als verdoppelt, und das inflationsbereinigt.

Gates hat offen zugegeben, dass die Erwerbungen kein Teil seines Engagements zur Bekämpfung des Klimawandels oder zur Erprobung neuer umweltschonender Verfahren in der Landwirt-

schaft sind. Etwas anderes zu behaupten, wäre ihm auch schwergefallen, verwenden seine Pächter doch reichlich schädlichen Stickstoffdünger und sorgen durch ihre reichlichen Wasserentnahmen für einen Abfall des Grundwasserspiegels.

Das veranlasste Konda Mason, die Gründerin und Präsidentin der Nichtregierungsorganisation „Jubilee Justice“, die Öko-Landwirtschaftsprojekte von schwarzen Farmern unterstützt, zu folgender Kritik am Ehepaar Gates: „Jetzt haben sie eine Stiftung, ... um all diese wunderbaren Dinge rund um das Klima zu tun, investieren auf der anderen Seite aber in genau die Dinge, welche dem Klima schaden. Das ergibt keinen Sinn.“

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Wechsel bei PCK Schwedt

Den Haag – Shell trennt sich von seiner Minderheitsbeteiligung an der Raffinerie PCK Schwedt. Wie der niederländisch-britische Mineralölkonzern mitteilte, ist ein Verkauf von 37,5 Prozent der Anteile an der Raffinerie nordöstlich von Berlin an die österreichische Alcmene GmbH vereinbart worden, die ihrerseits der estnischen Energieholding Liwathon-Group gehört. Shell begründete seinen Ausstieg mit der Absicht, sein Raffinerieportfolio zurückzufahren, um 2050 ein Netto-Null-Emissions-Energieunternehmen zu sein. Das russische Unternehmen Rosneft und der italienische Mineralölkonzern Eni haben als weitere Anteilseigner der Raffinerie in Schwedt noch bis Oktober die Möglichkeit, die Anteile von Shell selbst zu übernehmen. Die PCK-Raffinerie Schwedt versorgt Berlin und Brandenburg zu 95 Prozent mit Benzin, Diesel, Kerosin und Heizöl. N.N.

Stellenabbau beschlossen

Papenburg – Corona, aber auch die politische Gesamtlage um die Kreuzschiffahrt, wirken sich negativ auf die Auftragslage der Meyer-Werft in Papenburg aus. Ursprünglich war deshalb der Abbau von 1000 Stellen geplant gewesen. Nach Protesten der Politik und der IG Metall hat man sich nun auf den Abbau von 450 Stellen bei Meyer selbst und weiterer 100 Arbeitsplätze beim Tochterunternehmen EMS Maritime Services geeinigt. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte zunächst die Unternehmensleitung kritisiert: „Das war nicht in Ordnung, und wir wollen, dass man fair miteinander umgeht.“ Die Werft wollte einen Teil der Belegschaft durch billigere Leiharbeiter aus dem Ausland ersetzen. Die Reduzierung des geforderten Stellenabbaus soll von den verbleibenden Mitarbeitern in Form von 200 unbezahlten Arbeitsstunden im Jahr kompensiert werden. F.B.

Gezielte Expansion

Bruchsal – Das in Bruchsal bei Karlsruhe sitzende Luftfahrtunternehmen Volocopter hat mitgeteilt, dass es seinen langjährigen Entwicklungs- und Produktionspartner DG Flugzeugbau übernehmen werde. Die ebenfalls in Bruchsal ansässige Firma entwickelt und produziert seit mehreren Jahrzehnten Segelflugzeuge und Motorsegler. Als Herstellungsbetrieb im Luftfahrtbereich verfügt die DG Flugzeugbau über eine Zertifizierung durch die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA). Nach Angaben von Volocopter stellt diese europäische Hersteller-Lizenz einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für die Aufnahme von Flugtaxi-Diensten dar. Volocopter strebt an, erster kommerzieller Anbieter von Flugtaxi-Diensten in Großstädten zu werden. Spätestens zu den Olympischen Sommerspielen 2024 in Paris will Volocopter dann mit einem elektrisch angetriebenen Zweisitzer-Flugtaxi den kommerziellen Betrieb aufnehmen. N.H.

KOMMENTARE

Thüringen leidet weiter

RENÉ NEHRING

Im Schatten der Flutkatastrophe an Ahr und Erft ging ein innenpolitisch bedeutendes Ereignis beinahe unter. Am Freitag vergangener Woche verkündeten die Fraktionsvorsitzenden von Rot-Rot-Grün, dass sich der Thüringer Landtag vorerst nicht auflösen wird. Damit geht eine inzwischen fast zweijährige Hängepartie in die nächste Runde.

Nach der Landtagswahl im Herbst 2019 hatte weder die bisherige Koalition aus Linken, SPD und Grünen noch ein anderes Bündnis die Mehrheit für eine neue Regierung. Als sich dennoch im Februar 2020 der abgewählte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) im Landtag zur Wiederwahl stellte, traten der FDP-Politiker Thomas Kemmerich und der parteilose, von der AfD nominierte Christoph Kindervater als Gegenkandidaten an. Dieser erhielt im entscheidenden dritten Wahlgang keine Stimme, dafür wurde Kemmerich mit einer Stimme mehr als Ramelow gewählt.

Nach vielfacher Empörung und der Forderung von Bundeskanzlerin Merkel,

dass die Wahl rückgängig gemacht werden „muss“, gab der FDP-Mann schon nach wenigen Tagen auf. Nach weiteren gescheiterten Lösungsversuchen einigten sich letztlich Linke, SPD und Grüne mit der CDU auf eine befristete Minderheitsregierung Ramelows, damit der Freistaat wenigstens einen ordnungsgemäßen Haushalt bekommen konnte.

Mit der nun bekanntgegebenen Nicht-Auflösung des Landtags und dem damit einhergehenden Bruch des Versprechens einer Neuwahl geht das Drama des mitteldeutschen Bundeslandes in die nächste Runde. Blamiert steht vor allem die CDU dar, die im vergangenen Jahr mitgeholfen hatte, einen FDP-Politiker, der keine Mehrheit im Parlament hatte, durch einen Linke-Politiker zu ersetzen, der ebenfalls keine Mehrheit hat.

Sollte die Landes-Union Ramelow weiterhin das Regieren ermöglichen, bedeutete dies die Selbstaufgabe einer Partei, die das Land in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten seit der deutschen Einheit aufgebaut und souverän geführt hat.

Für die Thüringer geht die desaströse Hängepartie einstweilen weiter.

Ganz oder gar nicht

HARALD TEWS

Die kürzlich beendete Fußballer-Europameisterschaft hatte gerade noch die (Fan-)Kurve gekriegt. Der Sommer mit niedrigen Inzidenzzahlen sorgte dafür, dass keine Geisterspiele vor leeren Rängen stattfinden mussten. So schwappte schließlich doch die für eine sportliche Großveranstaltung unverzichtbare Welle der Begeisterung auf die Spieler über.

Bei den olympischen Spielen in Tokio, die an diesem Wochenende beginnen, wird das anders sein. Die Wettkämpfe werden zu Recht komplett ohne Zuschauer ausgetragen. Aber macht der Kampf um Goldmedaillen vor einer Geisterkulisse dann überhaupt noch Sinn? Einige wenige Sportler wie der australische Tennisprofi Nick Kyrgios haben bereits als Antwort darauf ihre Teilnahme abgesagt. Alle anderen aber werden ihr Olympia-Ding konsequent durchziehen. Dafür kann man Verständnis haben: Eine ganze Generation von

Sportlern, die für dieses nur alle vier Jahre stattfindende Ereignis – für das von 2020 verschobene Tokio sind es sogar fünf Jahre – jahrelang trainiert hat und die auf dem Höhepunkt der Karriere angelangt ist, könnte sich betrogen fühlen, wenn Olympia wegen der Pandemie ganz abgesagt worden wäre. Und das IOC um ihren deutschen Präsidenten Thomas Bach hätte es sich nicht erlauben können, den Olympiazug in voller Fahrt per Notbremse zum Stehen zu bringen. Die finanziellen Ausfälle durch das Stadionpublikum lassen sich verschmerzen, die der TV- und damit verbundenen Sponsorengelder aber nicht.

Man hätte es aber darauf ankommen lassen sollen. Denn was wir in den kommenden zwei Wochen am Fernseher erleben werden, ist nichts anderes als eine sportliche Selbstbefriedigung von Athleten, die nur – pardon – geil auf Erfolg sind. Aber Erfolg ohne den Applaus der Fans ist wie ein Bräutigam ohne Braut: Es fehlt das Wesentlichste zur Hochzeit.



Ungarns Ministerpräsident und seine Brüsseler Gegenspielerin an der Spitze der EU-Kommission: Viktor Orbán und Ursula von der Leyen
Foto: ddp images

KOLUMNE

Was Viktor Orbán will

FLORIAN STUMFALL

Die Autorin Birgit Kelle berichtet in der Schweizer Wochenzeitung „Die Weltwoche“ über drei verschiedene Gesetzesentwürfe zum Wechsel des Geschlechts und zieht daraus die Quersumme: „Was alle Entwürfe von Grünen, FDP, SPD und CDU/CSU einte, war die Forderung nach einer ärztunabhängigen ‚Selbstbestimmung‘ von Geschlecht auch für Kinder ab vierzehn Jahren, im Zweifel mit Hilfe der Jugendgerichte gegen den Willen der Eltern.“ Diese Initiativen sind geeignet, einen Kulturbruch zu bewirken, der in der europäischen Geschichte einmalig wäre. Kein Wunder, dass die betreffenden Entwürfe an sich vor der Wahl nicht hätten bekannt werden sollen.

Der volle Umfang des Vorstoßes wird deutlich, wenn man ihn in den Kontext mit der bereits bestehenden Frühsexualisierung von Kleinkindern stellt. Unter dem Titel „Sich selbst entdecken und sinnlich erfahren“ schreibt Christa Wanzeck-Sielert in der Zeitschrift „Kindergarten heute“ zu dem Stichwort „Sexualpädagogik in der KiTa“, bei der Identitätsentwicklung komme „der Entwicklung der Sinne, der Motorik und der Sexualität eine wichtige Aufgabe zu“. Zur Erinnerung: In einer KiTa befinden sich Kinder ab dem Alter von drei Jahren.

Zur „kindlichen Sexualität“ äußert sich die Pädagogin folgendermaßen: Bei Kinderfreundschaften deutet sich der Beziehungsaspekt von Sexualität an; sie beschreibt die „frühkindliche Selbstbefriedigung“; sexuelle Rollenspiele – Doktor, Vater-Mutter et cetera – seien ein „wichtiges Übungsfeld“. Weiterhin erachtet sie als für Kleinkinder wichtig: „Eine umfassende Sinnesschulung ermöglicht das Kennenlernen des eigenen Körpers sowie der emotionalen und körperlichen Dimension von Sexualität.“

Frau Wanzeck-Sielert ist kein Einzelfall, vielmehr ist die Frühsexualisierung auf dem Weg, zum Standard in deutschen Kindertagesstätten und Kindergärten zu werden. So berichtete der Bayerische Rundfunk (BR) kürzlich lobend von einem Projekt des Nürnberger Kindertheaters „Pfütze“. Dieses beschäftigt sich mit dem Thema Menstruation, wobei schon eingangs die Vorstellung verneint wird, es seien davon nur Frauen betroffen. Daher lautet eine These: „Menschen, die menstruieren, stinken.“ Wohlgerukt, Menschen, nicht etwa nur Frauen. Die Gattin des Nürnberger CSU-Oberbür-

germeisters Marcus König ist Vorsitzende des Fördervereins „Pfütze“.

Natürlich spielt sich die Sexualisierung von Kindern längst nicht mehr nur im Rahmen von Kindergärten und Gemeinden ab. Die EU unterstützt mit vielen Millionen Euro Nichtregierungsorganisationen weltweit, die sich für bedingungslose Abtreibung und Gender-Mainstreaming stark machen. Als Kleinkind schon entsprechend geistig und emotio-

heiten eingehen zu wollen, stellt sich doch die Frage, wie die oben genannten KiTa-Erziehungsmaßnahmen wie Doktor-Spiele und andere ablaufen können, ohne die pornographischen Inhalte im Sinne des Paragraphen 184.

Doch ist dem Jugendschutzgesetz wie dem Paragraphen 184 des Strafrechts eines gemeinsam: Die gesellschaftliche Entwicklung hat die rechtlichen Gegebenheiten über den Haufen gerannt, und Parlamente, Exekutive und die Gerichte haben dabei versagt, das zu bewahren, was die Rechtsgrundlage ihres Handelns und die Rechtfertigung ihrer Existenz ist. Vielmehr beugt sich die Politik dem Fanatismus einiger Extremisten, die sich unter dem Mantel der Wissenschaft „weg von den biologischen Fakten hin zur sogenannten Selbstbestimmung“ begeben haben, wie Birgit Kelle sagt.

Das lenkt den Blick auf Ungarn, das sich wegen vorgegeblicher Feindseligkeit sexuellen Minderheiten gegenüber im Fadenkreuz der EU befindet. Brüssel hat gegenüber Budapest Klage erhoben. Die Kommission behauptet, dass das neue Gesetz zum Verbot der öffentlichen Förderung von Homosexualität LGBT-Personen diskriminiere. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete das Vorgehen Ungarns als Schande, die „unsere Werte und unsere Identität verletzt“.

Tatsächlich wird in der „Änderung des Gesetzes XXXI von 1997 über den Schutz von Kindern und die Vormundschaftsverwaltung“ bestimmt: „Im Rahmen des Kinderschutzesystems schützt der Staat das Recht der Kinder auf eine ihrem Geburtsgeschlecht entsprechende Selbstidentität.“ Ministerpräsident Viktor Orbán sagt dazu: „In Ungarn kann jeder frei leben, aber die Erziehung der Kinder ist das alleinige Recht der Eltern.“

Entscheidend ist der Abschnitt 6/A des umstrittenen Regelwerks: Im Sinne dieses Gesetzes sei es verboten „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Inhalte zugänglich zu machen, die pornographisch sind oder die Sexualität in unangemessener Weise darstellen, oder die eine Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Selbstidentität, eine Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität propagieren oder darstellen.“

Etwas anderes will das vergessene deutsche Jugendschutzgesetz auch nicht.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

„In Ungarn kann jeder frei leben, aber die Erziehung der Kinder ist das alleinige Recht der Eltern“

Viktor Orbán
Ungarns Ministerpräsident

nal deformiert, ist ein pubertierendes Kind hilfloses Opfer für alle, die ihm einreden wollen, es sei im falschen Körper geboren. Dies trifft vor allem Mädchen. Die New Yorker Journalistin Abigail Shrier hat in ihrem Buch „Unumkehrbar: Der Transgender-Wahn, der unsere Töchter verführt“ („Irreversible Damage: The Transgender Craze Seducing Our Daughters“) eine große Zahl von Beispielen zusammengetragen. Über die Hälfte der pubertierenden jungen Mädchen, so Shrier, gebe an, sich unsicher zu fühlen, was ihre sexuelle Identität angehe.

Zurück nach Deutschland, wo es an sich ein Jugendschutzgesetz gibt. Dieses bestimmt, dass, wenn von einer Veranstaltung oder einem Betrieb „eine Gefährdung für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen“ ausgehe, der Veranstalter zur Unterlassung verpflichtet werden kann. Der Gesetzgeber aber konnte zur Zeit, als dieses Gesetz beschlossen worden ist, nicht ahnen, dass eine solche Gefährdung – und mit Blick auf die Jüngsten der Betroffenen, eine noch viel größere Gefährdung – von Einrichtungen ausgehen könnte, die für den Schutz der Kinder da sind.

Daher scheint es geboten, Hilfe beim Strafbuch zu suchen. Hier gibt es den Paragraphen 184, Verbreitung pornographischer Inhalte. Ohne auf die Einzel-

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

● AUSSTELLUNG

Abgekupferter Raffael

Wer heute etwas in Dissertationen oder Sachbüchern abkuppert, hat schnell die Plagiatsjäger am Hals. In Zeiten, als es noch keine Fotografie gab, war das Abkuppeln von Gemälden aber eine legitime Methode, um große Kunstwerke einem größeren Publikum bekannt zu machen. Der Renaissancekünstler Raffael ist dadurch zu einem der einflussreichsten Künstler überhaupt geworden. Raffael selbst arbeitete mit dem Kupferstecher Marcantonio Raimondi zusammen, der auf Kupferplatten in oft monatelanger Arbeit präzise Reproduktionen von Raffaels Gemälden und Fresken anfertigte und diese vervielfältigen ließ.

In der Hamburger Kunsthalle kann man jetzt erleben, warum „Il Divino“, der Göttliche, wie Raffael genannt wurde, durch dieses Abkuppeln seiner Werke bis ins 19. Jahrhundert hinein berühmter war als sein Zeitgenosse Leonardo da Vinci, dessen Nachruhm erst so richtig im 20. Jahrhundert einsetzte. Die bis zum 3. Oktober laufende Ausstellung „Raffael – Wirkung eines Genies“ hätte eigentlich schon vergangenes Jahr zum 500. Jahrestag seiner Geburt präsentiert werden sollen, musste aber Pandemie-bedingt um ein Jahr verschoben werden.

Für die Besucher ist das sogar ein Vorteil. So konnte man Lücken schließen in der 1500 Werke umfassenden und bundesweit größten Graphiksammlung, die sich mit dem Werk Raffael und seinem Kult beschäftigt. Unter den davon ausgestellten 200 Druckgraphiken ist nun auch Nicola André Monsiaus Federzeichnung „Der



Raffael-Original der Kunsthalle: „Kopf eines Cherubs“, Kohlezeichnung, 1509

Tod Raffaels“ von 1804 zu sehen, die erst kürzlich erworben werden konnte.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt aber auf graphischen Adaptionen von Raffael-Meisterwerken wie „Verklärung Christi (Transfiguration)“, die in Dresden hängende „Sixtinische Madonna“ mit den beiden berühmten Engeln oder das Fresko „Die Schule von Athen“ aus den Stanzen (Zimmer) des Apostolischen Palasts des Vatikans. Auch Maler wie Philipp Otto Runge oder die Nazarener um Johann Friedrich Overbeck malten kräftig bei Raffael ab und trugen so zu seiner Popularität in Deutschland bei.

Fünf kleine Original-Handzeichnungen Raffaels aus dem Besitz der Kunsthalle bilden das abschließende Schmankerl der Schau. Darüber hinaus ist das „Raffael-Album“ mit sämtlichen 1500 Graphiken digital abrufbar unter: www.hamburger-kunsthalle.de/sammlung-online Harald Tews

Weder Fisch noch Fleisch

Das Humboldt-Forum im wiedererrichteten Berliner Schloss ist endlich eröffnet worden – Drinnen wird der Besucher von einer wirren Ausstellungsflut überrollt



Damit auch jeder weiß, wo man sich befindet: Im Schloss mit seiner rekonstruierten Barockfassade weist ein moderner Schriftzug im Schlüterhof auf eben denselben hin

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer aus dem neuen, schönsten U-Bahnhof Berlins, „Museumsinsel“, unter einer Art blauem Sternenzelt mit über 6000 Lichtpunkten wieder ans Tageslicht tritt, wähnt sich um Jahrhunderte zurückversetzt. Direkt vor dem gewaltigen Eosander-Portal des Gebäudes mit kupferner Kuppel betreten Besucher den Schlossplatz. Die dreiseitige barocke Fassade des Humboldt-Forums wirkt optisch überwältigend. Wer immer den kargen DDR-Aufmarschplatz mit dem Palast der Republik kannte, ist froh über diesen Anblick.

Doch dass es sich nur um eine Illusion handelt, wird sofort deutlich, wenn man das Foyer betritt. Ein Saal aus Betonsteinen, darin ein visueller Gigant, 25 Meter hoch, Kosmograf genannt. Dieser bietet elektronisch Informationen zu aktuellen Aktionen im Humboldt-Forum.

Wer sich beim Ankommen noch von der rekonstruierten Fassade hat blenden lassen, wird im Inneren herbe enttäuscht: Barocke Pracht, die über Jahrhunderte das Stadtbild prägte, wurde durch Innenräume abgelöst, die zuweilen an Betongebäude der Gegenwart erinnern. Beinahe mit Gewalt soll hier den Besuchern verdeutlicht werden, dass es sich nicht um einen Schlossbau in Anlehnung an preußische Herrlichkeit handelt, sondern um einen Zweckbau mit zufällig barocker Umhüllung.

Dass auf der Lustgartenseite eine Bepflanzung erfolgte in Erinnerung an historische Terrassen, ist zu begrüßen. Doch war es nötig, dem nun eigentlich wieder komplettierten Anblick direkt vor der Fassade in weißen Plastikbuchstaben „Humboldt-Forum“ in den Garten zu setzen? So, als ob man immer wieder gesagt bekommen muss, um was es sich hier eigentlich handelt?

Sechs Ausstellungen auf einmal

Drei Kernthemen soll im Zuge der Zeit Rechnung getragen werden: der Geschichte und Architektur des Ortes, den Brüdern Humboldt und der kontrovers geführten Kolonialismusdebatte. Dazu zählen gleich sechs Premierenausstel-

lungen sowie die Dauerausstellung zur Geschichte des Ortes. In einem Raum wird eine 20 Meter lange Panoramawand gezeigt, auf der die Geschichte des Areals von der Siedlung im Mittelalter bis heute präsentiert wird. Der Schlosskeller bietet Einblicke in die Vergangenheit mit erhaltenen Mauern der Kellerräume und Fundstücken.

Der Schlüterhof, benannt nach dem aus Danzig stammenden Schlossbaumeister Andreas Schlüter, erinnert mit drei barocken Seiten an eine römische Piazza. Die vom italienischen Architekten Franco Stella „angeklatschte“ vierte Betonwand, erschreckt eher. Dahinter befindet sich auch der Skulpturensaal, der ebenfalls zur Ausstellung der Ortsgeschichte zählt und genau dort errichtet wurde, wo sich der einst im alten Berliner Schloss das Große Treppenhaus erhob. Zu sehen sind erhaltene Fragmente des Schlosses verschiedener Jahrhunderte, die teilweise zum barocken Fassadenschmuck gehörten und als Vorbild für die Nachbildungen dienten.

Einen Einblick in die Arbeit der Schlossbauhütte zeigt ein Film im Nebenraum. Immer wieder fällt ein wirres Hin und Her zwischen Alt und Neu, zwischen Historie und Heutigem auf, das einen sehr unstillen Eindruck erzeugt.

Im gesamten Gebäudekomplex verteilt sind 35 historische Spuren, wie zum Beispiel eine originale Anzeigentafel aus

dem Palast der Republik. Es scheint den Museumsleuten wichtig gewesen zu sein, dieses asbestverseuchte Konstrukt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Treppenhaus hinter dem Foyer gibt es die als „Einblicke“ betitelte Schau, die das Leben der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt beleuchtet. Forschungen und Studien der beiden sind hier zu bestaunen. Jedoch wirkt es ein wenig gequetscht und der beiden Persönlichkeiten unwürdig.

„Berlin-Global“ im ersten Obergeschoss ist auf 4000 Quadratmetern eine umfangreiche Schau. Themen, wie Krieg, Mode, Revolution sind ohne Chronologie zusammengepackt. Die Objekte sind interessant, doch wirken harte Brüche wie Discomusik neben Themen der Verfolgung eher unangebracht.

Auf Distanz zu Preußen

Die Ausstellung „Nach der Natur“ im Humboldt-Labor unterstreicht Alexanders von Humboldts Zitat „Alles ist Wechselwirkung“ und empfängt mit einer modernen Wunderkammer die Gäste. Hier stehen alte Laborfläschchen neben Skeletten von Wirbeltieren, eine Gorilla-Hand neben Computern der letzten Jahrzehnte. Eine Ausstellungsmitarbeiterin erklärt, es ginge nicht um Einzelobjekte, sondern um die Frage der Relation, ganz im Sinne Humboldts.

Langzeitdoku auf DVD

Zur Eröffnung ist die zweiteilige DVD-Box „Das Humboldt Forum – Ein Jahrhundertprojekt“ erschienen. Sie präsentiert sechs Beiträge der ZDF-Redakteurin Carola Wedel, welche die Entwicklung des Humboldt-Forums skizzieren. Die Filme werden durch ZDF- und 3sat-Beiträge aus 13 Jahren über die Entstehung des Berliner Schlosses ergänzt. Das DVD-Paket bietet Einblicke hinter die Schlosskulissen und stellt ein Stück Zeitgeschichte dar. Die DVDs haben eine Laufzeit von 240 Minuten und sind bei Studio Hamburg Enterprises erhältlich.



Blockadehaltung am Treppengeländer: Aufstieg in obere Ausstellungsräume

ARNO ESCH

Liberales Opfer der Besatzer aus der UdSSR

In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober 1949 wurde Arno Esch in Parchim, zusammen mit 13 weiteren jungen Mitgliedern der sogenannten Esch-Gruppe von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet. Mit der „Esch-Gruppe“ wurde die letzte bedeutende bürgerliche Oppositionsgruppe in Mecklenburg und Vorpommern vernichtet. Das sowjetische Militärtribunal in Schwerin klagte ihn und seine Parteifreunde wegen „Verschwörung gegen die Staatsgewalt“, „antisowjetische Propaganda“ und „illegale Gruppenbildung“ an. Am 20. Juli 1950 wurden Esch und vier seiner Mitstreiter zunächst in Schwerin durch ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode verurteilt. Nach einer Bestätigung des Urteils durch ein Militärtribunal in Moskau wurde Esch am 24. Juni 1951 in Moskau erschossen.

Der am 5. Februar 1928 in Memel geborene Spediteurssohn Esch besuchte in der Dangestad von 1934 bis 1944 zunächst die Friedrich-Städtische Grundschule und dann die Altstädtische Knabenmittelschule. 1944/45 leistete er als Marineflakhelfer zunächst in seiner Heimatstadt und dann in Swinemünde Kriegshilfsdienst. Vor der heranahenden Front floh seine Familie ins mecklenburgische Schönberg. Im nahegelegenen Grevesmühlen legte er im Frühjahr 1946 das Abitur ab und begann zum Sommersemester 1946 ein Jurastudium an der Universität Rostock. Er galt als überaus talentierter Nachwuchsjurist. Bereits im siebten Semester verfasste er eine Dissertation

Vor 70 Jahren starb der Memelländer

über das Thema „Die Staatsgerichtshöfe in der deutschen Verfassungsentwicklung nach 1945“.

1946 war er in die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) eingetreten und hatte an der Uni Rostock eine Hochschulgruppe gegründet. 1948 wurde er in den LDP-Hauptausschuss, 1949 in den LDP-Zentralvorstand gewählt. Er war Mitautor des Eisenacher Programms der LDP. In vielen Beiträgen in der LDP-nahen „Norddeutschen Zeitung“ setzte er sich für individuelle Freiheitsrechte, den Rechtsstaat und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Die Gleichschaltung der LDP zur Blockpartei lehnte er ab. Deswegen gründete er am 6. Februar 1949 die Demokratische Freiheitspartei Europas.

Das Schicksal Eschs und seiner liberalen Mitstreiter wurde in der DDR totgeschwiegen. Selbst seine Eltern wussten bis 1961 nichts über den Verbleib ihres Sohnes. Erst am 30. Mai 1991 wurde das Urteil gegen Esch nach Intervention von Hans Dietrich Genscher durch den Obersten Gerichtshof der Sowjetunion aufgehoben und er vollständig rehabilitiert.

In der Eingangshalle der Universität Rostock erinnert seit 1990 eine Gedenktafel an Esch, und in Schönberg trägt eine Straße den Namen des für seine demokratische Überzeugung gestorbenen Memelländers. Seit 1990 wird in Rostock der Arno-Esch-Preis des Verbandes Liberaler Akademiker (VLA) vergeben. *Bodo Bost*

DEBATTE

Ein Brite wagt, dem Dogma vom bösen Kolonialismus zu widersprechen

In seinem jüngst erschienenen Buch „Verteidigung des deutschen Kolonialismus“ nimmt sich der Politologieprofessor an der Portland State University Bruce Gilley die Schutzgebiete des Kaiserreichs vor



Ein Mann, der unbeirrt von Politischer Korrektheit und Cancel Culture seinen Weg geht: Bruce Gilley

Foto: ddp images

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zeichneten die Siegermächte die deutsche Kolonialgeschichte in den schwärzesten Farben. Keine Lüge war zu dreist und kein Vorwurf zu abstrus, um nicht dafür herhalten zu müssen, den Raub der Kolonien des Deutschen Reiches durch den Frieden von Versailles zu legitimieren. So enthielt das „Blaubuch“ des britischen Außenministeriums über die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien ein wildes Sammelsurium von Propagandamythen und böswilligen Verleumdungen. Damit schlug die Geburtsstunde des Narrativs von der Kollektiv- und Erbschuld unserer Nation auch in Bezug auf die koloniale Vergangenheit.

Deutsch-Südwestafrika

Später wurde dieses vor allem von DDR-Historikern wie Horst Drechsler aufgegriffen, die mehr kommunistische Propagandisten als Wissenschaftler waren. Deren These von der strukturellen Ähnlichkeit zwischen dem Kolonialismus des deutschen Kaiserreiches und der Lebensraum-Eroberung der Nationalsozialisten schwappte nach 1968 an die Universitäten des Westens über. Und dort konstruierte Jürgen Zimmerer dann nachfolgend sogar noch einen direkten und zwangsläufigen Weg von der Ankunft der ersten Deutschen in Afrika bis zum Holocaust.

Angesichts dieser geistigen Verirrungen wurde allerdings auch Widerspruch laut, der unter anderem von Bruce Gilley kam. Der jetzige Professor für Politikwissenschaft an der Portland State University publizierte zunächst den Artikel „The Case for Colonialism“, in dem er darauf verwies, dass der Kolonialismus letztlich doch mehr Vorteile als Nachtei-

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges appellierten 117 Häuptlinge aus Kamerun an den spanischen König, sich dafür einzusetzen, dass die Deutschen bald wieder die Kontrolle über die Kolonie übernehmen

le gebracht habe und die Herrschaft der Kolonialmächte zudem auf die breite Zustimmung der Kolonisierten gestoßen sei. Das führte zu wütenden Protesten. Gilley wurde als „Rassist“ gebrandmarkt und von einem gewalttätigen Mob bedroht. Dies hielt ihn allerdings nicht davon ab, nun das Buch „Verteidigung des deutschen Kolonialismus“ vorzulegen, in dem er seine These am Beispiel von Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Neuguinea, Deutsch-Samoa und Kiautschou untermauert.

Deutsch-Ostafrika

Dabei ergreift Gilley das heißeste Eisen, nämlich Deutsch-Südwestafrika, gleich zu Beginn seiner Darstellung. Immerhin soll es dort zwischen 1904 und 1908 zum „Völkermord“ an den Herero und Nama gekommen sein. Die meisten Angehörigen dieser beiden Völker starben allerdings im Kampf oder verdursteten auf der Flucht in die Nachbarkolonien, nachdem sie bei

ihrem „Aufstand“ zahlreiche Deutsche hingemetzelt, deren Vieh geraubt und Farmen niedergebrannt hatten. Darüber hinaus massakrierten sich die Herero und Nama auch gerne gegenseitig, bis die Kolonialmacht dem ein Ende setzte. Des Weiteren, so Gilley, wären die meisten Herero wohl schon während der Rinderpest-Epidemie von 1896/97 verhungert, wenn die deutsche Kolonialverwaltung damals keine Gegenmaßnahmen ergriffen und Nahrungsmittel verteilt hätte. Zudem waren in Deutsch-Südwestafrika vergleichsweise wenige Autochthone vom deutschen Kolonialismus betroffen, weil das Gebiet extrem dünn besiedelt war.

Kamerun und Togo

Ungleich besiedelter war Deutsch-Ostafrika mit seinen acht Millionen Einwohnern. Dort erlebte der deutsche Kolonialismus eine Erfolgsgeschichte nach der anderen. Er führte zur Vertreibung der arabisch-islamischen Sklavenhändler und einem Ende der blutigen Stammeskriege einheimischer Warlords, deren letztes Aufbegehren im Maji-Maji-Aufstand niedergeschlagen wurde, sorgte für die Einrichtung von Wildreservaten, löste eine wirtschaftliche Blüte in der gesamten Region aus und brachte neben Wohlstand auch Bildung und Gesundheitsfürsorge – bei minimaler Präsenz von Kolonialbeamten und Militärs aus Deutschland.

Ähnlich lief es in Kamerun und Togo. Die Deutschen verbesserten die Lebensumstände der Menschen dort und gewannen dadurch Ansehen und Legitimität. Sie drängten die muslimischen Frauen- und Sklavenjäger zurück und sorgten dafür, dass die grausam geführten Stammesfehden aufhörten. Außerdem etablierten die Abgesandten des Reiches liberale Verwaltungsstrukturen. Die Einheimischen erhielten die Gelegenheit, zu Unternehmern zu werden und zahlreiche eigene Kakao- und Kautschuk-Plantagen zu be-

treiben. Ein Landraub durch Siedler fand nicht statt. So entstand eine ebenso wohlhabende wie gebildete einheimische Oberschicht. Deshalb kann es auch kaum verwundern, dass nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 117 Häuptlinge aus Kamerun an den spanischen König appellierten, sich dafür einzusetzen, dass die Deutschen bald wieder die Kontrolle über die Kolonie übernehmen.

Südsee

In der Südsee wiederum initiierte die Kolonialverwaltung vor allem den Ausbau der Häfen, damit einheimische Produkte wie Kopra und Guano gewinnbringend exportiert werden konnten. Außerdem rotteten die Deutschen den Kannibalismus aus, was von manchen Kolonialkritikern indes auch als Form von „Unterdrückung“ geäußert wird. Dazu kam eine Gesundheitsfürsorge, welche die Lebenserwartung der Einheimischen rapide steigen ließ.

Aus alldem zieht Gilley den berechtigten Schluss, „dass die Kolonialzeit für die Kolonisierten objektiv gewinnbringend und für die Kolonisatoren subjektiv gerechtfertigt war. Je länger ein Land kolonisiert war, umso schneller in der Folge das Wirtschaftswachstum und umso höher der Lebensstandard, der Grad an politischer Teilhabe, die Qualität der Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Menschenrechte und der Rechtssicherheit.“ Daher sei es unsinnig, wenn frühere Kolonialmächte wie Deutschland sich auf dem Feld der internationalen Beziehungen sowie in ihrer Einwanderungs- und Entwicklungspolitik „lediglich von einem fehlgeleiteten Schuldbewusstsein“ leiten ließen.

● **Bruce Gilley: „Verteidigung des deutschen Kolonialismus“**, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Lüdinghausen 2021, 199 Seiten, broschiert, 25 Euro.

VON HEIDRUN BUDDE

Verdrängen, Vertuschen und in Erfolge umdeuten – das war beim Umgang mit Missständen in der DDR gängige Praxis. Das zwangsverordnete Weltbild von den „fleißigen Erbauern des Sozialismus“ durfte nicht angetastet werden. Die Realität wurde durch einen jahrzehntelang praktizierten Selbstbetrug ersetzt, was letztlich mit zum Bankrott des Staates beigetragen hat.

1988 besuchten 3288 „Arbeiterkontrollreure“ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) 244 Betriebe mit 1165 Meisterbereichen, um die Einhaltung der Arbeitszeit zu überprüfen. Am 5. Dezember 1988 wurde das Ergebnis in einer internen „Sekretariatsinformation“ festgehalten. Es zeigte sich, dass die statistisch erhobenen Ausfallzeiten sehr lückenhaft waren.

„Verletzung der Arbeitsdisziplin“

Die Kontrolleure ermittelten, dass für jeden Werktätigen eine tägliche Ausfallzeit von fünf bis 45 Minuten durch die Nichteinhaltung der Pausen und durch frühzeitiges Aufsuchen der Wasch- und Umkleieräume entstand. Weiter wurde kritisiert, dass Warte- und Stillstandszeiten in der Produktion und die mit gesellschaftlicher Arbeit im Betrieb wie dem Besuch von Versammlungen, Sitzungen, Anleitungen und Schulungen gesellschaftlicher Organisationen verbrachte Zeiten gar nicht erfasst wurden.

Besonders fallen die kritischen Bemerkungen zu den unentschuldigten Fehlstunden auf: „In den überprüften Betrieben sowie in den befragten Meisterbereichen entstehen beträchtliche Ausfallzeiten durch das unentschuldigte Fehlen (UF). Die Zahl der UF-Stunden in den 244 Betrieben haben sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.650.500 auf 2.035.000 Stunden – 1.1.-30.9.88 – um 22,7 % erhöht.“

Die Werktätigen in einem festen Arbeitsverhältnis verletzten mit der Arbeitsverweigerung ihre vertraglichen Pflichten, und das Arbeitsgesetzbuch sah vor, dass in solchen Fällen die härteste Strafe, die fristlose Entlassung, ausgesprochen werden konnte. Doch diese rechtliche Möglichkeit fand kaum Anwendung, denn die Betriebsleiter hatten gemäß der „Verordnung über die Aufgaben der örtlichen Räte und der Betriebe



Alkoholmissbrauch war auch in der DDR ein Problem: In Ost-Berlin schläft ein betrunkenen Jugendlicher auf der Straße vor einem Schaufenster seinen Rausch aus

Foto: Ullstein

DDR

„Wir sind Assis und stehen unter staatlichem Schutz“

„Kriminell gefährdete Bürger“ waren im SED-Staat gegenüber „fleißigen Erbauern des Sozialismus“ in mancher Hinsicht privilegiert

Zustimmung des örtlichen Rates aufgelöst werden durfte. Aus Sorge, dass es dann offiziell Arbeitslose gegeben hätte, wurde diese Zustimmung in aller Regel verweigert. Die Betriebsleitungen wurden zwangsverpflichtet, diese arbeitsunwilligen Kollegen „zu erziehen“.

Die Folgen dieser Verfahrensweise sind in einem internen Bericht des Rates der Stadt Rostock, Abteilung Inneres, vom 1. April 1982 so zu lesen: „Die generelle Nichtanwendung von fristlosen Entlassungen gegenüber kriminell gefährdeten Bürgern hat bei diesen die Auffassung entstehen lassen: ‚Wir sind Assis und stehen unter staatlichem Schutz.‘“

Statistiken zeigen, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelte. Würden im Jahr 1975 in der Stadt Rostock 149 Bürger als „kriminell gefährdet“ erfasst, so waren es 1980 bereits 346. Diese Bürger verursachten enorme Fehlzeiten. So weist beispielsweise ein Bericht vom 18. April 1980 für 1979 aus, dass in einem Rostocker Betrieb von nur zehn Mitarbeitern insgesamt 10.815 unentschuldigte Fehlstunden verursacht wurden. Die Tendenz war steigend. Aus einer internen Statistik geht hervor, dass bis Ende 1983 insgesamt 1917 Rostocker Bürger als arbeitsunwillig und „kriminell gefährdet“ registriert wurden.

Die Dunkelziffer dürfte höher gewesen sein, denn im Protokoll der 14. Sitzung der SED-Bezirksleitung Rostock vom 30. April 1980 (Vertrauliche 13/03

Verschlussache) wurde festgelegt: „Durch den Rat der Stadt sind weitere Maßnahmen einzuleiten, die sichern, daß kriminell gefährdete Personen lückenlos erfaßt werden und durch die Betriebe ihre Um-erziehung wirksamer organisiert wird, personenbezogene Auflagen durchgesetzt und notwendige Kontrollen straffer durchgeführt werden.“

Die Gründe für die Arbeitsverweigerung waren unterschiedlich. Faulheit und Alkoholmissbrauch gehörten dazu, aber auch politischer Ungehorsam. Bei dem vorbestraften und als „kriminell gefährdet“ erfassten Burghard L. heißt es beispielsweise in einem Schreiben vom 11. Mai 1979 zu seinen Beweggründen:

„Ständiger Alkoholmissbrauch“

„Im Verlauf der Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens erklärte L., daß ‚er mit diesem Staat nichts mehr zu tun haben will und er mit den staatlichen Auflagen nicht einverstanden ist.‘ Er führte an, daß ihm diese Zwangsmaßnahmen nicht passen, bezogen auf die Arbeitsplatzbindung, die ihm auferlegt wurde, weil er an dem Arbeitsplatz, VEB Wasserbau, nicht genügend Geld verdient. Er ist der Ansicht, daß er in der BRD auf Grund seines Berufes mehr verdienen würde und er äußerte dann wörtlich, daß ‚er einen Antrag auf Übersiedlung in die BRD stellen will und wenn das nicht genehmigt würde, er R-Flucht begeht.‘ ... Bereits vor der Durchführung des Ordnungsstrafver-

fahrens äußerte er gegenüber dem Gen. G.: ‚Er werde alles versuchen, um aus diesem Scheißstaat rauszukommen.‘“

Die Chancen, eine Genehmigung des Übersiedlungsantrages zu bekommen, waren für Burghard L. insbesondere dann gut, wenn er sich weiter kriminalisierte, denn Innenminister Friedrich Dickel stellte in der Ordnung Nr. 0118/77 vom 8. März 1977 (Vertrauliche Verschlussache I 020 815) einen positiven Bescheid für folgenden Personenkreis in Aussicht: „Bürger, die mehrfach vorbestraft sind und sich einer regelmäßigen Arbeit entziehen, zu asozialen Verhaltensweisen neigen und wo trotz intensiver erzieherischer Einflußnahme keine sichtbaren Fortschritte hinsichtlich der Ausprägung einer positiven Haltung zur Arbeit und zu den Normen des gesellschaftlichen Lebens erzielt werden.“

Diese Verfahrensweise brachte dem SED-Staat zwei Vorteile. Einerseits entledigte er sich der arbeitsunwilligen Bürger und andererseits kassierte er für jede genehmigte Ausreise Westgeld. Nach 1972 bezahlte die Bundesrepublik für eine Ausreiseliste mit 26 Personen 50.000 D-Mark. Ab 1977 galt ein Listenpreis von 100.000 D-Mark. Und ab 1981 hat die Bundesrepublik für eine 26er-Liste rund 200.000 D-Mark bezahlt. Menschenhandel war ein lohnendes „Geschäft“ im SED-Staat, in dem laut Verfassung der „Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen“ stand.

ANNA LÜHRING

Eine Bremerin bei den Lützowern

Im Zuge der patriotischen Begeisterung für die Erhebung gegen die napoleonische Fremdherrschaft gaben mehrere Frauen vor, Männer zu sein, um als Soldaten mit der Waffe in der Hand kämpfen zu können. Eleonore Prochaska, die im Oktober 1813 in den Reihen des Lützowschen Freikorps fiel, ist dabei sicher die prominenteste. Aber gerade zu den populären „Schwarzen Jägern“ fanden auch andere Frauen den Weg.

Die am 3. August 1796 in Bremen geborene Zimmermeistertochter Anna Lühring verließ 1814 heimlich in einer Februarnacht in der Kleidung ihres Bruders ihre Heimatstadt. Ludwig Adolf Wilhelm von Lützows Truppen waren in den Monaten zuvor mehrfach dort gewesen. Vor Jülich, das sie inzwischen belagerten, stieß Lühring zum Freikorps.

Sie behauptete, Eduard Kruse aus Oldenburg zu sein. Während der mehrwöchigen Belagerung und auch danach war sie an verschiedenen Kampfhandlungen beteiligt.

Auf dem Marsch nach Westen, in Richtung Paris, kam es zur Aufdeckung ihrer Identität gegenüber ihren Vorgesetzten. Ihr Vater, der von ihrer Flucht wenig angetan war, hatte Nachforschungen angestellt. Dennoch verblieb sie, wohl auf Aufforderung ihres Hauptmanns, bei der Truppe. Dass sie eine Frau war, wurde den meisten angeblich erst später bekannt.



Vor 225 Jahren geboren: Anna Lühring

Im Juli 1814 wurden nichtpreußische Freiwillige der Lützower Jäger in Berlin entlassen, auch Lühring. 122 Tage hatte sie gedient und erreichte sich inzwischen großer Bekanntheit. In der Hauptstadt wurde sie in einer wohlhabenden Familie aufgenommen. Prinzessin Marianne von Preußen lud sie ein, ebenso die Fürstin Radziwill. Generalfeldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher ließ sie sich vorstellen.

In Bremen hingegen hatte ihr Vater ihr das Haus versperrt und musste erst mühsam überzeugt werden, sie wieder aufzunehmen. Schließlich kehrte sie – mit großem Aufwand verabschiedet und in der Heimat mit ebenso großem Aufwand empfangen – Anfang 1815 zurück, in Uniform. Der Berliner Kommandant, General Bogislav Friedrich Emanuel von Tauentzien, hatte ihr seine eigene Erinnerungsmedaille für 1813 und 1814 angeheftet und geschrieben, nicht „Schwärmerei, sondern allein heisse Vaterlandsliebe“ habe sie bei ihrem Vorhaben geleitet.

Allerdings geriet sie bald in Vergessenheit. Früh verwitwet, lebte sie in Hamburg-Horn in materieller Not. Eine kleine Pension wurde ihr durch den Bremer Senat erst 1860 auf Initiative eines ehemaligen Lützowers zugestanden. Am 25. August 1866 ist sie gestorben. Erik Lommatzsch

Das Risiko fristlos gekündigt zu werden war unter- und die Chance ausreisen zu dürfen überdurchschnittlich

bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger“ vom 19. Dezember 1974 die Pflicht, unentschuldigte Fehlstunden dem örtlichen Rat, Abteilung Innere Angelegenheiten, zu melden.

Nach dieser Rechtsvorschrift waren „kriminell gefährdete Bürger“ solche, die „ernsthafte Anzeichen eines arbeits-scheuen Verhaltens erkennen ließen, obwohl sie arbeitsfähig waren“ oder die „infolge ständigen Alkoholmißbrauchs fortgesetzt die Arbeitsdisziplin verletzten“. Die Mitarbeiter des örtlichen Rates entschieden nach eigenem Ermessen und ohne Klagemöglichkeit der Betroffenen, ob ein Bürger nach dieser Rechtsvorschrift erfasst wurde.

„Arbeits-scheues Verhalten“

Mit der Registrierung wurde die staatliche Auflage der Arbeitsplatzbindung ausgesprochen. Das bedeutete, dass das bestehende Arbeitsrechtsverhältnis nur mit

VON ERIK LOMMATZSCH

An den ständigen, in der Regel ungerechtfertigten Gebrauch von Superlativen in Berichterstattungen und Vorhersagen, insbesondere wenn von Wetter und Klima die Rede ist, hat man sich seit geraumer Zeit gewöhnt. Charakterisierungen wie „Chaos“ oder „Katastrophe“ haben – erschreckenderweise – in den Schlagzeilen nicht mehr die Wirkung, die sie haben sollten, selbst wenn es um die seltenen, wirklich verheerenden Ereignisse mit drastischen Folgen wie Todesopfern und umfangreichen Zerstörungen geht. Um eine Katastrophe handelt es sich zweifelsfrei bei dem Hochwassergeschehen an Ahr, Erft und Rur, welches seit vergangener Woche bei Weitem nicht nur die dortige Region in Atem hält.

Aber schon wieder findet sich das Bestreben, die Dinge in Dimensionen zu heben, die – bei allem verursachten Leid – aufs Ganze gesehen unangemessen sind. Der Begriff „Sintflut“ findet sich beispielsweise in Überschriften von „Badischer Zeitung“ oder „Rheinpfalz“. „Sintflut“ zielt auf die Vernichtung des gesamten Erdenlebens und lässt das Hochwasser in mythisch-religiöse Sphären treten.

Erkennbar ist, auch mittels anderer Formulierungen, dass den gegenwärtigen Vorgängen in öffentlichen Verlautbarungen vielfach – zumindest indirekt – Alleinstellungseigenschaften zugeschrieben werden. Die Beweggründe mögen verschiedene sein. Ein cursorischer Blick auf die Geschichte von Überflutungen und anderen wetterbedingten Katastrophen in Deutschland und unmittelbar angrenzenden Gebieten indes zeigt, dass es sich um immer wiederkehrende Phänomene handelt. Relativieren und Vergleichbares aufzeigen, bedeutet nicht verharmlosen, sondern hilft beim Einordnen und Verstehen.

Ideologische Agenda

Unmittelbar nach den ersten Nachrichten über das gegenwärtige Hochwasser erfolgten Stellungnahmen aus Medien und Politik, die die Ursache sehr schnell und vor allem eindeutig ausmachen zu können glaubten. Die Überflutungen wurden damit in den Dienst einer ideologischen Agenda gestellt. Katrin Göring-Eckardt, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen und bislang in keinem Bereich durch eine irgend geartete Sachkenntnis aufgefallen, erklärte: „Das sind schon Auswirkungen der Klimakatastrophe und das ist ein weiterer Aufruf sich klarzumachen: Das ist schon da, das ist schon hier bei uns.“ Der Verweis auf die „Klimakatastrophe“ oder den „menschgemachten Klimawandel“ war auch von Vertretern anderer politischer Parteien reichlich zu vernehmen, verbunden mit der Ankündigung, man müsse diesen „aufhalten“, so etwa SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz.

Die Ankündigung der Dienstbarmachung eines gerade stattfindenden Hochwassers mit tödlichen Auswirkungen für künftige politische Entscheidungen spricht für sich. Sichtbar wird dabei aber auch die Hybris, die menschliche Selbstüberhebung, man könne Klima und Wetter „in den Griff“ bekommen. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß soll einmal einem ausländischen Besucher, der sich über die regnerische Witterung beschwerte, geantwortet haben, er persönlich werde sich darum kümmern. So etwas galt damals als hübsche Anekdote – heute markieren entsprechende Äußerungen das Denken tonangebender Entscheider in Deutschland.

Nun gibt es durchaus Faktoren, die den Schaden von Unwetterkatastrophen, das Zustandekommen von Hochwassern und Überflutungen begünstigen und die in die Verantwortung von Zivilisationen fallen. Dass die Versiegelung von Böden und der damit verhinderte Abfluss von Niederschlägen ein Problem darstellt, ist lange bekannt. Vorausschauende Sicherungsmaßnahmen wurden wider besseres Wissen oftmals nicht realisiert. Weit vor



Schrecken des Jahres 2021: Auch in dem einst idyllischen Eifel-Dorf Insul hat die Ahr verheerende Verwüstungen angerichtet

Foto: Mauritius

Die ewig-schrecklichen Begleiter des Menschen

Bei Katastrophen wie dem Hochwasser an Ahr und Erft machen Medien und Politiker gern den „menschengemachten Klimawandel“ verantwortlich. Ein cursorischer Blick in die Geschichte offenbart, dass die Bevölkerung in Deutschland schon immer mit verheerenden Wetterereignissen konfrontiert war

der These vom „menschgemachten Klimawandel“ lieferte Wilhelm Jacob von Beber Ende des 19. Jahrhunderts mit der „Vb-Wetterlage“ (V steht hier für die römische Fünf) die allgemein anerkannte meteorologische Erklärung für das Zustandekommen vieler Überschwemmungen auf dem Gebiet Deutschlands beziehungsweise in Mitteleuropa. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) stellt fest, dass sich Unwetter wie das gegenwärtige nicht häufiger als sonst ereignen.

Mit der Betrachtung zurückliegender Ereignisse wird auch eine interessante Parallele zum derzeitigen Beurteilungsgeschehen offenbar. Früher schrieb man üblicherweise einen guten Teil der Schuld den Geschädigten selbst zu, da sie gegen Gottes Gebote verstoßen hätten und die über sie hereingebrochene Katastrophe nun die Strafe dafür sei. Heute gibt man sich zwar areligiös, aber in der These vom „menschgemachten Klimawandel“ ist ein vergleichbarer Vorwurf enthalten. So wird nicht nur vom unmittelbaren Versagen der Verantwortlichen abgelenkt, die etwa konkrete Warnungen ignoriert haben, zugleich wird die Bevölkerung zur allfälligen Sühne angehalten und zur Vorbeugung bezüglich vorausgesagter, noch viel gravierenderer Ereignisse – die sich in der Zustimmung zur gewünschten politischen Gesamtlinie zeigen soll.

Historische Flutkatastrophen

Im Mittelalter waren die Entwicklungen, die heute als Ursache für den „menschgemachten Klimawandel“ ins Feld geführt werden, schlichtweg nicht existent. Dennoch gehen bereits auf diese Zeit die Überlieferungen von Naturkatastrophen zurück, die – gemessen am Grad der Zerstörung und der Zahl der Toten – im Vergleich zur Gegenwart bei Weitem verheerender

waren und nachhaltiger wirkten. Dies lässt sich auch bei aller Unsicherheit der älteren Überlieferung und einer angemessenen historischen Vorsicht aufrechterhalten.

Als die älteste dokumentierte Sturmflut an der Nordseeküste gilt die Julianenflut von Februar 1164. In Aufzeichnungen, die allerdings nicht von Augenzeugen angefertigt wurden, wird die Zahl von 20.000 Opfern genannt. Die Erste Marcellusflut von 1219 hingegen, ebenfalls an der Nordsee, hat der spätere Prämonstratenser-Abt Emo von Wittewierum selbst erlebt und darüber berichtet. Deiche brachen. Emo schrieb, das „Meer ergoss sich kochendem Wasser ähnlich und überschwemmte das friesische Küstenland, das wie von einem plötzlichen Tod überfallen wurde. Es nahm sich die Wohnstätten der Armen und überfiel die Häuser der Reichen.“ Dass es sich nur um ein Gottesgericht handeln konnte, stand für Emo außer Frage.

Gleiches gilt für die zeitgenössische Einordnung der Zweiten Marcellusflut vom Januar 1362, oft auch mit der Bezeichnung „Grote Mandränke“ (etwa: großes Ertrinken) in Verbindung gebracht. Bewohner der Stadt Rungholt, welche während der Sturmflut vollständig unterging, sollen einen Priester verhöhnt haben, der allerdings, der Legende zufolge, selbst durch einen Traum vor dem Unwetter gewarnt worden war und flüchten konnte. Es heißt, durch die Zweite Marcellusflut sei innerhalb von Stunden die vorher eher gerade Küstenlinie Nordfrieslands in die uns bekannte Gestalt mit einer Vielzahl von vorgelagerten Inseln umgeformt worden. Die Angaben zu den Todesopfern gehen weit auseinander, niedrige Schätzungen gehen von 7000 aus, allerdings findet sich mitunter auch die Zahl 100.000.

Mögen die Nordseefluten ob der Quellenlage der Zeit die Erinnerung dominie-

ren, so gab es doch auch anderswo Naturereignisse mit drastischen Auswirkungen auf die Bevölkerung. Zu nennen wäre unter anderem die Allerheiligenflut von 1304 an der Ostseeküste oder das Magdalenenhochwasser vom Juli 1342. Zahlreiche große Flüsse Mitteleuropas – etwa Elbe, Moldau, Mosel, Donau, Rhein und Main – traten über die Ufer. In der Würzburger Chronik heißt es: „Am Maria Magdalenen-tag und am folgenden Tag fiel ein außerordentlicher Wolkenbruch, welcher den Mainstrom so sehr anschwellte, daß der selbe allenthalben weit aus seinem Bette trat, Äcker und Weingärten zerstörte und viele Häuser samt Bewohner fortriß.“ Auch die Brücke der Stadt und diejenigen anderer Orte am Main „wurden durch die Wuth des Gewässers zertrümmert“. Als „Jahrtausendflut“ oder „Jahrtausenderereignis“ werden die Vorgänge bis hinein in jüngste Veröffentlichungen bezeichnet.

Während der Allerheiligenflut 1436, wiederum an der Nordseeküste, wurde die Ortschaft Eidum auf Sylt zerstört. Das Hochwasser in Mitteleuropa im Sommer 1501 entstand infolge zehntägiger, nach der Überlieferung ununterbrochener Regenfälle. Die Gebiete entlang der Elbe und der Oder waren ebenso betroffen wie die an der Donau. Am oberen Donaulauf nannte man das Ereignis Himmelfahrtsgieß, nach dem Tag der Himmelfahrt Marias.

Die Thüringer Sintflut von 1613 – auch damals griff man auf Extreme zurück, wenn es um charakterisierende Benennungen ging, allerdings ist dies verständlicher als in der heutigen Zeit – forderte über 2000 Menschenleben. Zentrum des Hochwassers war die Saale. Die Aufzählung lässt sich über die Jahrhunderte fortsetzen, etwa mit dem sogenannten Eishochwasser in Mitteleuropa 1784, welches auf ungewöhnliche Klimaschwankungen

zurückgeführt wird – die kaum etwas mit dem „menschgemachten Klimawandel“ zu tun haben dürften.

Im Jahr 1845 war die Sächsische Sintflut zu verzeichnen, 1872 das bisher schwerste bekannte Ostseesturmhochwasser mit fast 300 Toten. Im Ostergebirge fiel im Juli 1927 tagelang Starkregen, das entstehende Hochwasser kostete etwa 160 Menschen das Leben. Für die Schäden der Sturmflut von 1962, bei der insgesamt 340 Tote zu beklagen waren und die insbesondere die Stadt Hamburg in Mitleidenschaft zog, werden auch Versäumnisse im Vorfeld, beispielsweise beim Deichbau, verantwortlich gemacht. Zu Überschwemmungen an der Oder kam es 1997, an der Elbe 2002 und gleich noch einmal 2006.

Vorläufer an der Ahr

Die älteren Chroniken und die modernen Aufzeichnungen geben natürlich nicht nur Auskunft über Hochwasserereignisse. Kälte- und Hitzewellen, letztere meist verbunden mit einer Dürre, sind ebenso über die Jahrhunderte zurückzuverfolgen wie Wirbelstürme.

Und auch das derzeitige Ahr-Hochwasser hat Vorläufer, wie dieses sind sie mit tragischen Todesfällen verbunden: Sowohl im Juli 1804 als auch im Juni 1910 kamen infolge der Überflutungen jeweils mehrere Dutzend Menschen um.

Die offenbar stete Wiederkehr von Naturkatastrophen ist bekannt. Mittels technischer Vorkehrungen und überlegter Nutzung der Landschaft hat man diesen Ereignissen durchaus etwas entgegenzusetzen. Jeder geophysikalische, insbesondere meteorologische Erkenntnisfortschritt ist zu begrüßen. Die „Beherrschbarkeit“ von Wetter und Klima wird sich dem Menschen aber auch künftig entziehen.

KURORT CRANZ

Urlaub mit Hindernissen

Bauarbeiten zum Küstenschutz wurden nicht rechtzeitig zur Saison fertig

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Cranz und Rauschen sind die beiden bedeutendsten Kurorte im nördlichen Ostpreußen, jährlich ziehen sie Hunderttausende von Urlaubern an. Cranz liegt an einer flachen Küste und hier sind die Strände breiter und leichter zugänglich als an der Steilküste in Rauschen. Doch in diesem Jahr hat Cranz diesen Vorteil verloren. Der westliche Teil der Küste in dem Kurort ist trotz gegenteiliger Versprechungen der Behörden immer noch für Urlauber gesperrt.

Das Sonnenbaden ist nur im mittleren und östlichen Teil des Strandes möglich. Die mehr als einen Kilometer lange Strandlinie im westlichen Teil von Cranz wird den ganzen Sommer über geschlossen bleiben. Der Grund dafür sind Bauarbeiten zum Küstenschutz, die voraussichtlich erst Ende des Jahres abgeschlossen werden.

Die Rekonstruktion der Uferschutzbauten mit einem Kostenaufwand von umgerechnet zirka 4,6 Millionen Euro hat bereits im August 2020 begonnen. Die Länge des Arbeitsabschnitts beträgt etwa 1,6 Kilometer. Die Behörden hatten beschlossen, alle alten Stahlbetonkonstruktionen durch eine spezielle Stützmauer mit Wellenbrechern zu ersetzen. Dazu mussten die alte Konstruktion abgebaut und neue Pfähle eingerammt sowie neue Stützmauern und Treppen angelegt werden.

Für den Sommerurlaub der Cranzer Gäste bedeutet das, dass sie sich an dem verbliebenen kleinen Strandabschnitt zusammendrängen müssen. Gouverneur Anton Alichanow wurde in seinem Instagram-Account scharf angegriffen: „Sie haben die gesamte Küstenlinie zugebaut, sodass man keinen richtigen Urlaub machen kann, man kommt einfach nicht durch! Alle Zufahrten sind gesperrt, auch die Straße, die zum westlichen Strand führt, ist dicht. Um ans Meer zu gelangen, müssen sogar Leute mit Kinderwagen jetzt ans andere Ende der Stadt gehen, wo



Baumaschinen, soweit das Auge reicht: Die Küstenschutzarbeiten am Cranzer Strand halten den Sommer über an

Foto: J.T.

es nicht einmal Platz gibt, um noch einen Apfel am Strand abzulegen, oder man muss einen langen, langen Umweg in Kauf nehmen.“ Der schmale Sandstreifen vor der Windrose ist überfüllt mit Sonnenanbetern. Der Boden des Ufers weiter in Richtung Kurische Nehrung ist mit scharfen Baumstümpfen bedeckt, sodass dort niemand im Meer baden möchte.

Erfahrene Urlauber, die das wissen, strömen deshalb gleich zum westlichen Teil des Strandes in Richtung des Cafés „Am Neptun“ und müssen feststellen, dass es auch geschlossen ist. Wer an den Weststrand kommt, kann lediglich Bagger und Betonmischer bewundern. In brütender Hitze sind die Badegäste gezwungen, weiter bis an die Stadtgrenze zu laufen, auf der Suche nach dem nächstgelegenen Zugang zum Meer, der oft viele hundert Meter entfernt ist.

Der Wind wirbelt zudem noch Staub und Sand von der Baustelle auf. Hier werden die Masken deshalb nicht nur zum

„Sie haben die ganze Küstenlinie zugebaut, sodass man keinen richtigen Urlaub machen kann“

Wütender Eintrag Instagram-Account des Gouverneurs.

Schutz vor Coronaviren getragen, sondern um den Baustaub nicht einatmen zu müssen.

Der nächstgelegene Zugang zum Meer ist die Baustellenzufahrt. Hier gibt es jedoch keinen Bürgersteig und die Urlauber sind gezwungen, auf der Baustraße zu ge-

hen und staubigen Kipplastern auszuweichen.

Zusätzlich zu den Baumaschinen, die den Strand verlassen, gibt es auch ständig Lastwagen, die zu den nahegelegenen Baustellen der Hochhäuser pendeln. Die neuen Wohnblocks rücken immer näher an den Strand heran.

Um zu einem normalen Fußgängerweg zu gelangen, müssen die Urlauber noch weiter laufen. Aber auch dort erwartet sie eine unangenehme Überraschung. Nur körperlich fitte und kräftige Personen ohne Kinderwagen oder große Taschen können die steilen Stufen ohne Probleme erklimmen. Es sind keine Rampen für Kinderwagen oder Rollstühle vorhanden. Zu dem Abschnitt des Weststrandes, der nicht von Bauarbeiten betroffen ist, gibt es eine weitere Betonpiste entlang der Bahnlinie. Doch auch hier gibt es nirgends Schutz vor Staubwolken und der Blick Richtung Meer wird von monotonen Bau-landschaften verunstaltet.

ALLENSTEIN

„Ökoautomaten“ im Kampf gegen das Müllproblem

Die Umsetzung eines Projekts aus dem sogenannten Bürgerbudget soll das Umweltbewusstsein fördern

Vollautomatische Geräte zur Abfallentsorgung sind in Allenstein eine neue Methode der Müllentsorgung und der Sensibilisierung der Bevölkerung für umweltfreundliche Verhaltensweisen. Zwei speziell entworfene und programmierte Müllentsorger wurden in der Woiwodschaftshauptstadt in zwei Läden der Supermarktkette „PSS Społem“ eingerichtet: im Geschäft Kalina in der Fittigsdorfer Landstraße sowie in dem Laden Malwa in der Kleebergerstraße.

Die Idee zur Aufstellung solcher Automaten entstand im Rahmen des letzten sogenannten Allensteiner Bürgerbudgets, bei dem die Bürger der Stadt über die Ausgaben eines Teils des Stadthaushalts abstimmen können. Die Aufstellung von Pfandautomaten war eines der Siegerprojekte. Die Geräte funktionieren ähnlich wie Leergutautomaten, die in der Bundesrepublik weit verbreitet sind. Die Stadtbewohner können in den Sammelautoma-

ten leere Getränke-Kunststoffflaschen mit einem Fassungsvermögen von 0,2 bis 2,5 Litern und Aluminiumdosen entsor-

gen, die einen polnischen Barcode haben. Die „Ökoautomaten“, wie man sie in Allenstein auch nennt, sind mit einer Zer-

kleinerungsmaschine ausgestattet sowie einem Barcode-Scanner. Die Pfandrückgabe beträgt umgerechnet elf Euro-Cent pro Flasche oder Dose. Nachdem das Leergut eingeworfen wurde, erhält der Kunde einen Gutschein mit Gesamtpunkten.

Die gesammelten Punkte können als Rabatt auf Produkte verwendet werden, welche die Kunden in den Geschäften kaufen, in denen die Leergutautomaten aufgestellt sind. In der Planungsphase des Projekts gab es auch den Vorschlag, dass die Kunden für die Rückgabe von Leergut Punkte erhalten, die zu Rabatten auf Kino- und Theaterkarten oder zu Nachlässen auf städtische Dienstleistungen beziehungsweise zu Ermäßigungen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen.

Diese Idee scheiterte jedoch bei der Projektumsetzung. Die Stadt stellt die Finanzierung der Rabatte aus Mitteln des Bürgerbudgets nur bis Ende 2021 sicher.

Bisher ist nicht bekannt, ob das Projekt in größerem Umfang fortgesetzt wird und ob auch in anderen Supermärkten Leergutautomaten aufgestellt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man in der nächsten Auflage des Allensteiner Bürgerhaushalts einen Vorschlag einbringen wird, in dessen Rahmen den Einwohnern rund 1,4 Millionen Euro für die Realisierung von Wohnsiedlungs- und größeren Stadtprojekten zur Verfügung gestellt werden.

Mehr Leergutautomaten könnten die Umwelt schützen, denn in Polen sind PET-Flaschen keine Pfandflaschen. Umso wichtiger wäre es, den Bürgern einen Ansporn zur umweltfreundlichen Verhaltensweise zu geben. Da dank Leergutautomaten Plastikflaschen und Aludosen sortiert und entsorgt werden, ist jeder Konsument im Stande, seinen kleinen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Dawid Kazanski



Supermarkt in Allenstein: Automat zur Sammlung von Kunststoffflaschen Foto: D.K.

MELDUNGEN

Hohes Tor wird restauriert

Heilsberg – Die Renovierung des denkmalgeschützten Hohen Tores in Heilsberg dauert an. Der Bau aus dem 14. Jahrhundert hatte sich in einem beinahe wertlosen Zustand befunden. Die beauftragten Unternehmer bedauern die Verzögerung, denn die Bauarbeiten behindern das Leben vieler Geschäftsleute in der Nähe des Hohen Tores. „Die Wände werden verschmutzt und der Staub dringt in die Geschäfte“, klagte ein Heilsberger Kaufmann. Heilsbergs Bürgermeister Jacek Wisniewski hielt dagegen, dass die Restaurierung eines jeden Gebäudes Behinderungen mit sich bringe. „Der Bauplatz mit der Einrüstung ist durch einen Zaun gesichert. Es besteht keine Gefahr durch herunterfallende Ziegel. Alles ist abgesichert“, sagte der Bürgermeister. Die Arbeiten am äußeren Teiles des Hohen Tores sollen planmäßig diesen Winter beendet sein. Ziel ist es, dass darin ein Hotel entsteht. PAZ

Kulturdenkmal zum Verkauf

Gumbinnen – Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung in der Innenstadt von Gumbinnen steht zum Verkauf. Für umgerechnet 7,7 Millionen Euro wird das 1911 erbaute Gebäude am Friedrich-Wilhelm-Platz für die Unterbringung von Einzelhandels- und Büroflächen, Cafés, Nachtclubs oder eines Restaurants angeboten. Es verfügt über zwei Lastenaufzüge. Das Gebäude hat einen separaten Eingang, sodass es sich für einen Hotel- und Unterhaltungskomplex im Herzen der Stadt eignet. Ebenfalls zum Verkauf stehen eine Produktionshalle (1391,3 Quadratmeter) und eine Trafostation (104 Quadratmeter). Die Gesamtfläche des Grundstücks beträgt 9798 Quadratmeter. Zurzeit ist die ehemalige „Neue Regierung“ mit Geschäften, einer Post und Büros belegt. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Vogel, Brigitte, geb. Rockstroh, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Wichert, Gertrude, geb. Malessa, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Drescher, Erna, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 28. Juli
Felke, Helene, geb. Kaminski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Mäckle, Irmgard, geb. Pallasch, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Riecken, Hildegard, geb. Glaubitt, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Schimnossek, Elisabeth, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Schröder, Margarete, geb. Hamm, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Wagner, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Wasilewski, Mathilde, geb. Kaminski, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Krupp, Gertrud, geb. Wolff, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Schuba, Hildegard, geb. Reetz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Abbott, Eva-Maria, geb. Paprotka, aus Treuburg, am 25. Juli
Friedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Oelsner, Grete, geb. Peterreit, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 29. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heinsch, Gertrud, geb. Dehnert, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 25. Juli
Jagemast, Ilse, geb. Böhnke, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 29. Juli
Mick, Hilda, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli
Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Erkwoh, Dr. Frank-Dietrich, aus Katzenblick, Kreis Fischhausen, am 27. Juli
Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grunert, Ida, geb. Kunze, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli
Hoehle, Erna, geb. Schilling, aus Groß Münsterberg, Kreis Mohrunge, am 28. Juli
Schimnossek, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Biehler, Edith, geb. Friedel, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Holstein, Elvira, geb. Zefer, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Juli
Kühl, Helga, geb. Kuss, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Nickel, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli
Niederbröcker, Margot, geb. Wachowski, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Prasuhn, Elfriede, geb. Jablonski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. Juli

Sadlowski, Otto, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli
Vermeer, Margarete, geb. Uzatis, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Zinn, Hilde, geb. Kosemund, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

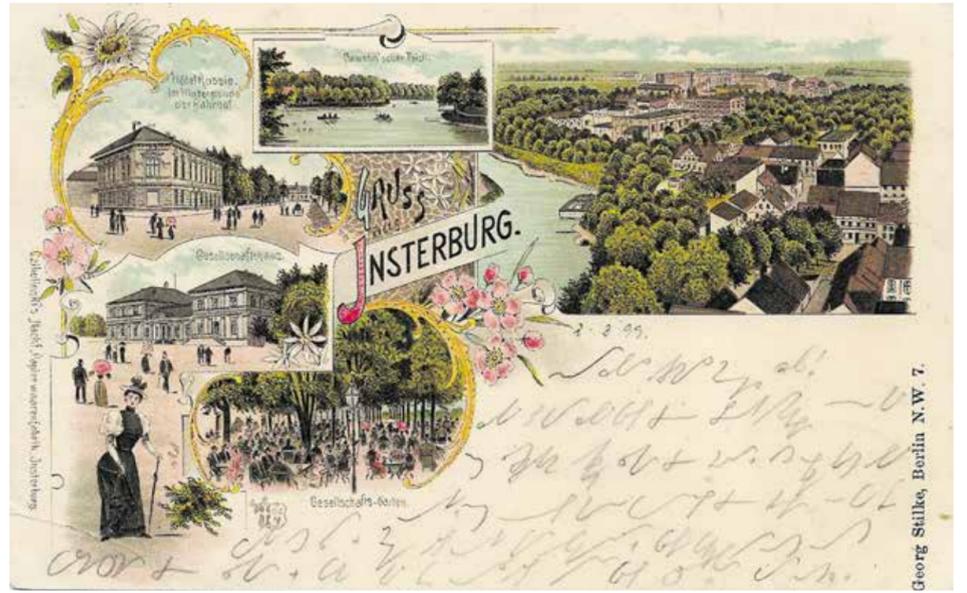
Bradke, Hans-Jochen, aus Barren, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Howe, Egon, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 24. Juli
Jäger, Ilse, geb. Mehldau, aus Langheide, Kreis Lyck, am 25. Juli
Kositzki, Ruth, geb. Biergey, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli
Lange, Elli, geb. Kretschmann, aus Bladien, Kreis Heiligenbeil, am 28. Juli
Lüdtke, Walter, aus Rodental, Kreis Lötzen und aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Neumeier, Fritz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Schmidt, Sabine, geb. Kobbert, aus Pagenhnen, Kreis Fischhausen, am 26. Juli
Tumat, Ursula, geb. Schittko, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Wargalla, Heinz, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Wilhelm, Erna, geb. Schipp, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bylitz, Georg, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Christoleit, Martin, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Filax, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Forke, Friedel, geb. Blasko, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Herpell, Erdmut, aus Lyck, Memeler Weg 10, am 29. Juli
Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Larsson, Waltraud, geb. Lagies, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Olvermann, Helga, geb. Stanneck, aus Lyck, Lycker Garten 78, am 26. Juli



Erinnerung an Insterburg, eine der malerischsten Städte in Ostpreußen, wie diese Postkarte von 1899 zeigt: der Gawehnsche Teich, viel Grün, das Gesellschafts-Haus und der -Garten, das Hotel Russie mit dem Bahnhof im Hintergrund. Humor. Der Druck stammt von Georg Stilke, Berlin Foto: Sammlung Evgeny Dvoretzki

Prill, Hansjürgen, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Tessendorf, Ruth, geb. Faust, aus Lyck, am 28. Juli
Wedekin, Gertrud, geb. Tobe, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Zimmermann, Manfred, aus Königsberg, am 23. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Breder, Dorothea, geb. Zimmermann, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Ellmer, Marlene, geb. Thiede, aus Freieneck, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Hertzeberg, Elsbeth, geb. Schmidt, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 28. Juli
Kohl, Waltraud, geb. Sieg, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. Juli
Luedicke, Hilmar, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 26. Juli
Metzeroth, Erika, geb. Stepputis, aus Nautzwinkel, Kreis Fischhausen, am 28. Juli
Plickat, Fritz, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 24. Juli
Sander, Regina, geb. Meier, aus Ortelsburg, am 24. Juli
Schmidt, Rosemarie, geb. Groppler, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. Juli

Suttka, Erika, geb. Kaczinski, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Vollmar, Gisela, geb. Beschomer, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Warneke, Anneliese, geb. Gollub, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Wattenbach, Helga, geb. Witt, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Juli
Zander, Dieter, aus Lyck, am 25. Juli
Zieske, Udo, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 23. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Born, Ilse, geb. Napierski, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 27. Juli
Bredow, Klaus, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juli
Dewes, Marianne, geb. Rümelin, aus Wehlau, am 24. Juli
Dorka, Helmut, aus Groß Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli
Duve, Heidrun, geb. Jabs-Borbe, aus Altengraben, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Juli
Franke, Gisela, geb. Ammoser, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

Jakisch, Karin, geb. Nareyek, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 28. Juli
Kempfert, Willi, aus Treuburg, am 28. Juli
King, Rosemarie, geb. Kays, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Kreipe, Helga, geb. Gradtke, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Kunkel, Erika, geb. Möwe, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 26. Juli
Macht, Paul, aus Karwik, Kreis Johannsburg, am 23. Juli
Marquardt, Gerhard, aus Goldene, Kreis Lyck, am 29. Juli
Meyer, Reinhard, geb. Bischoff, aus Klein Lenkuk, Kreis Lötzen, am 29. Juli
Nowicki, Wilfried, aus Weissen-see, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Piwek, Agnes, geb. Weissner, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli
Raulin, Barbara, geb. Schaschke, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Seifried, Christa, geb. Petschulat, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Juli
Skupch, Max, aus Roldensee, Kreis Lötzen, am 28. Juli
Staats, Günter, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 27. Juli
Treetzen, Willi, aus Misdroy, Kreis Pommern, am 24. Juli

Zusendungen für die Ausgabe 31/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 31/2021 (Erstverkaufstag 6. August) bis spätestens **Dienstag, den 27. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

PAZ wirkt!

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Delegiertenversammlung Hamburg – Sonnabend, 31. Juli, 13 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg. Die Kulturreferatssitzung findet im Anschluss statt.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Königsberger-Klopse-Essen Braunschweig – Mittwoch, 28. Juli, 12 Uhr: Königsberger Klops-Essen und anschließende Generalversammlung mit Vorstandswahlen.

PAZ wirkt!



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag Bielefeld – Am Montag, 19. Juli, hat sich im Gasthaus Restaurant Bültmannshof die Ost- und Westpreußengruppe bei Kaffee und Kuchen zum Heimatinachmittag getroffen. Vorsitzender der Gruppe ist Reiner Kolletzki.



Fischhausen
Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Sitzung mit Neuwahl Eckernförde – Sonnabend, 11. und Sonntag, 12. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte (BBS), Rathausmarkt 3: Sitzung der Gemeinschaftsvertretung mit Neuwahl des gesamten Vorstands und einer Zuwahl. Meldungen zur Bereitschaft zu Kandidatur und Mitarbeit werden gern entgegengenommen. Eine Abendplanung am Sonnabend und die Mittags- wie Nachmittagsplanung am Sonntag, erschwert durch die aktuellen Be-

schränkungen, sind noch in Planung. Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet am Sonntag um 12 Uhr statt. An beiden Tagen ist ab 13 Uhr die BBS mit Zugang zum Archiv der Heimatgemeinschaft ein fester Anlaufpunkt. Vorgesehen sind ostpreußische Geschichten von Rosemarie Goretzki und ein Vortrag zum Kunstprojekt „Ein Engel für Pillau/Baltijsk“. *Christina Ziegler*



Lötzen
Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Treffen abgesagt Remscheid – Das im letzten Heimatbrief angekündigte Treffen zusammen mit der Kreisgemeinschaft Sensburg in Remscheid, am 15. August muss leider abgesagt werden. Die Auflagen des Veranstalters erlauben uns nicht, ein vorteilhaftes Treffen mitzugestalten. Die Räumlichkeiten von der Stadt eignen sich nicht für ein in der Pandemie stattfindendes Treffen und ein Ausweg wäre ein Hotel. Hier sind die Auflagen aber so, dass nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern zugelassen werden und der Abstand an Tischen groß sein muss. Gespräche könnten unter diesen Umständen nicht stattfinden. Bitte haben Sie Verständnis für diese Situation. *Dieter Milewski*



Osterode
Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Mitgliederversammlung Lüneburg – Freitag, 17. September, 15,30 bis 17 Uhr, Bergström Hotel Lüneburg, Raum Ravel: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. im Rahmen des Jahrestreffens mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 13. September 2019, Jahresbericht des Kreisvertreterers, Jahresrechnung 2020, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache und Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreterers und der Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes, Satzungsänderung, Neuwahl des Vorstandes, Neuwahl der Rechnungsprüfer, Verschiedenes. Anmerkung zu TOP 08: Satzungsänderung.

alt: § 6 (1): „Die ordentliche Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von 4 Jahren sechs Mitglieder in den Vorstand.“
 neu: § 6 (1): „Die ordentliche Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von 4 Jahren mindestens sechs, höchstens zehn Mitglieder in den Vorstand.“
 alt: § 6 (5): „Der Vorstand beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei mindestens drei Vorstandsmitglieder erschienen sein müssen. In dringenden Fällen kann auch ein schriftlicher Beschluss von den Mitgliedern des Vorstandes eingeholt werden.“
 neu: § 6 (5): „Der Vorstand beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen muss.“

Unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma und Schwester

Sigrid Wenning

geb. Pelzer
 * 10. 10. 1927 † 27. 4. 2021
 Marienburg/Wpr. Fürth

hat für immer die Augen geschlossen.
 In Dankbarkeit wird sie immer in unseren Herzen bleiben.

In tiefer Trauer
Wilhelm und Christiane Wenning
Gudrun Wenning
Dr. Bernhard und Marie-Gabriele Wenning
Christian und Simone
Ulrike und Thilo mit Julian
Friederike und Victoria
Hiltraud Pelzer
Gerlinde Doublon

Früher in Prostken, Kreis Lyck
 Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.



Sensburg
Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Heimatkreistreffen abgesagt Remscheid – Sonntag, 15. August: Heimatkreistreffen ist abgesagt.



Kulturforum

Lesung und Gespräch mit Ulrich Trebbin zu seinem Romandebüt „Letzte Fahrt nach Königsberg“ aus der Lesereihe „Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa“ vom 10. Juli ist über den YouTube-Kanal des Deutschen Kulturforums östliches Europa abrufbar. In dem Roman erzählt der Münchner Autor Trebbin die Geschichte seiner aus Ostpreußen stammenden Großmutter.

<https://www.youtube.com/watch?v=B4LveDhkQYk>

Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135 | Haus K1, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 20098-0, Fax (0331) 20098-50, Internet: www.kulturforum.info

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

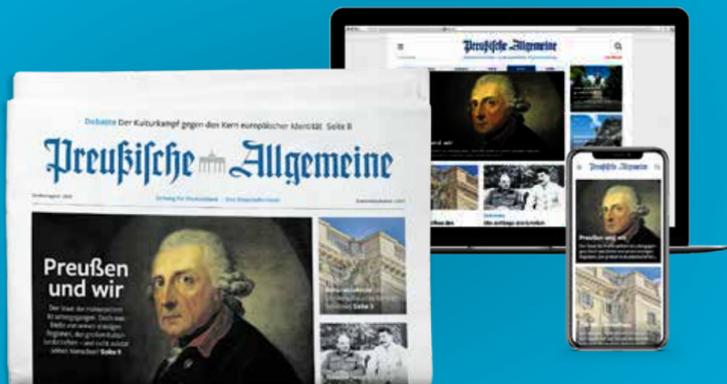
Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

MILITÄR

Wettrüsten in Ostpreußen

Die Entwicklung der russischen Atomwaffen im Königsberger Gebiet von den Anfängen bis heute

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Juli 1945 wurde der Nordteil des von der Roten Armee besetzten Ostpreußen mit Ausnahme des Memellandes zum Militärischen Sonderbezirk (Osobennij Wojennij Okrug) erklärt und dann am 7. April 1946 durch einen Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR als „Königsbergskaja Oblast“ in den Verband der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert. Seitdem standen und stehen in der Exklave, die seit dem 4. Juli 1946 „Kaliningradskaja Oblast“ heißt, erst sowjetische und dann russische Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Und diese waren spätestens ab 1959 auch im Besitz von Atomwaffen.

Kernwaffen ab 1959 im Gebiet

Im Mai jenen Jahres stationierte die Sowjetunion im Zuge der Berlin-Krise erstmals zwölf mit nuklearen Sprengköpfen bestückte Raketen vom Typ R-5M in der DDR. Die Abschussrampen für die Mittelstreckenraketen, deren Reichweite 1200 Kilometer betrug, standen in Vogelssang bei Oranienburg und Fürstenberg an der Havel. Nach geheimen Verhandlungen zwischen Moskau und Washington im August 1959 wurden diese Waffensysteme in das Königsberger Gebiet verlegt. Zum dortigen Bestand der Roten Armee gehörten sie möglicherweise bis 1967.

Diesen R-5M folgten Anfang der 1960er Jahre weitere, modernere Kernwaffenträger wie die Mittelstreckenraketen R-12 und R-14 mit 2000 bis 4500 Kilometern Reichweite sowie die Kurzstreckenrakete 9K52 Luna-M. Dazu kamen dann zwischen 1985 und 1988 noch ballistische Boden-Boden-Raketen der Typen 9K76 Temp-S und 9K714 Oka samt ihren Nukleargefechtscöpfen AA-19, AA-



Russlands Königsberger Exklave ist und war Standort diverser Raketensysteme mit und ohne nukleare Sprengköpfe: Das Flugabwehr-Raketensystem S-400 wird für eine Militärparade in Königsberg vorbereitet
Foto: Igor Zarembo/Sputnik/pa

75, AA-81 und AA-92 mit einer variabel einstellbaren Sprengkraft zwischen 10 und 1500 Kilotonnen Trinitrotoluol (TNT).

Zum Vergleich: Die US-amerikanische Hiroshima-Bombe „Little Boy“ explodierte im August 1945 mit der Wucht von 13 Kilotonnen TNT. Rund 33 Exemplare der 9K714 Oka stationierte die Sowjetunion in Ludwigsort [Laduschkin]. Außerdem trafen 1988 in Insterburg [Tschernjachowsk] 27 Raketen des Typs 9K76 Temp-S der 152. Selbstständigen Garde-Raketenbrigade der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutsch-

land ein, welche aus ihren DDR-Operationsbasen Warenshof und Wokuhl-Dabelow abgezogen worden waren.

Durch den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme vom 8. Dezember 1987 erfolgte bis zum 1. Juni 1991 die komplette Außerdienststellung der genannten Atomraketen. Jedoch beschuldigten sich Russland und die USA seit Anfang der 2000er Jahre gegenseitig des Vertragsbruchs. Washington machte beispielsweise geltend, dass Moskau verbotenerweise über ein mobiles taktisches Raketensystem namens 9K723 Iskander-M verfüge, das

auch die ballistische Kurzstreckenrakete 9M723 abfeuern könne. Diese Rakete vermag wahrscheinlich bis zu 500 Kilometer weit zu fliegen und Nuklearsprengköpfe vom Typ AA-86 und AA-92 zu tragen. Sie ersetzt die ältere Boden-Boden-Rakete vom Typ 9K79 Totschka, deren Reichweite nur bei maximal 120 Kilometern lag.

Das Iskander-System wurde ebenfalls im Königsberger Gebiet stationiert: Nachdem die russische Seite dies zunächst mehrfach dementiert hatte, präsentierte sie die Raketen schließlich im Mai 2018 der Presse. Als Grund für die

Verlagerung in die Exklave an der Ostsee nannte Moskau unter anderem die vorgehende Verlegung von vier NATO-Bataillonen in die drei baltischen Staaten und nach Polen. Jedenfalls wären die 9M723-Raketen der nach wie vor existierenden 152. Raketenbrigade in Insterburg in der Lage, Warschau, Berlin, Wilna, Riga und Kopenhagen zu erreichen.

Ziele von Riga bis Berlin möglich

Und dabei sind die Iskander-Raketen heute nicht einmal die einzigen Kernwaffenträger im Raum rund um Königsberg. Die 132. Gemischte Flieger-Division der russischen Marineluftwaffe, welche ebenfalls die Basis im früheren Insterburg nutzt, verfügt ihrerseits auch noch über das Antischiffsraketensystem P-800 Oniks mit Nukleargefechtscopf.

Darüber hinaus teilte das russische Verteidigungsministerium parallel zur Vorführung der 9K720 Iskander in Königsberg mit, man habe nun eine neuartige kleine Atomrakete mit dem Namen Ch-47M2 Kinschal getestet. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass diese inzwischen gleichermaßen in der Königsberger Region stationiert wurde. Bei der ballistischen Hyperschall-Luft-Boden-Rakete handelt es sich um einen Flugkörper, der zehnfache Schallgeschwindigkeit erreichen und angeblich bis zu 2000 Kilometer zurücklegen kann.

Das entsprechende unterirdische Lager für die Nuklearsprengköpfe all dieser Waffensysteme befindet sich vermutlich in Elchdorf [Kulikowo]. Satellitenfotos zeigen dort drei Bunkeranlagen, die zwischen 2002 und 2010 sowie dann nochmals zwischen 2016 und 2018 mit erheblichem Aufwand erweitert wurden. Von dort aus führen relativ kurze Wege zu den Stützpunkten sämtlicher russischer Militäreinheiten im Königsberger Gebiet, die Atomwaffen einsetzen könnten.

GISELA HARDER

Ehre, wem Ehre gebührt

Schleswig-Holsteiner Landesvorsitzender überreicht Treuemedaillen und Urkunde

Wie bereits berichtet war es dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Landesgruppe Schleswig – Holstein (SH) Edmund Ferner ein besonderes Anliegen, die Vorsitzenden der Ortsgruppen (OG) und den Landesvorstand durch Überreichen einer Urkunde auf der Vorstandssitzung am 5. Juni mit dem Wortlaut „Die Landsmannschaft Ostpreußen spricht -Frau/Herrn ...-für Treue und Bekenntnis zur ostpreußischen Heimat Dank und Anerkennung aus“ und einer Medaille mit Ostpreußenadler für ihre Arbeit in den OG und ihren Einsatz für Ostpreußen zu würdigen.

Gisela Harder ist die Landesvorsitzende der Frauen für Ostpreußen von Hamburg und Schleswig-Holstein und somit Mitglied in beiden Landesvorständen. In der Laudatio brachte Peter Gerigk (am 21. Juni verstorben) zum Ausdruck, dass sie eine große Ostpreußin ist, in deren Herzen die Werte, die Tradition, das Brauchtum und die Geschichte Ostpreußens tief verwurzelt sind. Sie ist Trägerin des Ehrenzeichens in Silber des Bundesverbandes der Ostpreußen und sie ist Trägerin des Ehrenzeichens in Gold. In Ihrer Heimat Ostpreußen war sie und ihre Familie mit der Pferdezucht eng verbunden. Das hat sie nach der Flucht mit ihrem Mann fortgesetzt und am Moorfleeter

Deich auf dem Harderhof wertvolle Pferde gezüchtet. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein Trakenerhengst konnte für eine Million Euro in die USA verkauft werden. Für ihre Heimat Ostpreußen setzt sich Harder auch heute noch aktiv ein. Fast jährlich ist sie mit ihrem Mann nach Mohrungen, ihrem Heimatkreis, gefahren und hat viele Hilfsgüter für die dortige Bevölkerung mitgenommen und wertvolle Exponate – zum Beispiel für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg – gesammelt.

Die drei großen Ostpreußen des 18. Jahrhunderts, die ihr besonders ans Herz gewachsen sind, sind Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder und Johann Georg Hamann.

Im Kreis Mohrungen, den sie als Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft Mohrungen betreut, diente Immanuel Kant (1724-1804) von 1750-54 in Groß Arnsdorf [Jarnoltowo] als Hauslehrer der Kinder von Major von Hülsen. Hier wurde zur Erinnerung und zum 300. Geburtstags-Jubiläum 2024 ein Erinnerungskant-Platz errichtet. Durch Harder wurde dazu eine Gedenktafel an den Glockenturm angebracht und eine geschichtliche Ausstellung in polnisch und deutsch erstellt. Aber das ist noch nicht alles, auch hat sie drei Kant-Apfelbäume zum Jubiläum

um gepflanzt. Leider konnte wegen Corona der Immanuel-Kant-Platz bis heute noch nicht offiziell eröffnet werden.

Johann Gottfried Herder ist in Mohrungen am 25. August 1744 geboren und 1803 in Weimar gestorben. Im Dohna Schloss ist ein Herder-Museum untergebracht, das Gisela Harder mit ihrem Mann in jedem Jahr zu seiner Geburtstagsfeier besuchen. Dort pflanzte Harder eine Herderrose, einen Ableger aus seinem Garten in Weimar. Weiterhin betreut sie seit 30 Jahren in Mohrungen die Deutsche Minderheit, den „Herder Verein“.

Eine große Ehre ist es für Gisela Harder, dass die Stadt Mohrungen sie für ihre guten Beziehungen zur polnischen Bevölkerung und ihren Einsatz für die großen deutschen Dichter und Denker zur Ehrenbürgerin ernannt hat.

Hier in der Bundesrepublik Deutschland ist sie unter anderem Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Bergedorf. Jährlich verkaufte sie auf dem Weihnachtsmarkt des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg „Thorner Kathrinchen“ und ostpreußische Kuchen. Den Erlös spendete sie für gemeinnützige Zwecke. Ein weiteres Zeichen, das für die große Hingabe von Harder, insbesondere zum Brauchtum und zur Kultur Ostpreußens symptomatisch ist.



Gisela Harder Foto: Hans-A. Eckloff

In Harders Dankesrede anlässlich der aktuellen Auszeichnung mit der Treuemedaillen und Urkunde sagte sie: „Für mich als ostpreußische Landesfrau ist die Ostpreußenarbeit eine Herzensangelegenheit, die ich bis an mein Lebensende weiterführen möchte.“

Wie könnten wir unsere geliebte Heimat je vergessen, müssen nach wie vor das Ziel verfolgen, Ostpreußen im Kontakt unserer Kultur zu bewahren, unabhängig von heutigen Grenzen dafür

einzutreten, dass auch künftige Generationen wissen, dass hinter Oder und Neiße Regionen liegen, zu denen wir eine ganz besondere Bindung haben.“

Zu guter Letzt: Gisela Harder war von 1951 bis 1964 in den Vereinigten Staaten zunächst als Austauschschülerin, ist dann aber gleich für 13 Jahre dort geblieben und hat sich danach in der Bundesrepublik Deutschland sehr für die Amerikaner eingesetzt. Ein Schreiben aus dem Weißen Haus vom 22. April unterzeichnet vom USA-Präsidenten Joseph R. Biden, versehen mit einem Bonus, holte Harder nach 56 Jahren ein, den sie uns zur Kenntnis brachte und eine Spende an die LO Landesverband SH überreichte.

Der Brief in einer freien Übersetzung: „Mein amerikanischer Landsmann, am 11. März 2021 habe ich den American Rescue Plan unterzeichnet, ein Gesetz, das helfen wird, Amerika zu impfen und Hunderten von Millionen Amerikanern, einschließlich Ihnen, sofortige wirtschaftliche Hilfe zu leisten.“ (My fellow American, On March 11, 2021, I signed into law the American Rescue Plan, a law that will help vaccinate America and deliver immediate economic relief to hundreds of millions of Americans, including you.)

Was für eine großartige Frau und Ostpreußin!
Hans-Albert Eckloff

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Jüngste Geschichte einer facettenreichen Region

Das Deutsche Polen-Institut widmet sein diesjähriges Jahrbuch der Volksabstimmung 1921 in Oberschlesien

VON KARLHEINZ LAU

Das Thema des diesjährigen Jahrbuches ist bedeutsam für die gemeinsame Geschichte, es thematisiert unterschiedliche Reaktionen in Deutschland und Polen. 1921, also vor hundert Jahren, stimmten in Oberschlesien die Menschen über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen ab. 59,4 Prozent waren für einen Verbleib bei Deutschland, 40,4 Prozent für eine Zugehörigkeit zu Polen. Begleitet wurde diese Abstimmung durch blutige Auseinandersetzungen, ein Höhepunkt war die Schlacht am St. Annaberg im Mai 1921. Die Sieger des Ersten Weltkrieges missachteten das Ergebnis der Abstimmung, sie teilten Oberschlesien in einen deutschen und einen polnischen Teil. In diesem lag das Herz der Schwerindustrie und des Bergbaus. Das war ein klarer Bruch des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das die Alliierten selbst zur Maxime ihrer Politik erklärten; offensichtlich galt dies nicht für die Unterlegenen.

Authentische Schilderungen

Nicht die Erinnerung an diese Ereignisse, die in Polen überwiegend als Erfolg verbucht werden, war die Begründung für das Thema dieses Jahrbuches, sondern das heutige Oberschlesien als eine in den polnischen Staat voll integrierte, aber schwierige, facettenreiche Region. Über 23 vorwiegend polnische Autorinnen und Autoren zeichnen aus eigener Erfahrung und Erinnerung sehr authentische Bilder von der Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Bevölkerung Oberschlesiens. Es sind vorwiegend Historiker, Geografen, Pädagogen, Soziologen und Journalisten, in Deutschland in der Regel nicht bekannt, mit Ausnahme von Bernard Gaida, dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Sein Beitrag umfasst bescheidene sechs Seiten, ist allerdings für uns Deutsche von besonderem Interesse, weil sich Gaida als Anwalt deutscher Oberschlesier sieht. Diese wurden vor und nach der politischen Wende zu Zehntausenden nach Deutschland ausgewiesen oder sind ausgewandert. Die Frage nach einer Rückkehr von Teilen dieser Menschen sieht er eher skeptisch angesichts der politischen Strategien der gegenwärtigen polnischen Regierung. Die-



Empfangskomitee: Am 5. Mai 1920 rief Kurt Urbanek öffentlich zur Bildung eines Deutschen Plebiszitkommissariats auf. Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission leitete der Franzose Henri Le Rond. Seine Stellvertreter waren der Italiener Alberto De Marinis und der Brite Harold Percival, später abgelöst von Harold A. Stuart
Foto: akg images

ser Beitrag wird mit Sicherheit zu Diskussionen führen, zumal im Anhang die Stimmen einiger junger Deutscher zu Wort kommen, deren Eltern aus Oberschlesien ausgesiedelt wurden. Auch die Porträts von Oberschlesiern in Deutschland zeigen durchaus unterschiedliche Einstellungen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Aussagen und Einschätzungen weiterer Autoren zu Sprachproblemen, zur eindeutigen Kennzeichnung – Pole oder Oberschlesier oder Deutscher –, weil Sprache zur Identifizierung mit der Region, dem Land und der Nation führen kann. Da bietet Oberschlesien ein buntes Bild, man spricht vom Schmelztiegel oder einer multikulturellen Gesellschaft.

Um diese Entwicklungen zu verstehen, ist der Rückgriff auf die Geschichte notwendig. Einige Autoren thematisieren diesen Gesichtspunkt. Der Bogen spannt sich von den Zeiten der Teilungen ab 1772 über das Wiedererstehen eines souveränen Staates mit den bekannten Ausein-

dersetzungen um Oberschlesien, den tiefen Einschnitt durch die nationalsozialistische Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsordnung eines geteilten Europas bis zur politischen Wende 1989. Es waren Zeiten extrem starker Polarisierungen zwischen Deutschen und Polen, in denen gerade die Sprecher der deutschen Heimatvertriebenen zu Hassfiguren wurden.

Blick nach Warschau

Im 20. Jahrhundert entstand die bis heute aktive schlesische Autonomie-Bewegung mit Forderungen nach größerer politischer Unabhängigkeit; es wird spannend sein, wie sich diese Bewegungen in Zukunft entwickeln. Nach Meinung einzelner Autoren ist dies eine Kritik an der Zentrale in Warschau, die auch in anderen Teilen Polens zu beobachten ist. Ein Punkt wird immer wieder deutlich: Reismöglichkeiten von und in die Bundesre-

publik Deutschland sind von existenzieller Bedeutung für den Oberschlesier.

Die Geschichtsdarstellungen vermitteln die polnische Sichtweise mit häufig unterschiedlichen Interpretationen, etwa in der Einschätzung der führenden politischen Parteien. Eine überlebenswichtige Aufgabe für den wiedererstandenen polnischen Staat nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Zusammenführung des russischen, österreichischen und preußischen Teilungsgebietes. Die Sprachprobleme in der Region während der Zwischenkriegszeit, während der NS-Herrschaft, nach 1945 und in der Gegenwart werden beleuchtet, ebenso das ambivalente Verhältnis zu den polnischen Juden, die polnische Sicht der Kämpfe um Oberschlesien mit Interpretation von damals aktuellen Plakaten. Die Schrecken der nationalsozialistischen Terrorherrschaft bestimmen bis heute das Bewusstsein der meisten Polen aller Generationen. Die Instrumentalisierung der deutschen Gefahr wird ge-

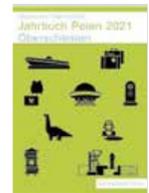
rade von der jetzigen Regierung eingesetzt. Es ist insgesamt ein vielschichtiges Bild von Oberschlesien in der Gegenwart, von der Identität seiner Menschen, seinem Verhältnis zum Zentralstaat der PIS-Regierung und zu den Kontakten mit dem vereinigten Deutschland.

Rolle der Vertriebenen fehlt

Erstaunlich ist für einen deutschen Rezensenten, dass bis auf geringe Ausnahmen die Rolle der deutschen Heimatvertriebenen als Brückenbauer – nicht nur nach Oberschlesien – nicht erwähnt wird. Sie sind und waren bereits vor der Wende die Bevölkerungsgruppe in Deutschland mit den engsten Kontakten nach Polen. Offensichtlich herrscht bei polnischen Eliten nach wie vor ein rückwärtsgewandtes Bild von diesen „Revanchisten“. Hier wird eine Information im gerade eröffneten Dokumentationszentrum „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin empfohlen. Einleitend wird von Kenntnisdefiziten der Deutschen über Polen gesprochen, das ist im Prinzip nicht verkehrt. Deshalb tragen alle Beiträge dazu bei, den Blick zum östlichen Nachbarn zu schärfen; hieraus ergibt sich der pädagogische Impetus, alle Möglichkeiten einer Darstellung auszuschöpfen. Das geschieht aber nicht.

Es ist bei einem so vielschichtigen Thema wie Oberschlesien unfassbar, dass die Darstellungen nicht durch thematische Karten ergänzt werden. Diese Lücke erschwert das Verstehen der geschichtlichen und geografischen Darstellungen und wird auch durch eindrucksvolle Fotos nicht ersetzt.

Einer der Autoren arbeitet am „Deutsch-Polnischen Geschichtsbuch“ mit, er hätte das wissen müssen. Das ist zu bedauern, zumal die polnische Seite dem Jahrbuch offensichtlich hohe Bedeutung zumisst. Am 24. Juni veranstaltete das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt eine Online-Diskussion zum Thema Oberschlesien.



Deutsches Polen-Institut (Hg.): „Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien“, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2021, gebunden, 294 Seiten, 15 Euro

VDG

„Die Pflege der Kultur ist die Güte“

Wallfahrt der Deutschen Minderheit nach Wartha

Am Sonntag, 11. Juli, fand in Wartha eine weitere Wallfahrt der Deutschen Minderheit statt. Aus verschiedenen Ecken Schlesiens sind Gruppen der Deutschen Minderheit gekommen, um gemeinsam in der Marienbasilika zu beten.

In der Predigt, die vom Bischofsvikar Pfarrer Piotr Tarlinski gehalten wurde, wurde unter anderem die Rolle betont, die die deutsche Gemeinschaft in der Republik Polen – trotz Schwierigkeiten – als Kulturträger spielt: „Es ist notwendig, dass wir ... unermüdetlich mit unserem guten Beispiel, in unserem edlen Engagement, unserer brüderlichen, schwesterlichen Haltung bleiben.“ „Denn eine gepflegte Kultur, auch wenn sie in einer anderen Sprache klingt und etwas andere Wurzeln, Räume und Traditionen hat, ist immer die Güte. Kultur ist in jeder Nation

ein gutes Ereignis, wenn es Abkehr von der Kultur gibt, dann wird das Böse geboren. Deshalb ist die deutsche Kultur, die Kultur, die wir tagtäglich leben und die wir mühsam zu pflegen und zu vermitteln versuchen, eine gute und freundliche Tätigkeit, die universelle Übereinstimmung und Einheit aufbaut ... Wir arbeiten nicht nur für uns selbst, sondern dienen und arbeiten für alle.“

Sich auf den 30. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages beziehend, sprach auch in diesem Sinne der Vorsitzende des VdG, Bernard Gaida:

„Die Gemeinschaft der Deutschen ... wurde in diesem Vertrag anerkannt ... Also die Freiheit wurde uns zurückgegeben; die Freiheit, sich selbst zu entfalten, die Sprache unserer Vorfahren zu sprechen, die Tradition zu pflegen; eigene, und nicht

„Die Freiheit wurde uns zurückgegeben ... die Sprache unserer Vorfahren zu sprechen ... eigene, und nicht aufgezwungene historische Erinnerungen zu haben“

Bernard Gaida
Vorsitzender des VdG

aufgezwungene historische Erinnerung zu haben. Wir wollen uns heute für diesen langen Weg bedanken. Wir haben es gesungen: Großer Gott, wir loben dich

Und um Früchte der Aussöhnung und der Freiheit bitten, die zur Folge haben können, dass alles das verschwindet, was uns noch immer spaltet. „Und weiter sprach er: „Wir, Deutsche in der Republik Polen, wir sind Schlesier, Pomeraner, Ermländer und müssen die uns gegebene Freiheit aber auch nutzen wollen, um sich selbst im deutschen Bewusstsein zu erneuern. Als Deutsche zu leben. In diesem Geist die Kinder in der Schule unterrichten zu lassen und erziehen, in deutscher Sprache frei zu sprechen und zu beten und darauf auch stolz zu sein. Wir wollen diese Heimat so erneuern, um Einheit, aber in der Vielfalt zu bitten.“

Die Messe gestaltete musikalisch das Bläserquintett BSA Brass. Auf der Orgel spielte Hubert Prochota.

Wir bedanken uns für die zahlreiche Teilnahme und freuen wir uns schon auf die nächste Pilgerfahrt nach Albendorf am 8. August. *Bogna Pieter/VdG*

● Der VdG ist eine Repräsentation der Deutschen in der Republik Polen in politischen Kontakten, erster Gesprächspartner für die deutsche und polnische Regierung und betreibt intensive Kultur-, Medien- und Bildungsarbeit.

Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), ul. Juliusza Słowackiego 10, 45-364 Opole, Telefon (+48 77) 4547878, E-Mail: biuro@vdg.pl, Internet: <https://vdg.pl/de>.

HINTERPOMMERN

Im Stettiner Haff – Wollin auf Wollin

Der „Doktor Pomeranus“ kam von der geschichtsträchtigen Stadt auf der kleinen Ostseeinsel

VON ERWIN ROSENTHAL

Jumne - Jomsburg - Vineta - Wollin? Die Stadt Wollin [Wolin] ist auf einem sehr geschichtsträchtigen Terrain erbaut worden. Wollin, die kleine Landstadt auf der Ostseeinsel gleichen Namens, hatte im Jahre 1939 – ebenso wie heute – etwa 5000 Einwohner. Der Besucher sollte dennoch einen ganzen Tag für die Stadt an der Dievenow einplanen, denn sie hat allerlei zu bieten.

Das Stadtzentrum macht einen eher behäbigen Eindruck. Am Markt befinden sich das Rathaus und die Post, die im Gebäude der früheren Stadtparkasse untergebracht wurde. In einem Nebengebäude des ehemaligen Realgymnasiums hat das Heimatmuseum seinen Platz gefunden. Auf dem Markt verkaufen Bauern ihre Produkte, ein Bäcker bietet in einer Nebenstraße appetitlichen Kuchen und andere Backwaren an. Am nahen Bollwerk genießen Segler an Deck ihrer kleinen Yachten die Sonne. Erst nach dem nächsten Brückenzug können sie ihren Törn zum Camminer Bodden und zur Ostsee fortsetzen. Bereits im Jahre 1124 hatte es an dieser Stelle eine hölzerne Brücke gegeben. Angler warten geduldig auf den „Biss“, während ein Fischer Plötzen und Barsche aus seinem Netz pult. Den Bahnhof und die Eisenbahnbrücke über die Dievenow passieren in schneller Fahrt und ohne Halt Züge der Linie Swinemünde-Stettin. Die zweite der drei Dievenow-Brücken ist der Europastraße 65 vorbehalten, die über 3800 Kilometer von Schweden bis nach Griechenland führt. Sie tangiert lediglich die Stadt, kaum ein Autofahrer drosselt hier das Tempo.

Am Rathaus prangt eine Gedenktafel. Ihre Inschrift – frei übersetzt – lautet: „Zum Gedenken an den Anschluss Westpommerns an Polen vor 1000 Jahren, 967–1967, gestiftet von den Einwohnern Wolins. Wolin, den 21.09.1967“. Der Text verweist auf den Feldzug des polnischen Herzog Mieszko I. nach Pommern. Allerdings konnte Mieszko das slawisch-wikingsche Handelszentrum Jumne mit der Jomsborg offensichtlich nicht einnehmen. In dem sehenswerten polnischen Film „Es

war einmal Pommern – Było sobie Pomorze“ berief sich der Bürgermeister der Stadt Wollin ebenfalls auf Mieszko.

Die deutsche Geschichte der Stadt wurde lange Zeit verdrängt, Wollin als urpolnische Stadt ausgegeben. Um zu verhindern, dass die Stadt völlig geschichtslos war, wandte man sich dem Mittelalter zu. Seit Jahrzehnten wird in Wollin jährlich das Festival der Wikinger und Slawen gefeiert, das zu den wichtigsten historisch-archäologischen Veranstaltungen in ganz Mitteleuropa gezählt wird.

Stadt Johannes Bugenhagens

Vis-à-vis vom Rathaus reckt die Nikolaikirche ihren Turm in die Höhe. Das Gotteshaus, ein spätgotischer, im Verlaufe der Zeit stark veränderter Backsteinbau, war bereits im 13. Jahrhundert erbaut worden, während der barocke Westturm aus dem Jahre 1705 stammt. Die Kirche wurde, ebenso wie die ganze Stadt, im Jahre 1945 erheblich beschädigt und in den 1990er Jahren auch mit deutscher Hilfe wieder aufgebaut. In der Nähe der Nikolaikirche erinnert eine hölzerne Tafel an den wohl bekanntesten Sohn der Stadt, den pommerischen Reformator und Beichtvater Luthers, Johannes Bugenhagen (1485–1558), auch Doktor Pomeranus genannt. Bugenhagen hatte die erste evangelische Kirchenordnung für Pommern, Lübeck, Braunschweig, Hamburg, Wittenberg und Dänemark verfasst. Durch seine Heirat mit Walpurga brach der Reformator vor Luther das Zölibatsgebot der katholischen Kirche.

Die St. Georgskirche und das Gotteshaus der Altlutheraner, die Martinskirche, hat man nach dem Kriege abgetragen, die frühere Synagoge in der ehemaligen Wallstraße dient heute als Wohnhaus. Die Sankt-Adalberts-Kirche (später als St. Georg geweiht) erbaute man nach der Christianisierung der Stadt durch Otto von Bamberg auf jenem Platz, auf dem sich der slawische Tempel mit der Statue des dreiköpfigen Triglav, die Festhalle für religiöse Feiern und der Wohnsitz der Priester befanden. 1140 bestimmte der Papst die Kirche des heiligen Albert zum Sitz des neuen, unter dem Schutz Roms stehenden Bistums.

An mehreren Stellen sind in der Stadt die Spuren von Grabungen zu entdecken. Gegen Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten Archäologen und Historiker, darunter der damalige Direktor des Pommerischen Landesmuseums in Stettin, Otto Kunkel und Karl August Wilde, hier mit ausgedehnten Grabungen begonnen. Aus den Funden schloss man auf eine für das Mittelalter sehr große Ansiedlung, in der etwa 8000 Menschen lebten. Kunkel und Wilde waren schließlich

Iseln, der Plage-Insel, befindet sich die „Slawen- und Wikingersiedlung Wollin“. Der Weg zu diesem sehenswerten archäologischen Freilichtmuseum, das der Blütezeit Jumnes/Julins gewidmet ist, führt über die dritte Brücke, die Stadtbrücke, zunächst aufs hinterpommersche Festland nach Hagen und von dort aus über eine weitere kleine Brücke zur „Plage“. „Jomsborg-Wineta-Wolin“ steht über dem Haupttort zum Museumsdorf, das aus 27 stielecht eingerichteten Hütten, vier To-

Sagenwelt finden sich Aussagen über die Ansiedlung an der Odermündung. Allerdings lieferten die Genannten nur eine vage Ortsbestimmung für die von den Wikingern gegründete Handelsmetropole.

Silberschatz und Goldscheibe

Südlich der Stadt befindet sich der Galgenberg. Auf diesem Berg, der heute als archäologisches Reservat gilt, befand sich einst die Begräbnisstätte der frühmittelalterlichen Stadt. Vierunddreißig der dreiundneunzig um 1900 vorgefundenen Hügelgräber, die zwischen der Bronzezeit und der Slawenzeit angelegt wurden, sind bis heute erhalten geblieben. Ihr Durchmesser beträgt fünf bis 20 Meter. Die intensivste und ergebnisreichste Erkundung der Nekropole auf dem Galgenberg und auf dem nördlich der Stadt gelegenen Silberberg hatte im Jahre 1897 der Konservator des Museums der Gesellschaft für pommerische Geschichte und Altertumskunde in Stettin, Adolf Stubenrauch, vorgenommen. Noch im Jahre 2004 wurde auf dem Hügel ein etwa 2000 Jahre altes germanisches Grab entdeckt.

Im Jahre 2018 erregte der „Silberschatz von Schaprade“ Aufsehen. Er enthielt auch 100 Silbermünzen als Prägungen des dänischen Königs Harald Blauzahn, der im Jahre 950 die Jomsborg gegründet haben soll und dort 985 oder 986 starb. Viel beachtet wurde auch eine 2014 der Öffentlichkeit vorgestellte Goldscheibe, auf der in lateinischer Sprache der König Blauzahn erwähnt wird. Sie wurde zwischen 960 und 1125 hergestellt und gehört zu einem Wikingerschatz, der im Jahr 1841 bei Umbauarbeiten in der Kirche des hinterpommerschen Dorfes Groß Weckow, wenige Kilometer östlich von Wollin gelegen, entdeckt wurde.

Im Norden Wollins befindet sich der nur 13 Meter hohe Silberberg. Den auf dem Berg vergrabenen Schatz könne nur heben, heißt es in der Sage, wer um Mitternacht schweigend ein schwarzes Huhn, einen schwarzen Bock und eine schwarze Katze opfert. Offensichtlich haben hier bisher nur Tierfreunde oder Plaudertaschen nach dem Schatz gesucht, denn niemand hat ihn bisher entdeckt.



Wollin an der Dievenow, abseits des Hauptverkehrs gelegen: Das beschauliche Städtchen hat historisch allerei zu bieten
Foto: Erwin Rosenthal

überzeugt, eine archäologische Bestätigung für die These geliefert zu haben, dass Wollin auf den Trümmern jener Stadt aufgebaut worden war, die den Hintergrund der Vineta-Sage bildete. Der Greifswalder Historiker Adolf Hofmeister hatte im Jahre 1931 die heute in der pommerischen Historiografie allgemein akzeptierte These formuliert, dass Vineta, Jumne, Julin und Jomsborg mit der Frühstadt, die sich an der Stelle des heutigen Wollin befand, identisch sei. Martin Wehrmann, der Altmeister der Geschichte Pommerns, teilte diese Überzeugung.

Östlich der Stadt teilt sich die behäbig dahinfließende Dievenow in drei Arme, die zwei Inseln einschließen. Auf einer dieser

Iseln, einem Wall mit Palisaden und einem Hafen mit Kai besteht. Im Dorf führen Mitarbeiter des Museumsdorfes und Mitglieder des Museumsvereins handwerkliche Arbeiten vor, wie sie zur Zeit der Wikinger üblich gewesen sein könnten. Frauen und Mädchen, gekleidet in historischen Trachten, spinnen, weben oder bereiten Essen zu. Experimentelle Archäologie heißt diese Art der Forschung und Vermittlung des Lebens im Frühmittelalter.

Historiker des Mittelalters, etwa Adam von Bremen, Saxo Grammaticus und Helmold von Bosau, haben jene Stadt beschrieben, der hier ein Denkmal gesetzt wird. Für Adam war sie gar die größte Stadt Europas. Auch in der isländischen

POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Sidonia eine Stimme geben

Kabinettsausstellung: Originalgerichtsakten der vermeintlichen Hexe Sidonia von Borcke, deren Schicksal bis heute berührt

400 Jahre nach der Hinrichtung der pommerischen Adligen Sidonia von Borcke werden ihre Gerichtsakten aus dem Bestand des Landesarchivs Greifswald erstmalig im Pommerischen Landesmuseum präsentiert, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Einzigartiges Geschichtszeugnis

Die drei Aktenbände aus der Zeit von 1605 bis 1620 bestehen aus über 1000 Seiten an Protokollen, Briefen und Notizen. Sie bieten vielfältige Einsichten in die Arbeitsweise pommerischer Gerichte. Aus Anlass des 400. Todestages Sidonias wurden die Akten über mehrere Monate aufwendig restauriert und werden jetzt erstmalig im Pommerischen Landesmuseum präsentiert. Der Aufbewahrungsort der Manus-kripte ist das Landesarchiv Greifswald. Dort werden sie aus konservatorischen Gründen künftig nicht im Lesesaal einsehbar sein – dafür aber ist es geplant, das Digitalisat über die Digitale

Bibliothek Mecklenburg-Vorpommern für alle, die sich für diese Geschichte interessieren, zugänglich zu machen.

Einblicke in das Schicksal der vermeintlichen Hexe – Diese Geschichte ist traurig, denn als angeklagte Hexe musste Sidonia von Borcke viele Grausamkeiten über sich ergehen lassen. Ihre Prozessakten mit der eigenhändigen Unterschrift geben viele detaillierte Einblicke in ihr Leben und in die Umstände ihres Todes. Neben Gerichtsakten zu ihren Zivilklagen im Staatsarchiv Stettin (Archiwum Państwowe w Szczecinie) ist dies das einzige bis heute erhaltene Zeugnis, das eine Grundlage dafür darstellt, ihr wahres Schicksal besser verstehen zu können. Besonders relevant wird dies angesichts der vielen Legenden über Sidonia, die bis heute im Umlauf sind.

Ein deutsch-polnisches Projekt

Mit dem Ziel, Sidonia eine Stimme jenseits der Legenden zu geben, startete vor einem Jahr in Deutschland und in Polen

ein interdisziplinäres Projekt mit dem Namen „Die Akte Sidonia“/ „Akta Sydonii“. Zu den Ergebnissen gehören unter anderem Hörbeiträge, in denen die vielen Widersprüche rund um die Geschichte Sidonias zum Ausdruck kommen. Etwa 40 Minuten lang wechseln Monologe, Fragmente der Akten und Expertengespräche, abgerundet durch eine atmosphärische Klangcollage. Während dieser „Neuuntersuchung“ des Falls nähern sich zwei Schauspielerinnen (Katja Klemt und Ola Ślusarczyk) in ihren „Kriminalpodcasts“ der historischen Person Sidonia von Borcke und der Sagengestalt.

Bereits im März erschien der erste Hörbeitrag der Serie in deutscher und polnischer Sprache: Begleitend zur Ausstellung ist nun die zweite Folge erschienen. Zu finden sind die Hörbeiträge unter www.S1620.eu, auf dem YouTube-Kanal des Pommerischen Landesmuseums sowie auf Soundcloud unter „Die Akte Sidonia“ auf Deutsch und unter „Akta Sydonii“ auf Polnisch.

Das Ziel der Maßnahmen ist es, Sidonias Schicksal quellenbasiert wiederzugeben, die Aussagen von Expertinnen und Experten bekannter zu machen sowie die faszinierende Geschichte der Region mit dem hier weitgehend noch unerforschten dunklen Kapitel der Hexenverfolgung aufzugreifen. Für das alles steht die Geschichte Sidonias von Borcke. Unterstützt wurde dieses Vorhaben durch die Europäische Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Fonds für kleine Projekte Interreg V A Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Polen in der Euroregion Pomerania).

Aussterben des Greifenhauses

Nach dem Aussterben des pommerischen Greifengeschlechts verbreitete sich die Legende, die Ursache dafür liege in einem Fluch, mit dem Sidonia von Borcke die pommerischen Herzöge belegt habe.

Tatsächlich fand die Verhaftung Sidonias auf der Grundlage eines Haftbefehls

mit 14 Anklagepunkten statt – darunter dem Vorwurf, den Prinzen Philipp verzaubert zu haben. Der Glaube an Hexerei war in der Zeit in allen Gesellschaftsschichten verbreitet. Sogar die letzte pommerische Prinzessin, Anna von Croy, deren Todestag am 7. Juli alle zehn Jahre mit einem Croy-Fest begangen wird, war in Stolp in einen Hexenprozess involviert.

● Informationen zum Museumsbesuch Pommerisches Landesmuseum Rakower Straße 9 17489 Greifswald www.pommersches-landesmuseum.de Di–So 10–18 Uhr Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch über die jeweils geltenden Bedingungen! Hörbeiträge: www.S1620.eu

Die Ausstellung kann bis zum 1. August 2021 angesehen werden.

„Jedes Jahr wird aufs Neue weiter verschwendet“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Hier geht die größte brutale Austreibung des 20. Jahrhunderts in einer allgemeinen Vertriebenendokumentation unter. Zudem wurde diese einmalige Tragödie räumlich nachteilig platziert“

Rudi Helwing, Leipzig
zu: Am Ende eines langen Weges



Ausgabe Nr. 25

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UND DEUTSCHLAND SCHWEIGT
ZU: DIE „FEUERNACHT“
POLARISIERT AUCH NOCH SECHS
JAHRZEHNTE SPÄTER (NR. 27)

Vielen Dank für diesen ausführlichen Bericht über die Feuernacht in Südtirol! Ich habe selbst Südtiroler Wurzeln und freue mich immer über Artikel über die alte Heimat. Es ist so eminent wichtig festzuhalten, dass die Freiheitskämpfer des Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) keine Terroristen waren, sondern mutige Patrioten, denen im Kampf gegen eine ultranationalistische, fremdnationale Regierung kein anderer Weg blieb als dieser.

Und sogar in dieser unsagbaren Notlage versuchte der BAS bei seinen Aktionen, Menschenleben nicht zu gefährden. Ganz im Gegensatz zu der italienischen Regierung, die wie ein blindwütiges Tier über die Freiheitskämpfer herfiel. Ich bin tief enttäuscht, dass die deutsche Regierung nichts für die Begnadigung der Freiheitskämpfer unternimmt. Noch immer dürfen sie nicht in ihre Heimat.

Deutschland ist oft zur Stelle, wenn irgendwo auf der Welt anscheinend was zu richten ist, man denke nur an den sinnfreien, desaströsen Afghanistan-Einsatz. Geht es um Anliegen der deutschen Kulturturn, verharrt die Bundesrepublik in untätigem Schweigen. Was für ein Staat!

Alexander Müller, Markt Schwaben

KEINE WORTE DES BEDAUERNS
ZU: AM ENDE EINES LANGES WEGES (NR. 25)

Die Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin ist ein wichtiges, jedoch schon längst fälliges Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte, das hauptsächlich der Beharrlichkeit von Erika Steinbach trotz massiver Widerstände aus Polen und Tschechien zu verdanken ist.

Polen und Tschechien vermuteten, dass in diesem Zentrum die Flucht und die Vertreibung einseitig dargestellt werden. Diese Vermutung war jedoch voll-

kommen unbegründet. Es gibt keinen zweiten Staat in der Welt, der sich so oft und so eindeutig zur eigenen Schuld bekannt hat wie Deutschland.

Der Grund der Widerstände liegt tiefer. Polen, die Tschechoslowakei sowie auch Ungarn und Jugoslawien haben die Vertreibung auf der Grundlage einer juristisch nichtigen kollektiven Schuld vorgenommen. Es gibt jedoch nur eine nachzuweisende Einzelschuld, die dann auch einzeln betrafft werden muss, wie in Nürnberg geschehen.

Da eine angenommene Kollektivschuld 1945 bis 1947 mit der Vertreibung auch kollektiv bestraft wurde, ist die Vertreibung ein Verbrechen gewesen. Dies ist auszusprechen, auch wenn dann die Folgen der Vertreibung, der Verlust der Heimat, der immense Verlust von Boden und Immobilien, heute nicht mehr zu ändern ist. Von menschlichen Schicksalen nicht zu sprechen.

Auf diese Tatsache hinweisend, sollten jedoch die genannten Staaten bald mindestens Worte des Bedauerns aussprechen. Wie es Ungarn vor einigen Jahren schon gemacht und sogar auch einen Gedenktag der Vertreibung eingeführt hat. Solange die Worte des Bedauerns nicht ausgesprochen werden, wird kein Frieden unter den Betroffenen und ihren Nachfahren einkehren. 75 Jahre nach der Vertreibung kann dieser Akt schon erwartet werden.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

NUTZLOSER RECHNUNGSHOF
ZU: „RITTER OHNE SCHWERT“ (NR. 25)

Ich finde die einzelnen PAZ-Beiträge sehr informativ und gut recherchiert. Doch zu meinem heutigen Leserbrief reizte mich das „Thema der Woche“ über den Bundesrechnungshof.

Seit langen Jahren erfahren wir aus Rundfunk und Presse über Beiträge des Rechnungshofes von der Verschwendung von Steuergeldern. Auch ich konnte dies während meiner Dienstjahre oft genug in unterschiedlichster Art und Weise beob-

achten. Wenn es sich in den Beträgen auch nicht um die Größenordnung wie Flughafen, Bahnhof oder Mautgebühren handelte, so ist das Resultat der Verschwendung auch in scheinbar niederen Bereichen nicht unerheblich.

Was mich allerdings noch mehr erregt ist, dass aufgrund der Recherche des Rechnungshofes (eine anerkannte Institution) keinerlei Änderung beziehungsweise Abhilfe erfolgt. Jedes Jahr wird aufs Neue munter weiter verschwendet, ohne dass Konsequenzen erfolgen würden. Der normal Steuerpflichtige erfährt im Laufe seines Steuerlebens oft sehr empfindliche Belastungen, vor denen er sich nicht drücken kann, er wird ausgepresst, bis nichts mehr zu holen ist.

Je höher der Bildungs-, Berufs- und Vermögensstand ist, desto mehr Schlupflöcher sind im Angebot. Ist man darüber erstaunt? Aber nein, die Möglichkeiten sind hier halt sehr vielfältig geboten. Ich persönlich sehe die „Institution Rechnungshof“ auch als Steuerverschwendung, denn wie schon erwähnt: Was nutzt die Offenlegung der Verschwendung, wenn keinerlei Konsequenzen erfolgen?

Es haben nur wieder etliche Leute eine sichere Stelle, die ja auch so schlimme Dinge aufdecken, aber unterm Strich nutzlos sind, da die Verantwortlichen kaum beziehungsweise gar nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der Normalbürger weiß auch so, wie mit seinem Geld umgegangen wird, nur leider ist er machtlos.

Daran ändern auch nichts die vielen Wahlversprechen, denen wir ja in regelmäßigem Ritus ausgesetzt sind und deren Umsetzung auch wieder eine Menge Geld kosten, das an anderer Stelle sinnvoller zu nutzen wäre.

Ehrentraud Netolitzky

GRÜNE KOMÖDIANTENTRUPPE
ZU: ENDE EINES HYPES (NR. 24)

Auf dem Parteitag der Grünen wählten die Delegierten mit großer Mehrheit und herzlichem Applaus ihre Lügenbaronin Annalena Baerbock erneut zur Kanzlerkandidatin, ganz nach dem Motto: „Ist der

Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeübt.“ In der mitteldeutschen Provinz lässt man sich nicht so leicht für dumm verkaufen. Hier gilt noch die Weisheit: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, auch wenn er dann die Wahrheit spricht.“

Letzteres hatte diese Galionsfigur der Grünen aber gar nicht vor. In Aschersleben erhielten sie bei 29.870 Einwohnern 0,72 Prozent, in Staßfurt bei 29.750 Einwohnern 2,5 Prozent, in Bernburg bei 36.150 Einwohnern 4,8 Prozent. Sollte die CDU ernsthafte Sondierungsgespräche mit dieser Komödiantentruppe in Betracht ziehen, könnte sich ihr überraschender Vorsprung zur AfD rasch in Luft auflösen.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

GUTER STIL
ZU: PAZ

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist hervorragend auf allen Themen des Wissens. Es gibt nur noch wenige ähnliche Zeitungen. Entgegen dem verordneten Mainstream haben die Redakteure den Mut, die gewaltigen Probleme der Immigration, der „Energiewende“ und des Euro offen darzustellen. Mir gefällt auch die Recherche in Historie und täglicher Ereignisse sowie ihr guter Stil bezüglich deutscher Sprache und Orthographie.

Jürgen Mulhaupt, Kissing

BERICHTE AUS DER HEIMAT
ZU: WAHRHEIT MUSS ERFUNDEN WERDEN (NR. 17)

Ich freue mich jede Woche auf Ihre Zeitung. In keiner anderen Wochenzeitung kann ich Berichte aus der Heimat meines Vaters lesen und dazu noch Berichte über Künstler oder andere herausragende Persönlichkeiten.

Besonders gefallen hat mir der Beitrag über Arno Surminski, der ja auch in Wacken bei Itzehoe zu Hause ist. Schön wäre es, weiterhin Berichte über ihn zu lesen oder auch über Walter Kempowski und Günter Grass.

Dirk Reinsberg, Itzehoe

ANZEIGE

»Die offizielle Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg ist eine vorsätzliche Lüge.«

■ Die weithin für richtige gehaltene Ansicht, das Deutsche Reich trage den überwiegenden Teil der Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914, wird zunehmend infrage gestellt.

Die beiden britischen Historiker Gerry Docherty und Jim Macgregor richten den Fokus auf einen einflussreichen Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte: »Seit bald einem Jahrhundert wird erfolgreich vertuscht, wie alles begann und warum der Krieg unnötig und vorsätzlich über das Jahr 1915 hinaus verlängert wurde. Sorgfältig wurde die Geschichte verzerrt, um die Tatsache zu verschleiern, dass Großbritannien und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war.«

Eine geheime Elite wollte den Krieg



Verborgene Geschichte enthüllt, wer in Wahrheit für den Ersten Weltkrieg verantwortlich ist. Die

Das Buch zum Film

Gerry Docherty & Jim Macgregor:
Verborgene Geschichte
gebunden • 494 Seiten • zahlreiche
Abbildungen • Best.-Nr. 958 800

Historiker belegen, dass die Berichterstattung über die Kriegsgründe vorsätzlich verfälscht wurde, um eine geheime Elite sehr wohlhabender und einflussreicher Männer in London zu schützen. Zehn Jahre lang arbeiteten sie auf die Vernichtung Deutschlands hin.

Unser Bild von den damaligen Ereignissen wird von Unwahrheiten und Täuschungen geprägt, von einem ganzen Netz aus Lügen, das die Siegernationen 1919 in Versailles sorgfältig gestrickt haben und für dessen Fortbestand gefügige Historiker seitdem sorgen. Die offizielle Version der Kriegsgründe weist massive Fehler auf und wird verzerrt durch die Berge an Beweisen, die vernichtet wurden oder noch heute der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Darunter allein 375.000 Bände geheimer Kriegsunterlagen!

Diese aufwendige und spannende Dokumentation ist eine faszinierende Herausforderung. Gerry Docherty und Jim Macgregor bitten Sie nur um eines: Sehen Sie sich unvoreingenommen an, was sie an Fakten zusammengetragen haben ...

»Wir haben nicht den geringsten Zweifel, dass Deutschland unschuldig war.«



Verborgene Geschichte • 2 DVDs
Laufzeit ca. 158 Min. • Best.-Nr. 981 500 • 16,99 €

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Sonderausgabe
nur 9,99 € *
statt 24,95 €

Der Park des „kleinen Pückler“



Tor in eine einmalige Gartenwelt in der Oberlausitz – Der Rhododendronpark von Kromlau ist nach langer Sanierung wiedereröffnet worden

Beliebtes Fotomotiv: Die Rakotzbrücke am Rakotzsee im Rhododendronpark ist allerdings nicht begehbar

Foto: imago/imagebroker

VON MARTIN STOLZENAU

Der Landkreis Görlitz besitzt außer den Baudenkmälern in der Kreisstadt noch zahlreiche andere Sehenswürdigkeiten. Das reicht vom Landschaftspark in Bad Muskau über den inzwischen sanierten Schlosskomplex des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf in Berthelsdorf mit den benachbarten Anlagen der Herrnhuter Brüderunität bis zum Ort Kromlau, einem Ortsteil der Gemeinde Gablenz. Dieser Ort südöstlich von Cottbus in der Oberlausitz besitzt eine Attraktion: den größten Rhododendronpark in Deutschland.

Mitten im Park befindet sich der Rakotzsee mit der bogenförmigen Rakotzbrücke, die sich im Wasser spiegelt und dadurch einen perfekten Kreis bildet. Für Natur- und Fotofreunde ist das eine Traumkulisse. Dementsprechend war bisher der Zustrom der Besucher aus ganz Deutschland. Das war eine große Herausforderung für den kleinen Ort. Doch Rakotzsee und die im Volksmund „Teufels-

brücke“ genannte Rakotzbrücke wurden zuletzt saniert und waren lange Zeit wegen Verschönerungsarbeiten gesperrt. Deshalb machte sich bei Tagestouristen Enttäuschung breit: Die Tore waren zu.

Doch die Sanierung ist nun abgeschlossen. Park, See und Brücke erstrahlen in neuer Pracht. Mandy Klau von der Kromlauer Gemeindeverwaltung äußerte vor Medienvertretern ihre Freude über den erreichten Zustand und bat die Gäste um einen rücksichtsvollen Umgang, zumal die einzigartige Rakotzbrücke, die für das besondere Fotomotiv sorgt, aus baulichen Gründen nur bewundert und nicht betreten werden darf.

Die Geschichte des Ortes mit Traumkulisse begann als schlesische Exklave an der Grenze zwischen Ober- und Niederlausitz. Das einstige Gut „Krommlau“ kam als Lehngut des schlesischen Herzogtums Sagan im 16. Jahrhundert an die Brüder Philip und Barthel von Kracht.

Nach Verwüstung im Dreißigjährigen Krieg wechselten die Besitzer über Jahrhunderte häufig. Das reichte von Isaak von List 1670 über Balthasar von Tiefel

und Taltitz, Ludwig August von der Lochau, Joachim Heinrich von Berge und Johann August Thiele von Thielenfeld, der nach hoher Verschuldung das Gut an den Sorauer Kaufmann Sigismund August Petri verkaufte, bis zu Karl Gottfried von Rabenau und die aus Forst stammende Christiane Dorothea Goltsch, die das Gut in der Folge in die Gewinnzone führte.

Campingplatz zu DDR-Zeiten

Die rührige Gutsherrin machte sich um Kromlau verdient. Sie verbesserte den Zustand der Äcker, Wiesen und Teiche, sorgte für neue Wirtschaftsgebäude, realisierte die Separation zum Vorteil aller Beteiligten und verkaufte 1842 Kromlau mit beträchtlichem Gewinn an Friedrich Hermann Röttschke, der den Gutskomplex zu neuen Höhen führte. Er hatte wie seine Vorgängerin viel Ahnung von Landwirtschaft und entpuppte sich schnell auch als Natur- und Parkfreund, der den Fürsten Pückler und dessen benachbarten Park in Muskau bewunderte.

Röttschke gedieh zum „kleinen Pückler“, ließ analog zu seinem berühmten

Nachbarn auf rund 800 Morgen einen Landschaftspark errichten mit Teichen, Hügelaufschüttungen, Standbildern, Basaltgrotten, seltenen Gehölzen und einer Bogenbrücke, die bis heute mit ihrer Spiegelung im Wasser als Besuchermagnet gilt. Dazu kam der Ausbau des Kavaliershauses am Parkrand. Der rührige Gutsherr hatte eine Idylle geschaffen und suchte nach einer neuen Aufgabe.

Wie Pückler sein Muskau verkauft und in Branitz einen neuen Park geschaffen hatte, verkaufte auch Röttschke 1875 mit großem Gewinn sein Guts- und Parkjuwel Kromlau an Otto Busse und wechselte ins nahe Bärwalde, wo er einen weiteren Park in Angriff nahm. Busse indes verkaufte seinen Besitz weiter.

Die Besitzer wechselten wieder oft. Bis schließlich 1889 Friedrich XI. Leopold, Graf von und zu Eggloffstein-Arkritten, Kromlau übernahm und weiter vervollkommnete. Zur rentablen Führung von Land- und Forstwirtschaft wie unter der Gutsherrin Goltsch und im Besitz von Röttschke kamen der Ausbau der Fischzucht in den Teichen und die Anlage eines

großen winterfesten Rhododendron- und Azaleenparks. Damit erhielt Kromlau die Krönung seiner Gestaltung, an der danach festgehalten wurde. Das galt auch zu DDR-Zeiten, als das Parkidyll zum attraktiven Erholungsort mit Campingplatz und Bungalowsiedlung ausgebaut wurde. Im Jahr 1992 kam es im Zuge neuer Aktivitäten sogar zur Reaktivierung der zuvor stillgelegten Waldeisenbahn zwischen Weißwasser und Kromlau.

Zu den aktuellen Besucheranziehungspunkten gehört jetzt außer den Parkwundern mit Rakotzbrücke, seltenen Gehölzen und Rhododendronpflanzungen auch ein Gedenkstein für den eigentlichen Parkschöpfer Friedrich Hermann Röttschke. Nach der mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz realisierten Sanierung des Komplexes einschließlich der Grotte und Basaltkirche ist die Kromlauer Traumkulisse seit dem 10. Juli für Besucher rund um die Uhr kostenlos zugänglich.

● **Info Kromlau** Telefon (03576) 222828, Internet: www.kromlau-online.de/der-park

SENIORENSPORT

Je oller desto fitter

Sport hält jung, wissen ältere Menschen und trainieren deshalb noch bis ins hohe Alter hinein sogar für Wettkämpfe

Rentner, die mit dem Fahrrad Radler im mittleren Alter überholen – und das nicht nur mit einem E-Bike –, sind inzwischen ein gewohntes Bild auf den Straßen. Die Senioren ziehen aber auch generell in Sachen Fitness und Sportlichkeit immer öfter an Teenagern und Menschen im mittleren Alter vorbei. Wer als Oldie sportlich Schlagzeilen machen will, muss heute Leistung zeigen. Zum Beispiel mit 102 Jahren einen Fallschirmsprung wagen, mit 89 aktive Wettkampfturnerin sein wie Johanna Quaas, mit 73 Jahren den Ärmelkanal durchschwimmen wie Otto Thanning, mit 83 Jahren den Ironman innerhalb des Zeitlimits meistern, wie der Japaner Hiromu Inada, oder mit 100 Jahren einen Marathon laufen wie der inzwischen 110-jährige Inder Fauja Singh.

Während immer häufiger beklagt wird, dass Kinder und Jugendliche unспортlich sind und sich zu wenig bewegen, beweisen die Senioren zunehmend, dass Sport fit hält und bis ins hohe Alter möglich ist. Seit 2014 gibt es bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften die Alters-

klasse der über 90-Jährigen. Bei der Erstauflage der Weltmeisterschaften der Senioren-Sportler (World Masters Athletics Championships) im Jahr 1975 traten 1427 Athleten aus 32 Ländern an. Im Jahr 2015

in Lyon verzeichnete die Veranstaltung bereits 8073 Sportler aus 98 Ländern.

Der Franzose Robert Merchand stellte im Jahr 2014 im Alter von 102 Jahren einen Rekord im Bahnradfahren auf. Er fuhr

rund 27 Stundenkilometer und lieferte einen neuen Stundenrekord in seiner Altersklasse. Ein anderes Beispiel: Der Dortmunder Klemens Wittig lief mit 80 Jahren die Marathonstrecke in drei Stunden und 39 Minuten. Die sportlichen Rekorde der Senioren verlieren jedoch schnell ihre Gültigkeit, denn die Konkurrenz ist groß.

Wer den Senioren-Bereich der Leistungssportler im Hinblick auf die Leistung trotz der beeindruckenden Zahlen belächelt und darauf verweist, dass die Athleten sich innerhalb ihrer Altersklasse messen, für den ist das Ergebnis einer Studie der Sporthochschule Köln interessant. In einem groß angelegten Vergleich stellte sich heraus, dass jeder vierte Senior zwischen 65 und 69 schneller im Marathon oder Halbmarathon unterwegs war als der durchschnittliche Läufer im Alter von 20 bis 54 Jahren.

Dabei haben längst nicht alle der fitten Alten ihr Leben lang Sport getrieben, zahlreiche von ihnen haben tatsächlich erst im fortgeschrittenen Alter von 60 Jahren oder noch später damit begonnen,

Sport zu treiben. Ein fester Wille, Zielstrebigkeit und Selbstdisziplin sind dabei hervorragendes Rüstzeug.

Ein Beispiel dafür ist der Brit Charles Eugster, der mit 85 Jahren sportlich aktiv wurde, weil er sein zunehmendes Körpergewicht reduzieren wollte. Er begann zunächst mit dem Laufen und Rudern, mit 89 Jahren nahm er das Bodybuilding dazu. Mit 93 nahm er an Bodybuilder-Wettkämpfen teil, startete bei den Ruder Masters in Italien und den Leichtathletik Masters in Brasilien.

Einige Senioren-Sportler freuen sich über die Möglichkeit, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen, die sie nicht nur ins europäische Ausland führen, sondern auch nach Nord- und Südamerika. Andere schätzen und genießen die Freundschaften, die durch die Trainingseinheiten, aber auch die Turniere geknüpft werden. Alle aber erleben die Bewegung und die verbesserte Gesundheit als großes Plus in ihrem Leben. Die jungen Unsportlichen können sich daran gut ein Vorbild nehmen. *Stephanie Sieckmann*



Wie ein junger Hüpfer: Ein Athlet beim Weitsprung in der Altersklasse Ü-85

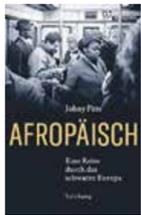
● FÜR SIE GELESEN

Auf der Welle des Zeitgeistes

In Europa leben mittlerweile zahlreiche Einwanderer aus Afrika beziehungsweise deren Nachkommen – genaue Zahlen sind nicht bekannt. Auf jeden Fall soll sich dadurch aber eine spezielle „afropäische“ Kultur herausgebildet haben. Das ist jedenfalls die These des Essayisten und Fotografen Johny Pitts, Sohn eines schwarzen Musikers aus den USA und einer Weißen aus dem britischen Sheffield. Um dieser Kultur nachzuspüren, ist er mehrere Monate lang kreuz und quer durch unseren Kontinent gereist. Seine Erlebnisse dabei beschreibt Pitts nun in dem Buch „Afropäisch“.

Dessen Quintessenz lautet, dass es keine einheitliche „afropäische“ Identität und Kultur gebe. Vielmehr dominiere die Mannigfaltigkeit. Pitts Reportage, für die er kürzlich den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung bekam, schwimmt voll auf der Welle des Zeitgeistes. Denn sie bietet nicht nur ein streckenweise arg düster gezeichnetes Bild von der angeblich vor allem von Armut und Fremdenfeindlichkeit gekennzeichneten Lebenswirklichkeit schwarzer Menschen in Europa, sondern enthält auch diverse historische Exkurse, in denen natürlich kein gutes Haar am Kolonialismus gelassen wird. Gleichzeitig argumentiert Pitts aber nicht derartig plump, wie man es von anderen schwarzen oder auch weißen „Antirassisten“ kennt.

Wolfgang Kaufmann



Johny Pitts: „Afropäisch. Eine Reise durch das schwarze Europa“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, gebunden, 461 Seiten, 26 Euro

Wissenswertes über Arznei

Der Autor und Blogger #Der Apotheker schreibt unter Pseudonym, weil er „immer Klartext schreibt“, wie er selber sagt, und das nicht jedem gefalle.

In seinem Buch „Die Wahrheit über unsere Medikamente“ klärt der approbierte Apotheker über verschreibungspflichtige und frei erhältliche Arzneimittel auf. Auf unterhaltsame und erheiternde Art informiert er beispielsweise darüber, warum pflanzliche Medikamente schädlicher sein können als chemisch hergestellte, warum Händedesinfizieren besser für die Haut ist, als sie zu waschen, wie man Tropfen leicht aus der Flasche bekommt oder wie man länger jung aussieht. Da in den kurzen Kapiteln das Medikamentenwissen in Form von Kundengesprächen präsentiert wird, ist das Buch sehr unterhaltsam. In den Dialogen wird deutlich, dass der Fachmann auch viel Sinn für Humor hat.

Mit alternativer Heilmethoden wie Homöopathie oder antroposophischer Medizin hat er nichts im Sinn. MRK



#Der Apotheker: „Die Wahrheit über unsere Medikamente. Wann sie helfen, wann sie schaden, wann sie Geldverschwendung sind“, Lübbe Verlag, Köln 2021, Taschenbuch, 318 Seiten, 12,90 Euro

BENIMMREGELN



FOTO: SHUTTERSTOCK

Frei nach Knigge

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich gesellschaftlich anerkannten Verhaltensregeln vielfach verändert oder wurden aufgeweicht, doch ohne sie gibt es kein funktionierendes Miteinander

Für jeden etwas dabei haben die Autorinnen Henriette Kuhr und Sarah Paulsen in ihrem gemeinsamen Buch „Im Dschungel des menschlichen Miteinanders“, einem „Knigge des 21. Jahrhunderts“. „Die Grundlage eines guten Zusammenlebens sind ein fühlendes Herz, etwas Nachsicht mit dem Zirkus der anderen, viel Humor, klarer Verstand und die Fähigkeit, sich von seiner eigenen Empörung distanzieren zu können“, sagen beide übereinstimmend gleich zu Anfang. So führen sie ihre Leser durch 13 Kapitel des menschlichen Zusammenlebens mit all seinen Problemen, Kuriositäten, Auffälligkeiten und Randerscheinungen.

Jeder findet für sich wichtige Informationen. Ob es nun um die allumfassenden Anstrengungen in Zeiten der Pandemie geht oder um adäquates Verhalten beim ersten Rendezvous.

In diesem Buch ist fast zu allem eine Stellungnahme zu finden. Vom Minirock-Tragen über Weihnachtsfeiern, Mode, das Internet und dessen Möglichkeiten, Einrichtungsfragen, Elternschaft bis hin zum Verhalten im Bett („Wie höflich muss ich im Bett sein?“).

Das Buch muss nicht chronologisch gelesen werden. Man wird mit Sicherheit allen Kapiteln etwas ab-

gewinnen können. Manchmal tiefsinnig, manchmal frech, hin und wieder genau auf den Punkt gebracht, bietet das Buch der beiden Autorinnen eine unterhaltsame und aufschlussreiche Lektüre für beinahe jeden, denn am menschlichen Miteinander sind wir alle tagtäglich beteiligt.

Silvia Friedrich

Henriette Kuhr/Sarah Paulsen: „Im Dschungel des menschlichen Miteinanders. Ein Knigge für das 21. Jahrhundert“, Goldmann Verlag, München 2021, gebunden, 256 Seiten, 18 Euro

GESELLSCHAFTSKRITIK

Sorge um die politische Kultur

Der Publizist Reinhard Mohr setzt sich mit extremistischen Tendenzen von Links und Rechts auseinander

VON KLAUS SCHROEDER

Der Publizist Reinhard Mohr sorgt sich – aus gutem Grund – um die politische Kultur in Deutschland. Die öffentlichen Debatten in den Medien und den sogenannten sozialen Netzwerken beherrschen linke, rechte und islamische Extremisten. Die klassische bürgerliche Mitte bleibt intellektuell konturenlos. Woran dies liegt, will der Autor ergründen.

Das erste Kapitel zeichnet eine knappe Skizze des deutschen Selbstbildes, das sich seit den 1970er Jahren stark gewandelt habe. Selbsternannte Antifaschisten zeichnen ein von Nazis beherrschtes Land, behaupten einen Rechtsruck, den sie empirisch nicht belegen können, und äußern ihren Hass auf Deutschland. Auf einschlägigen Demonstrationen brüllen Linke: „Deutschland verrecke!“ oder „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“. Die schwarz-rot-goldene Trikolore, realiter die Fahne der deutschen Demokratiebewegung seit 1832, deklarieren sie zu einem Nazi-Symbol. Wenn es gegen „rechts“ geht, demonstrieren gewaltbereite Linksextremisten mit grünen und jungsozialistischen Jugendlichen in einer Front. Eine prinzipielle Distanzierung von linker Gewalt fällt nicht wenigen aus diesen Milieus schwer.

Rechtsaußen, wo die „Deutschland-über-alles-Fraktion“ dominiert, übt Kritik an der angeblichen deutschen Selbsterniedrigung und strebt ein Reset zu alten Verhältnissen an. Einen Neustart im Sinne der Überwindung der gesellschaftli-

chen Verhältnisse will auch Linksaußen herbeiführen, wengleich mit anderem Ziel. Die Verteidigung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung durch die Mitte fällt dagegen blass aus. Das auf einer pluralen Demokratie, der sozialen Marktwirtschaft und einem ausgebauten Sozialstaat basierende deutsche Erfolgsmodell ist offenbar auch Teilen der Mitte nicht mehr geläufig beziehungsweise sie schämen sich für ihre eigenen historischen „Kronjuwelen“, weil sie sich nicht gegen den medialen Mainstream stellen wollen.

Gleiches Ziel, andere Mittel

Das zweite Kapitel beschreibt unter der bezeichnenden Überschrift „Deutschland peinlich Vaterland“ kurz die Debatte um die Vereinigung, insbesondere ihre Ablehnung seitens der damaligen Grünen, und stellt gleichzeitig die Frage, was eigentlich deutsch ist – jenseits des Weins aus deutschen Ländern, den Mohr überschwänglich lobt – und was als „Leitkultur“ dienen könnte. Mohr spricht sich explizit für eine „offene Gesellschaft“ aus.

Auf linker und radikalislamischer Seite will ohnehin kaum einer „deutsch“ sein. Teile der Zugewanderten fordern, sogenannte Biodeutsche künftig als „Menschen mit Nazi-Hintergrund“ oder „Menschen mit Genozid-Hintergrund“ zu bezeichnen. Für sie ist Deutschland selbstverständlich strukturell rassistisch. Da fragt sich nicht nur der Autor, warum eigentlich so viele Ausländer aus ärmeren Ländern meist nicht aus politi-

schen Gründen nach Deutschland kommen wollen.

Im dritten Kapitel geht es um strukturellen Moralismus als Ersatzreligion und das nachholende sich Schämen für Dinge, die vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten geschehen sind. Die grüne Spitzenpolitikerin in Berlin beispielsweise möchte ungeschehen machen, dass sie als Kind ein Indianer sein wollte, denn die linke Sprachpolizei hat das Wort Indianer ebenso wie das Z- und das N-Wort als rassistische Beleidigung geoutet.

Mohr hält die Gender-Sprache, die sich in Universitäten und in linken Medien nach und nach durchsetzt, für Sprachverhöhnung. Die von derselben Klientel geforderte Diversität degeneriere zum Selbstzweck beziehungsweise zur Interessenpolitik. Da auch die Unionsparteien in den letzten Jahren nach links gerückt seien und damit Platz für die AfD geschaffen haben, seien diejenigen, die noch halbwegs bei Verstand sind, in der Minderheit.

Gesellschaftliche Mitte ist schwach

Die Schwäche der gesellschaftlichen Mitte resultiere auch aus ihrer Aufspaltung. Inzwischen seien viele Personen, die zur sozialen Mitte gehören und sich selber auch so einordnen, auf einem grünen Trip gelandet. Wohin das führen kann, zeigte der digitale Parteitag der Bündnis-Grünen. Eine selbsternannte linke Aufklärerin nannte die Kritik an „Klimaforscher*innen“ in einem Atemzug mit der Verfolgung von Juden und forderte gleichzeitig die Aufhebung polarisieren-

der Debatten. Offenbar verkennt sie ebenso wie viele weitere aus dem rot-grünen Lager, dass die Kontroverse, der Streit um den richtigen Weg in den verschiedenen gesellschaftlichen Dimensionen, das Salz in der Suppe einer guten Demokratie ist. Der heute in rot-grünen Kreisen übliche Tugendfuror kann schnell in Tugendterror umschlagen, wie die Geschichte zeigt. Aber in der Geschichte kennen sich leider nur wenige linke und auch rechte Akteure aus. Eine derartige Geschichtsblindheit oder Geschichtslosigkeit führt dazu, dass es weniger um Wissen als um Gesinnung geht. Auf der rot-grünen Seite nimmt zudem das moralisierende pseudointellektuelle Geschwafel immer weiter zu.

Reinhard Mohr hat ein gut lesbares Buch geschrieben, das zum Nachdenken anregt. Wer anfängt zu lesen, legt es nicht mehr aus der Hand. Gleichzeitig zeigt der Autor mit seiner Kritik am rechten und linken Populismus und Extremismus, dass es sehr wohl eine überzeugende liberal-bürgerliche Argumentation gibt – sie muss nur einfach abgerufen und vertreten werden.



Reinhard Mohr: „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“, Europa-Verlag, München 2021, gebunden, 159 Seiten, 16 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

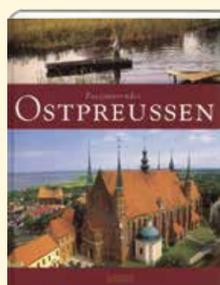
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

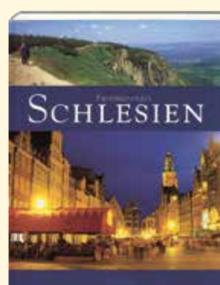
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



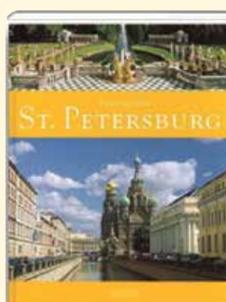
Wolfgang Korall/
 Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
 117 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575725 **9,95 €**

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte – nebst Ostseeküste – birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.



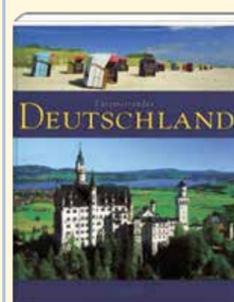
Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Schlesien
 111 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575727 **9,95 €**

Schlesien, das „zehnfac interessante Land“, wie schon Goethe erkannte, verzaubert durch seine reichen Kunst- und Kulturdenkmäler in einer romantischen Landschaft, die schon Joseph von Eichendorff besang und die durch die Sagenfigur des Rubezahl berühmt geworden ist. Mächtige Burgen und Ruinen, die Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer, alte Städte und pittoreske Dörfer laden zu faszinierenden Entdeckungen von den Wald- und Heidelandschaften im Westen bis zum sagenumwobenen Riesengebirge, von Breslau bis zum Vorgebirge der Karpaten. Dies und viele weitere Facetten des Landes zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien dieses Bildbandes.



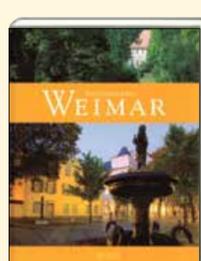
Ernst-Otto Luthardt/Max Galli
Faszinierendes St. Petersburg
 120 Bilder,
 96 Seiten
 Format 24 x 29 cm
 Nr. P 542007 Gebunden **9,95 €**

St. Petersburg, die ehemalige Hauptstadt des russischen Reiches, wurde von Peter dem Großen gegründet und konnte seinen Glanz als einstige Zarenresidenz bis heute bewahren. Der Stadtgründer holte die besten europäischen Baumeister an die Newa, die prächtige Paläste und monumentale Kathedralen von barocker Pracht und klassizistischer Schönheit entstehen ließen. Über dreihundert Brücken, vergoldete Kuppeln und Turmspitzen spiegeln sich in den Flüssen und Kanälen der Stadt. Das ‚Venedig des Nordens‘ ist auf Millionen von Pfählen im sumpfigen Gebiet des Flussdeltas gegründet.



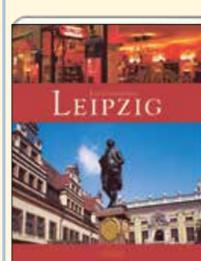
Sebastian Wagner
Faszinierendes Deutschland
 120 Bilder,
 96 Seiten
 Format 24 x 29 cm
 Nr. P 575002 Gebunden **9,95 €**

Als ein Land im Herzen Europas erstreckt sich Deutschland von den Küsten der Nord- und Ostsee bis zu den mächtigen Alpen, vom Niederrhein bis zur Oder und bietet die unterschiedlichsten Natur- und Kulturlandschaften. Aber auch malerische Städte und alte Dörfer mit ihren Baudenkmalern ziehen in den Bann. Spuren der Römer, die romanischen Kaiserdomen, große Dichter und Maler haben Schätze deutscher Kunst und Kultur geschaffen, die umgeben sind von einzigartigen Naturschönheiten. Diese und viele weitere Facetten von Deutschland zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



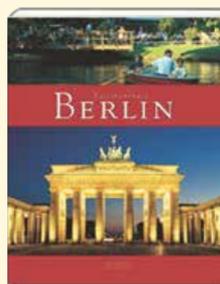
Ernst-Otto Luthardt/
 Tina und Horst Herzig
Faszinierendes Weimar
 96 Seiten
 120 Bilder/Gebunden
 Format 24 x 29 cm
 Nr. P 575008 **9,95 €**

In kaum einer anderen Kleinstadt lebte so viel Geistes- und Kulturprominenz wie in Weimar. Ihren Ruf als deutsche Geistesmetropole verdankt die Stadt Herzogin Anna Amalia und ihrem Sohn Karl August, die Ende des 18. Jahrhunderts namhafte Schriftsteller, Künstler und Schauspieler in ihre Residenz beriefen. Zeuge dieser Zeit ist die nach einem verheerenden Brand 2004 wiederhergestellte Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek. Sie beherbergt neben 2000 mittelalterlichen Handschriften und 900000 Drucken die privaten Buchbestände von Goethe und die in allen Sprachen der Welt erschienenen Ausgaben seiner Werke. Diese und viele weitere kulturelle Juwelen der Stadt zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



Bernd Weinkauff
 Tina und Horst Herzig
Faszinierendes Leipzig
 96 Seiten
 120 Bilder/Gebunden
 Format 24 x 29 cm
 Nr. P 542035 **9,95 €**

Als bedeutende Handelsstadt kann Leipzig auf eine lange Tradition als Messestandort in Europa zurückblicken: Die gesamte Innenstadt ist geprägt durch Handelshöfe, prachtvolle Kaufmannshäuser und charakteristische Passagen wie Specks Hof oder die berühmte Mädlpassage. Bereits aus der Zeit der Renaissance stammen das Alte Rathaus, die Alte Waage und die Moritzbastei. Das Neue Rathaus aus dem Jahre 1905 ist eines der größten Rathausgebäude weltweit. Darüber hinaus beherbergt Leipzig eine der ältesten Universitäten sowie die erste Handels- und Musikhochschule Deutschlands. Ihr musikalischer Ruf gründet sich vor allem auf das Wirken Johann Sebastian Bachs, die Bedeutung des Gewandhausorchesters und des Thomanerchores.



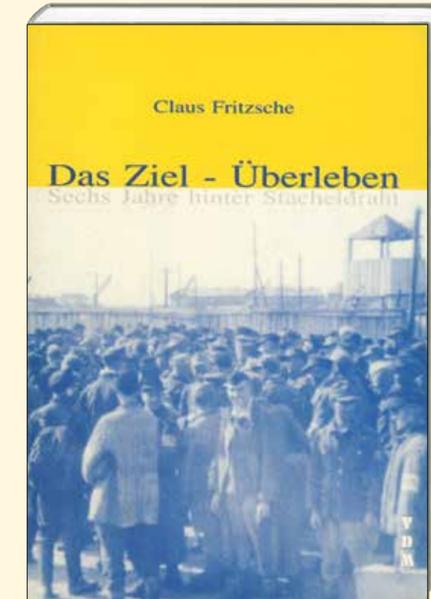
Michael Kühler/
 Jürgen Henkelmann
Faszinierendes Berlin
 117 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575669 **9,95 €**

Berlin lockt als dynamische Weltstadt zu immer neuen Entdeckungsreisen: Unzählige Plätze und Bauten erzählen von bedeutenden geschichtlichen Ereignissen. Eine einzigartige Museenlandschaft zeigt Werke von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart und spektakuläre moderne Architektur findet sich nicht nur auf dem Potsdamer Platz. Eine bunte Mischung von Lebensarten prägt die Metropole, ihre Facetten reichen von Kneipen, Szeneclubs zu ausgefallenen Restaurants, von klassischem Schauspiel zur Aktionskunst. Spürt man in den Innenstadtkernen das Vibrieren der Weltstadt, findet man in den Außenbezirken immer noch Winkel mit fast ländlicher Idylle. Viele Facetten zeigen die zahlreichen brillanten Fotografien dieses Bildbandes.



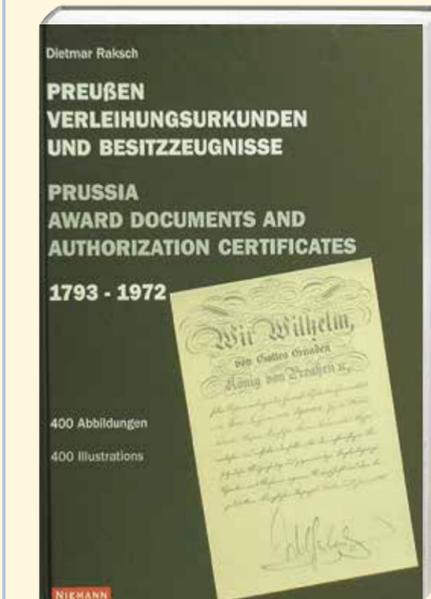
Torsten Buchholz
Geprägte Erinnerung
 DER BISMARK-MYTHOS AUF MEDAILLEN
 Früher € 48,00
 Jetzt € 19,95
 Gebunden **19,95 €**

Was Otto von Bismarck als Politiker wollte, gehört der Vergangenheit an, aber die materiellen Hinterlassenschaften des Bismarck-Mythos sind allgegenwärtig. Die Bedeutung des „Vaters des Vaterlandes“ schlägt sich z. B. markant in seiner Abbildung auf Medaillen nieder. Zwischen 1850 und 2001 entstanden etwa 700 verschiedene Medaillen, Plaketten, Klippen und Marken auf Bismarck. Sein Geburtsort Schönhausen (Elbe) verfügt seit 2001 wieder über eine würdige Erinnerungsstätte an seinen „größten Sohn“. Das Land Sachsen-Anhalt ließ 1999 eine geschlossene Sammlung von Medaillen auf Otto von Bismarck ersteigern, um sie dem Bismarck-Museum Schönhausen zu überlassen. Der Katalog bietet eine chronologische Beschreibung des Sammlungsbestandes, der den Zeitraum von 1869 bis 1930 dokumentiert, und deutet in Kommentaren die gesellschaftlichen Hintergründe der Ausprägung des Bismarck-Mythos in Auseinandersetzung mit der Medaille als Form der Erinnerungskultur an. Nr. P A1686 Gebunden **19,95 €**



Claus Fritzsche
Das Ziel - Überleben
 Sechs Jahre hinter Stacheldraht
 Nr. P A1645 **20,30 €**

Claus Fritzsche
Das Ziel - Überleben
 Sechs Jahre hinter Stacheldraht
 Die mit Begeisterung angetretene Reise zur Ostfront, erste durchgemachte Kampfeinsätze und der Abschied bei Nacht über dem Kaspischen Meer sind Gegenstand des ersten Kapitels dieses Buches. Nur mit viel Glück übersteht er die Gefangennahme lebend, und damit beginnt ein sechsjähriger Lebensabschnitt, der den Autor zutiefst geprägt hat. Bedrückende Details aus dem Alltagsleben, kommunistische Erziehung in der zentralen Antifaschule (Lager 165) und der Durchbruch zum kritischen politischen Denken sind Gegenstand des ‚roten Fadens‘ der sich durch die folgenden Kapitel zieht. 304 Seiten



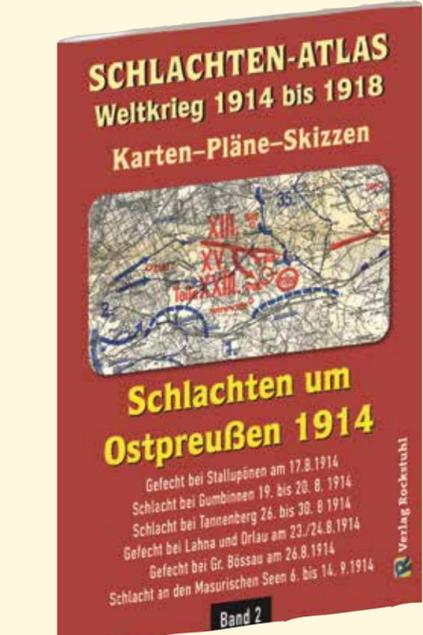
Dietmar Raksch
Preußen Verleihungsurkunden und Besitzezeugnisse 1793 - 1972
 Nr. P A1640 **14,95 €**

Dietmar Raksch
Preußen Verleihungsurkunden und Besitzezeugnisse 1793 - 1972
 Preußische Geschichte im Spiegel von Verleihungsdokumenten! Die ganze bewegte Geschichte des einst größten und bedeutendsten deutschen Staates im späten 18., bis zum frühen 20. Jahrhundert spiegelt sich in diesen Faksimiles wider! Verleihungsurkunden und Besitzezeugnissen zu den wichtigsten preußischen Orden und Auszeichnungen. Wie Pour le Mérite, Schwarzer und Roter Adlerorden, Wilhelmorden, Luisenorden, Kronenorden, Orden der preußischen Krone. Weitere Kapitel zeigen die Dokumente zu Preußens zivilen Ehrenzeichen und zu den Auszeichnungen der Republik Preußen und vieles mehr. 454 S. Nr. P A1640 Gebunden **14,95 €**



Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 Gebunden **9,99 €**

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



Historische Karten
Schlachten-Atlas
Erster Weltkrieg 1914 bis 1918
 Schlachten um Ostpreußen 1914
 Broschur, A 4, 68 Seiten, Reprint von 1925, 14 Karten und 11 Skizzen. Neu herausgegeben von Harald Rockstuhl. Grundlage 1925 bearbeitet im Reichsarchiv Der Weltkrieg 1914 bis 1918 Die militärischen Operationen zu Lande, Band 2 – hier der vollständiger Kartenteil. Originalausgabe 1925 im Verlag bei Mittler & Sohn, Berlin. 68 Seiten
 Nr. P A1488 **19,95 €**



Ludwig Arndt / Nikolaj Müller-Wusterwitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
 Früher € 48,00
 Jetzt € 24,80
 Gebunden mit farbigem Überzug **24,80 €**

Ludwig Arndt / Nikolaj Müller-Wusterwitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
 Dieses Buch beschreibt die dem Eisernen Kanzler im Laufe seines langen Lebens verliehenen deutschen und ausländischen Orden und Ehrenzeichen. Die einzelnen Verleihungen werden jeweils in den historischen Zusammenhang gestellt, und, wo vorhanden, durch persönliche Zitate Bismarcks aus Briefen und anderen Quellen erläutert. Die heute noch vorhandenen Stücke, die sich im Bismarck-Museum auf Schloß Friedrichsruh befinden, sind alle in Farbe abgebildet, die vor Jahren in einem spektakulären Einbruch entwendeten und bis heute verschollenen Stücke, in Schwarz-Weiß. Das Buch ist nicht nur ein bedeutender ordenskundlicher Titel, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Bismarck-Forschung und zur Erforschung der Geschichte Preußens. 335 Seiten, 189 meist farbige Abbildungen
 Nr. P A1610 Gebunden mit farbigem Überzug **24,80 €**



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9907 **12,50 €**



Fahne Pommern
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.
 Format 150 cm x 90 cm
 Nr. P 9955 **12,50 €**

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

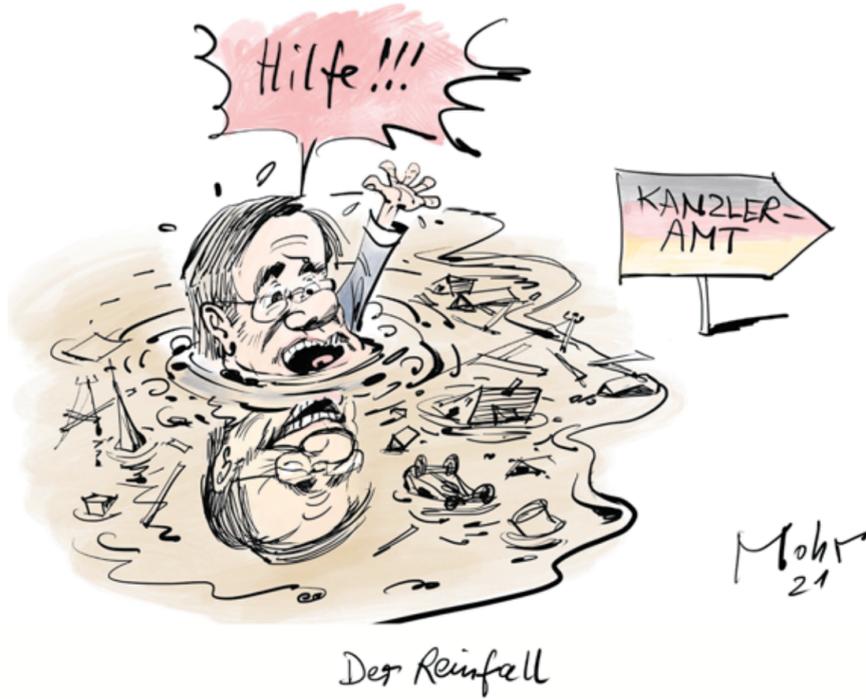
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Der Klimatologe Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung verkündete 2019: „Wir verlieren die Kontrolle über das Klimasystem.“ Die Auffassung, dass wir das „Klimasystem“ unter „Kontrolle“ haben, dürfte vielen neu gewesen sein. Einige sehen es jedoch ebenso, etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz. Zu den gegenwärtigen Unwetterkatastrophen mit über 150 Toten im Westen Deutschlands äußerte er via Twitter: „#CDU: Kein Tempolimit! / #FDP: Der Markt und synthetische Kraftstoffe regeln das/SPD: Can't touch this: Kohle + Nordstream 2 / Die #Linke: Was'n jetzt mit Sahara? / #Grüne: Klimaschutz Prio Stufe 1“. Gemeint war offensichtlich: Die Grünen hätten das Ganze mit ihrer Politik verhindern können, andere Parteien hingegen sind ignorant und quasi mitschuldig. Erst die Intervention der größten deutschen Boulevardzeitung veranlasste den Politiker zur Löschung seines Textes, für den die Bezeichnung Geschmacklosigkeit noch sehr zurückhaltend wäre. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der bekannte TV-Meteorologe Jörg Kachelmann ist außer sich über die Berichterstattung des WDR zur Flutkatastrophe im Rheinland. Am 15. Juli schreibt er auf Twitter:

„Ich hätte mich gefreut, wenn es diesmal anders gewesen wäre. Es tut weh, wenn genau die, die die Mittel hätten, um eine solche Wetterlage 24/7 zu begleiten, nichts tun, um Leben zu retten. Aber sie senden irgendeinen Scheiß und lassen die Leute ersaufen.“

Selbst Ulrich Deppendorf, einst Leiter und Chefredakteur des ARD-Hauptstadtstudios Berlin, WDR-Fernsehdirektor, Chefredakteur von ARD-Aktuell und heute Herausgeber des „Hauptstadtbriefes“, twittet am 15. Juli:

„Die schwersten Unwetter in Deutschland und im ERSTEN der ARD gibt es keinen Brennpunkt! Ist das die neue ‚Informations-Offensive‘ der neuen ARD-Programmdirektion? So beschädigt man die Informationskompetenz der ARD.“

Im Medien-Branchendienst „DWDL“ (15. Juli) schlägt Thomas Lückcrath in dieselbe Kerbe:

„Es ist nicht mehr vermittelbar. Nicht den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern, nicht der Medienpolitik oder dem Fachjournalismus: Wenn der finanziell großzügig ausgestattete öffentlich-rechtliche Rundfunk wie hier im Falle des WDR es in akuten Krisensituationen nicht schafft, ein verlässliches Informationsangebot für das Sendegebiet zu liefern, was wohl unbestritten zur Kernaufgabe gehört, dann wird bei all den Sparbemühungen der Häuser an den falschen Stellen gespart. Der WDR betont so gern ‚Wir sind der Westen‘, doch genau den hat man in der Nacht zu Donnerstag im Stich gelassen.“

Und selbst in der mit dem WDR eng verbundenen „Süddeutschen Zeitung“ (15. Juli) lässt Lena Reuters kein gutes Haar an den Kollegen vom Staatssender:

„Von einer ‚Vollkatastrophe in der Nacht‘ spricht Solingens Oberbürgermeister Tim Kurzbach mit Blick auf die Unwetterlage – besser kann man auch das Fernseh- und Radioprogramm des WDR in den Stunden von Mittwoch auf Donnerstag nicht zusammenfassen.“

● WORT DER WOCHE

„Es hat keinen Sinn, mit gigantischen Computer-Modellen vorherzusagen, was geschehen wird, wenn die Leute nicht wissen, wie sie sich bei einer Überschwemmung verhalten müssen.“

Hannah Cloke, Professorin für Hydrologie der britischen Universität Reading, wirft dem deutschen Katastrophenschutz in der „Sunday Times“ vom 18. Juli monumentales Versagen vor.

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ehrlich dumm gelaufen

Wie Glaubwürdigkeit in kleinen Portionen abhandenkommt, und warum schöne Bilder ihre Tücken haben

VON KLAUS J. GROTH

Die Toten waren noch nicht gezählt, die Wassermassen nicht abgeflossen, die horrenden Schäden nicht annähernd beziffert, da ergoss sich bereits die nächste Flutwelle über das erschütterte Land. Die Bußprediger des Kohlenmonoxids waren schneller als das Technische Hilfswerk. Sie beklagten bereits die Ursachen der Katastrophe, als die Betroffenen noch fassunglos vor der schlammigen Verwüstung standen.

In Zeiten, in denen noch mehrheitlich an das Wirken einer höheren Instanz geglaubt wurde, galt eine verheerende Katastrophe als Geißel Gottes. Sie wurde abgelöst durch die Geißel des Klimawandels. Wer daran zweifelt, ist Leugner und Ketzler. Und was mit Ketzern zu geschehen hat: siehe Geißel Gottes.

Nur leider bedachten die Bußprediger in ihrem Übereifer nicht, dass Menschen, die vor den Trümmern ihres Lebens stehen, das legendäre Klimaabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 vollkommen gleichgültig ist. Diese Menschen denken im harmlosesten Fall an ihr verdrecktes Sofa, an zwei ertrunkene Hühner oder im bittersten Fall an einen verschwundenen Mitmenschen. An Selbstbeschränkung und Umweltabgaben denken sie nicht. Einige der oberen Bußprediger haben das schnell begriffen und ihr lärmendes Fußvolk zurückgepfiffen: Bußpredigt bitte für später aufsparen. Sie kommt so sicher wie Kohlenmonoxid aus dem Auspuff.

Selbst Annalena Baerbock musste sich bescheiden. Zwar brach sie ihren Urlaub staatstragend ab – Verantwortungsträger machen das so –, aber ihre Gummistiefel kommen vorerst nicht zum Einsatz. Schade, hätte so schöne Bilder gegeben. Das weiß man spätestens seit 2002, als der Wahlkämpfer Gerhard Schröder die Gummistiefel anzog und medienwirksam durch das Hochwasser der Elbe stiefelte. Sein Konkurrent Edmund Stoiber gab ein paar Ratschläge, blieb aber fern der Fluten. Schröder gewann die schon verloren geglaubte Wahl zum Bundeskanzler. Ganz nebenbei: Das verheerende Hochwasser der Elbe musste noch vollkommen ohne Klimawandel auskommen.

Das Jahrhunderthochwasser der Elbe 1962 übrigens auch. Damals erwarb sich der Polizeisenator Helmut Schmidt den Ruf als zupackender Macher, der ihn schließlich Bundeskanzler werden ließ. All dies weiß An-

nalena Baerbock auch, umso mehr dürfte sie den Verzicht auf die Gummistiefel bedauern.

Baerbocks Herzensfreund Robert Habeck versucht es erst gar nicht mit Gummistiefeln. Der ging in der Woche auf Wahlkampftour nach Nordfriesland. Die schönen Bilder dort mit Sandstrand, Salzwiesen und Leuchtturm in der Ferne sind einfach hammermäßig. Sich dessen bewusst, posierte Habeck auch auf dem Deich vor Husum. Den Blick kühn in die Ferne gerichtet wie weiland der Deichgraf, ganz in der Pose „Trutz Blanker Hans“, so steht er dort, wo gewöhnlich Schafe grasen.

Nur leider, leider vergaß Deichgraf Habeck die Schuhe zu wechseln, bevor er kurz aus dem Wagen stieg und die Deichkrone für das Fotoshooting erklimmte. Da steht er in blank polierten, braunen Herrenhalbschuhen Typ „Budapester“. Gewöhnliche Preisklasse: 250 Euro, gerne auch etwas mehr. Der klassische Schuh zur Wanderung auf dem Deich zwischen Schafscheiße ist das nicht.

In nämlische trat Kanzlerkandidat Armin Laschet vollfett. Und da steckt er nun mittendrin. Gemeinsam mit Bundespräsident Walter Steinmeier besuchte er den zu großen Teilen zerstörten Ort Ertfstadt. Vor den Mikrofonen zeigte sich der Bundespräsident erschüttert, wenige Meter hinter ihm schüttelte sich Laschet vor Lachen, das breite, herzliche Lachen einer rheinischen Frohnatur. Es dauerte nur 20 Sekunden, aber diese Sekunden werden den Kanzlerkandidaten über Wochen verfolgen. Davon befreit ihn auch nicht seine rasche Entschuldigung.

Da bekommt die Versicherung, das Schicksal der von der Flut betroffenen Menschen liege ihm am Herzen, einen ranzigen Beigeschmack. Oder braucht jetzt auch die CDU einen neuen Kanzlerkandidaten? Es ist schon erstaunlich, in welcher unterschiedlichen Formen parteiübergreifend die eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird.

Der Hanseat, der Hanseatus hamburgensis insbesondere, gibt sich gerne bodenständig und weltoffen, der Tradition verpflichtet, sinnvollen Änderungen gegenüber aufgeschlossen. Sinnvollen? Dann dürfte er jetzt ein Problem haben mit dem jüngsten Beschluss seines Hamburger Verkehrsverbundes, kurz HVV. Für den gibt es künftig keine „Schwarzfahrer“ mehr. Nicht, dass jetzt alle Nutzer von Bus, U- oder S-Bahn lammfromm ihr Ticket kaufen. Die „Schwarzen Schafe“ sterben nicht aus, die Hammelherde wird sogar größer – nach allem was man weiß.

—
Erst einmal ist Negernbötel fällig. Die Grüne Jugend erkannte messerscharf den rassistischen Kern des Ortsnamens



Den Wochenrückblick finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Da aber bald das „Schwarze Schaf“ ebenso verschwindet wie der „Schwarzfahrer“, löst sich das Problem von alleine. Da dürfen sich die Schwarzfahrer wieder einen erfolgreich erbeuteten Skalp an den Gürtel hängen.

Doch Vorsicht: „Skalp“ ist ein vollkommen verbotenes Wort, das kürzlich sogar aus den Bildergeschichten von Donald Duck vom Verlagszensuror getilgt wurde. Da gab es eine Szene, bei der Donald und seine Neffen durch einen Wald schleichen. „Wir sind auf dem Kriegspfad“, sagt Donald, „passt auf euren Skalp auf.“ In der bereinigten Neufassung wurde daraus: „... passt auf eure Füße auf.“

So ähnlich ist das wohl beim HVV. Dort ist ab sofort „Schwarzfahren“ das „Fahren ohne gültiges Ticket“. Ja, mein Gott, was denn sonst? Könnte es sein, dass die Damen und Herren Kontrolleure untereinander ohne jegliches sprachliche Feingefühl sagten, sie hätten wieder einmal einen Schwarzfahrer bei einer Schwarzfahrt erwischt? Skandal, Skandal! Beförderungser schleichung wäre doch das Mindestmaß an korrekter Bezeichnung gewesen. Nun also hängt der Skalp „Schwarzfahrer“ (Entschuldigung, eine unverbesserliche Wortwahl) neben dem Mohrenkopf, der nun Othello heißt, der Mohrenstraße in Berlin, die nun „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ heißt (jede Wette, dass kein Mensch feinsinnig den Namen dieses schwarzen Philosophen im Alltag nutzt?), neben diversen Mohren-Apotheken. Sie alle sind von einer sinnleeren Diskussion überzogen, die nun auch das kleinste Dort erreicht hat.

Kennen Sie Negernbötel? Nein? Macht nichts, wer dort nicht lebt, der muss es nicht kennen. Negernbötel liegt bei Schackendorf, das muss man auch nicht kennen. Schackendorf liegt bei Bad Segeberg. Das könnte man kennen, weil es dort, Corona-Zeit ausgenommen, jährlich die Karl-May-Festspiele gibt, bei denen leider auch so mancher Skalp erbeutet wird. Kleine Textänderung für Old Shatterhand: „... passt auf eure Füße auf!“

Aber erst einmal ist Negernbötel fällig. Die Grüne Jugend erkannte messerscharf den rassistischen Kern des Ortsnamens. Klar, der muss weg. Noch wehrt sich die Gemeindevertretung. Sie versucht es sogar mit Sprachforschung, erklärt, „Negern“ bedeute „Näher“ und „böteln“ Siedlung. Alles faule Ausflüchte. Inzwischen wurde die Polizei eingeschaltet. Und was sagt der Hamburger Hanseat, dem der „Schwarzfahrer“ abhanden kam?: Hummel, Hummel, Mors, Mors!